

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 46 · 14. November 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Stillstand

Deutschland ein Jahr nach dem Aus der Ampel Seite 3



Jahrestagung Engagierte Diskussionen für Lösungen in harten Zeiten Seite 13



Ausstellung Schriftsteller Thomas Mann drei Sommer in Nidden Seite 23

VON RENÉ NEHRING

POLITIK

Steinmeier verfehlt mit falschem Pathos das Thema

In seiner Rede zum 9. November wollte der Bundespräsident ein Zeichen zur Stärkung der Demokratie setzen – und erwies sich als kleingeistiger Parteisoldat

Von „politischer Dummheit“ bis „Amtsmissbrauch“ reichen die Kommentare. Unter der Überschrift „Die Selbstbehauptung der Demokratie – das ist die Aufgabe unserer Zeit“ versuchte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede zum 9. November einen Bogen von der deutschen Geschichte in die Gegenwart zu schlagen. Doch was offenkundig als großer Wurf gedacht war, ging so gründlich daneben, dass selbst dem Staatsoberhaupt nahestehende Kommentatoren Mühe hatten, dieses zu verteidigen.

Aber der Reihe nach. Zunächst gab sich Steinmeier in seiner Ansprache noch einigermaßen neutral, indem er mit Blick auf die Pogrome des 9. November 1938 davon sprach, dass der Antisemitismus in Deutschland „von rechts, von links, aus der Mitte“ komme und es diesen auch „unter muslimischen Einwanderern“ gibt. Und wenig später führte er aus, dass „gewaltsame Versuche, die verfassungsmäßige Ordnung zu zerstören – ob rechts, ob links, ob islamistisch“ immer strafbar seien und „wo immer sie begangen werden, (...) der Rechtsstaat nicht zurückweichen“ dürfe.

Trotzdem widmete sich das zu parteipolitisch Neutralität verpflichtete Staatsoberhaupt fortan nicht den verschiedenen Extremismen der einzelnen gesellschaftlichen Lager, sondern nur noch dem Extremismus von rechts. „Nie in der Geschichte unseres wiedervereinigten Landes waren Demokratie und Freiheit so angegriffen“, so Steinmeier, „bedroht durch einen russischen Aggressor, der unsere Friedensordnung zertrümmert hat“ und „aktuell bedroht durch rechtsextreme Kräfte, die unsere Demokratie angreifen und an Zustimmung in der Bevölkerung gewinnen“. Dass seit Jahren immer wieder tausende Muslime unter dem Schlachtruf „Allahu akbar“ (Gott ist groß) in aller Öffentlichkeit ihre Ablehnung un-

serer staatlichen Ordnung bekunden, scheint für den Bundespräsidenten offenbar ein nachrangiges Problem zu sein.

Auch wenn Steinmeier die AfD nicht explizit erwähnt, so lässt er doch keinen Zweifel daran, vor wem er warnen will. Etwa, indem er die Errichtung von „Brandmauern“ gegenüber jenen Kräften verteidigt, die er als hauptsächliche Gefahr für den Fortbestand des politischen Systems ansieht. Da Brandmauern derzeit allein gegen die AfD errichtet sind, wurden Steinmeiers Ausführungen denn auch unisono als in diese Richtung gemeint verstanden.

Entscheidende Fragen nicht gestellt

Ob der Bundespräsident damit sein Amt missbraucht hat, wie es aus den Reihen der AfD heißt, ist Streitbar. Bedenklicher ist ohnehin, dass er für seine Aussagen die Belege schuldig blieb. Natürlich gibt es immer wieder Äußerungen gleich ein Beleg für die Verfassungsfeindlichkeit einer ganzen Partei – und damit Rechtfertigung für das vom Präsidenten ausdrücklich als Option genannte Parteiverbot?

Worüber Steinmeier auffälligerweise auch nicht gesprochen hat, ist die Frage,

warum eigentlich die von ihm aufs Korn genommene AfD so erfolgreich ist. Oder andersherum: Warum wenden sich Wählergruppen, die in den Jahrzehnten zuvor stabil die Parteien der Mitte gewählt haben, von diesen seit geraumer Zeit immer öfter ab? Immerhin zeigen alle Befragungen und Analysen einhellig, dass die AfD vor allem aus Frust über die etablierten Parteien gewählt wird.

Würde der Bundespräsident so an das Thema herangehen, müsste er freilich eingestehen, dass nicht der Aufstieg der AfD das Problem ist, sondern das Agieren jener Parteien, die in Bund, Ländern und Gemeinden die politische Verantwortung innehaben. Dies gilt vor allem für Steinmeiers Sozialdemokraten, die heute vielfach nicht einmal mehr halb so stark sind wie noch vor 25 Jahren und mancherorts inzwischen vor der Fünf-Prozent-Hürde zittern. Wer sich die Landkarten der Wahlergebnisse unter dem Aspekt ansieht, wo die AfD stark und Steinmeiers SPD schwach ist, wird immer wieder interessante Zusammenhänge erkennen.

Ein konkretes Beispiel dafür, wo die Probleme unseres politischen Systems tatsächlich liegen, gab dieser Tage die SPD im Berliner Stadtbezirk Neukölln. Der dort seit 2018 regierende junge Bürgermeister Martin Hikel, der wie sein Vorgänger Heinz Buschkowsky stets offen die Probleme des multikulturellen Alltags benennt, warf nun bei der Kandidatenauf-

stellung für die nächste Bürgermeisterwahl hin, nachdem ihm parteiinterne Kritiker wegen seines Vorgehens gegen kriminelle Clans Rassismus unterstellt hatten und ihm durch gelungenes Strippenziehen ein schlechtes Wahlergebnis bescherten. Von Steinmeier war zu dieser Niederlage der Realos in seiner Partei nichts zu hören.

Hätte der Bundespräsident aus Sorge um das politische System die in der Verantwortung stehenden Parteien dazu aufgerufen, weniger über die AfD zu klagen und sich stattdessen an die eigene Nase zu fassen sowie sich wieder stärker am Willen des Volkes zu orientieren, dann hätte seine Rede als bedeutende Wortmeldung in die Geschichte eingehen können. So aber war sie nicht mehr als der laue Zwischenruf eines Parteisoldaten, der weniger um die Demokratie besorgt scheint als vielmehr um den Zugang des eigenen Lagers zur Macht.

Die Demokratie indes ist von derlei Auftritten Steinmeiers ebenso wenig gefährdet wie von den Auftritten manch zweifelhaften AfD-Politikern. Sie ist noch immer die Herrschaft des Volkes und nicht von politischen Eliten, die allzu oft in grundlegenden Fragen den Willen der Wähler ignorieren und deshalb von diesen abgestraft werden. Bedroht ist Demokratie erst dann, wenn das Volk nicht mehr wählen kann, von wem es seine Interessen vertreten lassen will.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Millionen Syrer kehren in ihr Land zurück – nur die in Deutschland bleiben Seite 4

Kultur
Ein genialer Außenseiter: Vor 200 Jahren starb der Literat Jean Paul Seite 9

Die Pommersche Zeitung Gartz – eine kaum bekannte Stadt an der Oder mit vielen Kirchen und Türmen Seite 19

Lebensstil
„Der Konsum“ – wie Einzelhändler sich früher klug organisierten Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 304401 46
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Raumfahrt Donald Trump will noch während seiner Amtszeit als US-Präsident eine neue Mission zum Mond schicken, streicht aber die finanziellen Mittel der Raumfahrtbehörde NASA zusammen. US-Konkurrenten und China wittern ihre Chance

Neuer Wettlauf zum Mond

NASA gerät durch andere Raumfahrt-Anbieter unter Druck – Abhängigkeit von Elon Musks SpaceX

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Juni dieses Jahres drohte der Gründer und Chef des privaten Raumfahrtunternehmens SpaceX, Elon Musk, mit der Einmottung seiner Raumkapseln von Typ Crew Dragon. Seit 2020 bringen sie im Auftrag der US-Weltraumbehörde NASA Astronauten zur Internationalen Raumstation ISS. Ihr Wegfall hätte das sofortige Ende bemannter Raumflüge vom Boden der USA aus bedeutet, und die NASA wäre wieder auf russische Sojus-Kapseln angewiesen gewesen.

Musks damaliger Zorn resultierte aus der Absicht von US-Präsident Donald Trump, Staatsaufträge an SpaceX im Umfang von 22 Milliarden US-Dollar zurückzuziehen, weil es zwischen Trump und Musk zu Streitigkeiten über die Steuer- und Haushaltsgesetzgebung gekommen war. Zum Schluss lenkten die beiden Kontrahenten aber ein, woraufhin SpaceX weiter Dragon-Kapseln ins All befördert.

Jetzt startete die staatliche Weltraumagentur NASA eine Retourkutsche, indem sie ihre Verträge mit SpaceX kündigte, insofern diese die Mission Artemis III betreffen, in deren Rahmen 2028 drei Astronauten auf dem Mond landen sollen. Hierzu sagte der US-Verkehrsminister und kommissarische NASA-Administrator Sean Duffy: „Wir stehen in einem Wettbewerb mit China, und der Präsident und ich wollen noch in seiner Amtszeit zurück auf den Mond. SpaceX ist ein großartiges Unternehmen. Der Punkt ist aber: Sie sind hinter dem Zeitplan.“ Und damit hat Duffy durchaus recht.

Die Entwicklung des für die Mondmissionen vorgesehenen SpaceX-Raumschiffes Starship samt der Landefähre Human Landing System (HLS) stagniert seit geraumer Zeit. Von bislang 18 Testflügen der Starship-Trägerrakete waren nur acht ein voller Erfolg, wobei es allein dieses Jahr zu drei Fehlschlägen in Folge kam.

Und das HLS steckt sogar noch weitestgehend in den Kinderschuhen. Duffy quittierte dies mit den Worten: „Wir werden nicht auf ein einzelnes Unternehmen warten“ – immerhin habe China seine geplante Mondlandung jetzt von 2035 auf 2030 vorgezogen. Also forderte die NASA die Konzerne Blue Origin, Boeing, Lockheed Martin und Northrop Grumman auf,

sich nun ebenfalls für den Bau des Landeapparats von Artemis III zu bewerben. Duffy dazu wörtlich: „Wir wollen, dass mehrere Unternehmen um die Mondlandung kämpfen. Wer immer uns zuerst dort hinbringt, den nehmen wir.“

Allerdings kocht die Konkurrenz von SpaceX auch nur mit Wasser. So bastelt Blue Origin, die Raumfahrtfirma des Amazon-Gründers Jeff Bezos, schon seit geraumer Zeit an einer Mondfähre namens Blue Moon, wobei deren Fertigstellung aber kaum vor 2030 erfolgen könnte. Und Northrop Grumman lag mit seinem ersten Kostenvoranschlag beim Zehnfachen dessen, was SpaceX für die Mission Artemis III berechnete.

Darüber hinaus kann es sich die NASA nicht leisten, SpaceX den Stuhl vor die Tür zu setzen, denn das Unternehmen dominiert die Raumfahrt inzwischen auf fast allen Gebieten, was an seinen konkurrenzlos günstigen Preisen aufgrund der Wiederverwendbarkeit der Trägerraketen

liegt. Im Jahr 2024 wurden bereits 52 Prozent sämtlicher Raumflugkörper weltweit mit einer SpaceX-Rakete gestartet. Und in den USA gingen 2024 sogar 138 von 145 erfolgreich durchgeführten Starts auf das Konto von SpaceX. Unter anderem beförderte das Unternehmen im vorigen Jahr vier bemannte Dragon-Kapseln mit 14 Astronauten aus fünf Ländern sowie zwei unbemannte Frachter mit zwölf Tonnen Nachschub für die ISS in den Weltraum. Das macht die NASA faktisch zu einem Bittsteller gegenüber SpaceX.

Unverzichtbar fürs Militär

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet ist Musks Unternehmen auch auf dem Gebiet der militärischen Raumfahrt aktiv. So installiert SpaceX seit 2020 für den militärischen Nachrichtendienst des Pentagon National Reconnaissance Office (NRO) ein Netz aus innovativen Spionagesatelliten namens „Starshield“, welche selbst kleinere Objekte auf der Erdober-

fläche erfassen und lückenlos überwachen können. Darüber hinaus übernimmt SpaceX bis 2027 40 Prozent aller Raketenstarts im Auftrag des US-Militärs, wofür das Unternehmen eine spezielle Sicherheitszulassung erhielt. Außerdem beförderte der Privat-Konzern auch die streng geheime wiederverwendbare Weltraumdrohne X-37B von Boeing ins All.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum Musk auf die Kündigung des Artemis-III-Vertrages eher herablassend als betroffen reagierte. Zunächst bescheinigte der Multimilliardär dem NASA-Chef Duffy, den er dabei provokant „Dummy“ nannte, massive fachliche Inkompetenz. Danach gab er über das Soziale Netzwerk X folgende Prognose ab: „SpaceX ist im Vergleich zum Rest der Raumfahrtindustrie blitzschnell unterwegs. Letztendlich wird das Starship die gesamte Mondmission alleine durchführen. Merkt euch meine Worte!“



Teststart einer Starship-Rakete des vom Milliardär Elon Musk gegründeten Unternehmens SpaceX in Texas: Nach zahlreichen fehlergeschlagenen Testflügen hinkt das mit zehn Milliarden Dollar veranschlagte Projekt im Zeitplan weit hinterher Bild: imago/wenn

MITTELKÜRZUNG

Ein Ende in der Raumfahrt durch NASA?

Die NASA durchlebt derzeit eine sehr turbulente Phase, was nicht nur aus den ständigen Verzögerungen beim Mondprogramm Artemis und der Einbindung der bisher zivil orientierten Institution in die nationale Sicherheitsarchitektur resultiert, sondern auch aus den extremen Budgetkürzungen, die mit dem neuen Haushaltsplan für 2026 wirksam werden: Statt 24,8 Milliarden Dollar wie 2025 soll die NASA im nächsten Fiskaljahr nur noch 18,8 Milliarden erhalten. Diese Streichung von Mitteln wäre der größte finanzielle Einschnitt in der Geschichte der Weltraumbehörde. Sie würde unter anderem eine Reduzierung der Forschungsgelder und Personalausgaben um 47 Prozent nach sich ziehen. Dagegen regt sich nun schon seit geraumer Zeit heftiger Protest innerhalb und außerhalb der NASA.

So intervenierten etliche große Wissenschaftsorganisationen wie die Planetary Society, die American Astronomical Society und die American Geophysical Union. In einer gemeinsamen Petition bezeichneten sie die Kürzungen als „historischen Rückschritt für die Führungsrolle der USA in der Raumfahrt, Wissenschaft und Innovation“.

Die Streichung würde nicht zuletzt das Ende für 41 Missionen im All bedeuten, was auf eine Verschwendung von Steuergeldern und den Abbruch bewährter internationaler Partnerschaften hinausliefe. Zudem entstünden Gefahren für die nationale Sicherheit – etwa durch die Verringerung der Fähigkeiten, Naturkatastrophen vorherzusagen.

Parallel dazu gingen immer wieder NASA-Mitarbeiter auf die Straße, so auch vor dem NASA-Hauptquartier in New York und dem Glenn Research Center in Cleveland. Außerdem traten Whistleblower aus der Behörde im US-Senat auf und berichteten dort von einem „Kulturwandel“ aufgrund der Kürzungen, durch den NASA-Angestellte jetzt zögerten, auf Sicherheitsprobleme hinzuweisen. Deshalb werde man „innerhalb weniger Jahre einen Astronautentod erleben“. W.K.

NATIONALE SICHERHEIT

Neue Rolle für die US-Weltraumbehörde

Ein Erlass Donald Trumps macht die NASA zu einem geheimdienstlichen Akteur – Davon wäre auch die freie Forschung betroffen

Am 28. August dieses Jahres unterzeichnete der US-Präsident Donald Trump einen Erlass, welcher den unspektakulären Titel „Weitere Ausnahmen vom Bundesprogramm für Arbeitnehmer-Management-Beziehungen“ trägt, aber von erheblicher Brisanz ist. Denn mit der Order erweiterte Trump den Kreis der Bundesbehörden, die nicht mehr unter die Bestimmungen des Bundesarbeitsrechts für den öffentlichen Dienst in den Vereinigten Staaten fallen, weil sie in die „Geheimdienst-, Spionageabwehr-, Ermittlungs- oder nationale Sicherheitsarbeit“ eingebunden sind.

Nunmehr gelten die Ausnahmeregelungen des von Jimmy Carter herausgege-

benen Präsidialerlasses vom 19. November 1979 auch für etliche Agenturen oder Unterabteilungen des Handelsministeriums in Washington sowie das US-Patentamt (USPTO), die Nationale Ozean- und Atmosphärenbehörde (NOAA) und die NASA.

Die Begründung des Weißen Hauses für diesen Schritt ist dabei ausgesprochen vage gehalten – letztendlich besteht sie nur in einem knappen einleitenden Hinweis auf „nationale Sicherheitsanforderungen und -überlegungen“. Dabei hat die formelle arbeitsrechtliche Einbindung von USPTO, NOAA und NASA in den Verband der Geheimdienste der Vereinigten Staaten aber ganz erhebliche allgemein-

politische, juristische und wissenschaftspolitische Konsequenzen.

Im Fall der NOAA droht eine deutlich schärfere Zensur von Wetterdaten, welche auch für militärische Operationen wie Drohneneinsätze oder Raketenstarts von hoher Bedeutung sind. Darüber hinaus tangiert der Erlass auch die Klimaforschung, deren Ergebnisse immer größere politische Relevanz erlangen.

Die NASA wiederum spielte schon seit Anbeginn ihrer Existenz eine wichtige Rolle, wenn es um Raketentechnologie für das Militär und Spionagesatelliten für die Geheimdienste ging – bis jetzt standen aber stets zivile wissenschaftliche Projekte im Vordergrund. Der Erlass deutet dar-

Trump's Erlass stößt auf lautstarken Protest, da befürchtet wird, dass künftig zu wenig Informationen von allgemein öffentlichem Interesse freigegeben werden

auf hin, dass dies künftig anders sein könnte. Allerdings stiegen auch die Anforderungen an die Geheimhaltung nichtmilitärischer Vorhaben, seit ein neuer Wettlauf im All zwischen den USA und China stattfindet.

Ungeachtet dessen stößt Trumps Erlass auf lautstarken Protest. So bemängeln die Gewerkschaften ihre Verdrängung aus bislang zivilen Wissenschafts- und Verwaltungsbehörden. Darüber hinaus wird ein deutlicher Rückschritt befürchtet, was die Freigabe von Informationen von allgemeinem öffentlichem Interesse betrifft. Dazu zählen nicht zuletzt Einzelheiten über die Verwendung von Forschungsgeldern. W.K.

Der Wandel lässt auf sich warten

Vor einem Jahr zerbrach die Ampelkoalition an ihren inneren Widersprüchen, aus der folgenden Neuwahl ging die Union mit dem Versprechen eines Politikwechsels als Siegerin hervor. Ein guter Grund zu fragen, was sich in den letzten zwölf Monaten geändert hat

VON WERNER J. PATZELT

Nicht nur Parteien haben die Beweglichkeit eines Tankers. Das gilt erst recht für Parteiensysteme, in denen man gemeinsam Besitzstandswahrung auf der Brücke oder dem Sonnendeck betreibt. Auch die CDU hat sich nämlich unter Angela Merkel jener kulturellen Hegemonie gebeugt, welche die Linke im Anschluss an die weltweite Studentenrevolution von 1968 in Deutschland errang und seither immer arroganter praktiziert. Den aktuellen Nachweis liefern jene rund 25 Prozent der Deutschen, die – nach einer jüngsten Umfrage – die Altkanzlerin vermissen, obwohl diese wie niemand sonst für Deutschlands üblen Zustand verantwortlich ist: 61 Prozent unter den Anhängern der Linken vermissen sie, 52 Prozent der Grünen, 34 Prozent der SPD – und nur ganze 22 Prozent bei der Union.

Diese vollzog ihren Kurswechsel gegenüber der Merkel-Ära nicht aus Einsicht, sondern weil ein großer Teil ihrer Wählerschaft zur AfD davongelaufen war, also zu Merkels parteipolitischen Nachlass. Auch der SPD ging ein Großteil der Wählerschaft von der Fahne, viele hin zur AfD, nicht wenige auch zur Linken. Offensichtlich steckt die SPD in einer Identitätskrise. Inzwischen 27 Jahre lang fast ununterbrochen an der Macht, wenn auch nicht unterbrechungslos länger als die Union, hat sie viele jener Politiken herbeigeführt, deren Schädlichkeit seit einiger Zeit fühlbar wird, nämlich von der Energiepolitik über die Sozialpolitik bis hin zur Migrationspolitik. Im jetzigen Bündnis mit der Union soll die SPD nun auf etlichen dieser Politikfelder Korrekturen nicht nur zulassen, sondern sogar mittragen. Das wird erst diese Partei zerreißen – und dann die Koalition.

Verheddert in zeitgeschichtlichen Hinterlassenschaften

Die Union bräuchte das eigentlich nur in der Hinsicht interessieren, dass ihre jahrzehntelange Konkurrentin nun an innerer Schwäche dahinsiecht. Anders als bei den Sozialdemokraten wird der derzeit an AfD-Gestade führende Unionskurs nur von einer Parteiminderheit offen abgelehnt. Deren Stillhaltung dienen die vielen Abgrenzungsschwüre der Parteiführung. Obendrein sollen sie die nie wirklich geschlossenen Risse zwischen den jetzigen Christ- und Sozialdemokraten kiten. Das aber ist bitter nötig, weil sich die Unionsparteien nun einmal in eine Solidar- und Haftungsgemeinschaft mit der SPD begeben haben, ja sogar mit den Grünen, wo immer das erforderlich wurde. Das ist nämlich die immer schon leicht zu begreifende Nebenwirkung jenes „Kampfs gegen rechts“, den die Linke der Union als Kampf gegen einen Großteil der eigenen früheren Wählerschaft aufgezwungen hat – sehr zum Vorteil der Linken, doch zum langwierigen Nachteil des Landes.

Anscheinend hat die Union noch nicht einmal mit informellen Vorarbeiten zu jenem künftigen Zusammenwirken mit der AfD begonnen, das allein es ihr ermöglichen wird, sich von linker Hegemonie zu befreien und einen solchen Kurs des Staatsschiffs anzulegen, der nicht noch mehr ihrer früheren Anhängerschaft vertreibt. Bis auf Weiteres hat sie jedoch Rücksicht auf den fragilen Zustand ihres Koalitionspartners und auf die „Sensibilität“ – besser: Nervosität und parteipolitische Hilflosigkeit – von dessen Vorsitzenden zu nehmen. Lässt Kanzler Merz es daran fehlen, dann droht der Koalitionsbruch samt neuerlichen Bundestagswahlen. Bei diesen werden der Union aber nicht mehr wirklich viele eine „letzte Chance“ auf einen selbstbestimmten, nicht von der AfD auferlegten Politikwechsel geben. Dann ins



Bislang kaum zu erkennen: Der von der Union nach dem Ampel-Aus versprochene Politikwechsel

Abseits oder an die Seite der AfD gezwungen, wird die Union für Folgeschäden der Merkel-Politik büßen müssen, wenn auch nicht ganz so zugerichtet wie Deutschlands Wirtschaft und Gesellschaft.

Auch von der Ampelregierung wurde der Merkel-Kurs nicht korrigiert, sondern nur entschiedener fortgesetzt als zuvor, abgesehen freilich von der eher widerwilligen Umkehr bei der Russland-Politik. Tatsächlich war dieser Kurs das Ergebnis einer über Jahrzehnte aufgebauten linken kulturellen Hegemonie samt intellektueller Lust auf Illusionen. Die reichten vom freudigen Verzicht auf die Kernenergie über eine bedingungslose Willkommenskultur bis hin zur Fehleinschätzung realer deutscher Interessen in der internationalen Wirtschafts- und Sicherheitspolitik. Klar kritisiert hat ihn die oppositionelle Union sehr wohl. Doch ausgebrems von der SPD schaffte sie nach der Regierungsübernahme keinen umfassenden Politikwechsel. Neue Akzente mussten da ausreichen, unionsseitig begleitet vom Glauben, sie würden einen Stimmungsumschwung bewirken – wenn schon nicht im Sommer oder im Herbst, dann wenigstens zum ersten Jahrestag der ver stolperten Kanzlerwahl.

Wo es vage Fortschritte gibt

Immerhin wird bei der Migrationspolitik der CSU-Innenminister Dobrindt nicht vom Kanzleramt behindert wie einst der CSU-Innenminister Seehofer. Sichtbar sind immerhin auch neue Akzente im Wirtschaftsministerium und zumindest angekündigt ebensolche im Sozialministerium. Derweil richten sich viele Unions-Hoffnungen darauf, dass ebenfalls die Führung der SPD nicht nur endlich einsieht, dass es tiefgreifende Reformen wirklich braucht, sondern dass diese außerdem den Mut und die Kraft aufbringt, wirksame Reformen in den eigenen Reihen dann auch durchzusetzen. Doch derzeit sieht es eher nach einem Aufbegehren der SPD-Lin-

ken als nach einem entschlossenen Rückbau von deren falscher Politik aus.

Freilich versucht die Union, den sachlich erforderlichen Kulturkampf gegen den links-grün dominierten Zeitgeist weiterhin zu vermeiden. Statt ihn – wie in Argentinien vorgeführt – zum Teil des Ringens um eine vernünftige Haushaltsführung zu machen, vertagten CDU und CSU diese Aufgabe durch das Glücksspiel mit einer – vom politischen Gegner lautstark begrüßten – gigantischen Neuverschuldung. Obendrein gab die Union Soziales und Verteidigung als ausgabenstärkste Ministerien in die Hand ihres Koalitionspartners und machte dessen Vorsitzenden auch noch zum Kassenwart. Weil aber der Finanzminister seit Helmut Schmidts Zeiten für Deutschlands Ökonomie viel wichtiger ist als der jeweilige Hausherr im Wirtschaftsministerium, stehen weiterhin die Chancen schlecht, dass bald wieder anderes wächst als der Staatskonsum und die Staatsverschuldung.

Wo vorerst alles beim Alten bleibt

Über die Kraft zu einer „geistig-moralischen Wende“ besagt es ohnehin alles, dass die Förderung links-grüner Vorfeldorganisationen durch das Bundesprogramm „Demokratie leben“ sogar noch aufgestockt wurde. So aber gewinnt man Kulturkämpfe ebenso wenig wie durch die Wiederholung etablierter Sprechblasen oder durch fleißig-korrektes Verwalten des ohnehin Angesagten. Die Union bräuchte wieder Intellektuelle, die sich – anders als solche der Grünen – auch in den Realien der Politik gut auskennen, und die – ebenso wie viele der akademischen Wegbegleiter von SPD und Linker – die Waffen öffentlicher Diskurse gut zu führen wissen. Nach solchen Leuten hat es die CDU-Führer aber kaum einmal verlangt. Allenfalls werden sie ertragen. Weiterhin ist die CDU eine „unintellektuelle Partei“ – und auch noch stolz darauf.

„Die Union bräuchte wieder Intellektuelle, die sich – anders als solche der Grünen – auch in den Realien der Politik gut auskennen, und die – ebenso wie viele der akademischen Wegbegleiter von SPD und Linker – die Waffen öffentlicher Diskurse gut zu führen wissen“

Weil Hochmut aber vor dem Fall kommt, steht die Union seit Jahren hilflos vor den feuilletonistischen Schlachtreihen der Linken. Nicht einmal Nischen für ihr nahehegende Intellektuelle vermochte sie durch geeignete Personalpolitik im öffentlich-rechtlichen Rundfunk oder in einst konservativen Print-Redaktionen zu sichern. Und gar nichts ist von einer „intellektuellen Wiederaufrüstung“ der Union zu sehen, obwohl allein diese Deutschlands links-grüne intellektuelle Hegemonie nicht nur brechen, sondern auch ablösen könnte.

Zwar ist es lobenswert, dass der Kanzler nicht den „Scholzomaten“ gibt, sondern immer wieder mit offensiven Bemerkungen öffentliche Debatten befeuert. Doch es wäre gut, wenn seine Formulierungen weniger improvisiert und besser strategisch durchdacht wären. Weil es an Letzterem oft mangelte, geriet Merz wiederholt unter diskursives Feindfeuer und zeigte sich dann bisweilen zu wenig standfest. Schneidige Reden eignen sich aber mehr fürs Offizierskasino als fürs reale Gefecht der verbundenen Waffen. Klar fehlt der Union die gegnerzermürende Artillerie gekonnter, nicht bloß aufgesetzter akademischer Beschlagenheit. Jedenfalls stehen hinter den politischen Korrekturversuchen der Union noch keine mitziehende Vision und kein stimmiger Plan. Die erstere müsste die Politikkonzepte der links-grün Woken an Anziehungskraft übertreffen, der letztere einen Weg aus der Anketzung der Union an SPD und Grüne weisen.

Scheitert die Koalition?

Unter den heutigen Umständen ist deshalb ein Scheitern der so klein gewordenen „Gro-Ko“ ebenso wenig auszuschließen wie ein Niedergang des Kanzlers Merz. Misslänge dann wohl ein „untauglicher Versuch“ eines Wechselmanövers, weil allzu viele Politiker sich die anstehenden Probleme immer noch kleiner und anders gelagert ausmalen, als sie wirklich sind? Oder würden Parteiführer mangels Muts vor den Freunden in Parteien, den Medien und der Zivilgesellschaft nicht der Größe ihrer Aufgaben gerecht? Oder verhinderte die zuschauende Bürgerschaft durch Beifall oder Buhen „an den falschen Stellen“ den notwendigen Wandel?

Zwar kann der Kanzler sich selbst und seine Partei einige Zeit lang von solchen innenpolitischen Entscheidungsaufgaben ablenken, vor allem durch schöne Bilder von außenpolitischen Aktivitäten. In die zu investieren, ist umso einladender, als Deutschlands internationale Stellung wirklich ins Rutschen gekommen ist. Die Schaffung einer wertebasierten, gerade nicht auch interessenbasierter internationalen Ordnung ist erwartbar gescheitert. Die außenpolitisch unumzählbare Wirtschaftskraft Deutschlands wurde energiepolitisch abgewürgt. Und seinen „europäischen Beruf“ übt unser Land schlecht aus, weil es unentschieden die Frage vor sich herschiebt, ob wir die Europäische Union – wieder einmal am Scheideweg stehend – eher zur Bundesstaatlichkeit mit gemeinsamer Armee entwickeln sollten oder zu einem Staatenbund mit gemeinsamer Wirtschaft.

Doch nur wenn der Kanzler Merz die innenpolitischen Probleme unseres Landes in den Griff bekommt, kann ihm Nachhaltiges bei der Außenpolitik gelingen. Und nur dann wird seine Kanzlerschaft ein besseres Urteil finden als die seiner Rivalin Merkel.

● Prof. Dr. Werner J. Patzelt war von 1991 bis 2019 Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden und danach Forschungsdirektor am Mathias Corvinus Collegium. Zu seinen Werken gehören „Ungarn verstehen“ (2023) und „Deutschlands blaues Wunder. Die AfD und der Populismus“ (2025, beide Langen Müller). www.wjpatzelt.de

● MELDUNGEN

Ukrainer im Sozialsystem

Dresden – Angesichts stark steigender Einreisezahlen von ukrainischen Staatsbürgern hat der sächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Florian Oest die Vermutung geäußert, dass es Ukrainer gibt, die in Deutschland gemeldet sind und Bürgergeld beziehen, tatsächlich aber in der Ukraine leben. Unter Berufung auf einen Beamten der Bundespolizei sagte Oest, einige Ukrainer seien am Grenzübergang Ludwigsdorf bei Görlitz bereits bekannt, da sie häufiger ein- oder ausreisen. Der Bundestagsabgeordnete kommentierte: „Die pendeln geradezu in das deutsche Sozialsystem.“ Oest forderte, dies schnellstens zu unterbinden. Im Freistaat Sachsen haben sich im September 1253 Ukrainer neu angemeldet, im Oktober nochmals mehr als 1000. Dies waren pro Monat etwa so viele Neuanmeldungen wie in den Monaten Januar bis Juli zusammen. Die Ukraine hat das bislang geltende Ausreiseverbot für Männer zwischen 18 und 22 Jahren seit dem 28. August aufgehoben. H.M.

Rüstungspläne sind in Gefahr

Berlin/Hannover – Nach Angaben des Chefs der Deutschen Rohstoffagentur, Peter Buchholz, stellen Chinas Exportkontrollen für Seltene Erden eine schwerwiegende Gefahr für die deutsche Industrie dar. Der Agenturchef erklärte, die Verschärfung der Exportkontrollen Seltener Erden „deutet darauf hin, dass China die Verteidigungsindustrie und die Mobilitätswende in anderen Ländern ausbremsen will“. Wegen Chinas Exportbeschränkungen rechnet der Rohstoffagentur-Chef auch „mit Ausfällen“ beim Ausbau der deutschen Rüstungsindustrie. Besondere Sorge bereitet Buchholz die Möglichkeit, dass die Volksrepublik China Taiwan überfallen könnte und es anschließend zu einer unkalkulierbaren Spirale aus Sanktionen und Gegenmaßnahmen kommen könnte, bei der China die Welt mit Exportverboten regelrecht überzieht. Er appelliert deshalb an die Wirtschaft, sich dringend und zwingend auf dieses bedrohliche Szenario aktiv vorzubereiten, so der Agenturchef. H.M.

Union will hart durchgreifen

Berlin – Eine neue Studie der Universität Köln und des NRW-Landeskriminalamts alarmiert: Mehr Gewalt, weniger Respekt, kaum Angst vor Strafe – selbst bei den Jüngsten. Susanne Hierl, rechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, betont daher: „Das Signal muss klar sein: Gewalt von 12- oder 13-Jährigen wird nicht achselzuckend hingenommen. Kinder in diesem Alter wissen nämlich sehr genau, was richtig und was falsch ist.“ Eine Absenkung der Strafmündigkeit unter 14 Jahre dürfe daher „kein Tabu“ mehr sein. Gleichzeitig fordert sie, auch bei strafunmündigen Kindern erzieherische Maßnahmen durchsetzbar zu machen, damit diese nicht zu Intensivtätern werden. Ebenso mahnt Lehrerverbandspräsident Stefan Düll: „Gewalt muss konsequent sanktioniert werden – bis hin zum Schulverweis und zur Anzeige.“ J.E.



Statt auf deutschen Straßen zu demonstrieren, sollten vor allem die jungen Männer lieber wieder in ihre Heimat Syrien zurückkehren, um ihr zerstörtes Land wieder aufzubauen. So wie einst die Deutschen es nach 1945 taten

WEIL'S BEQUEMER IST

Syrier bleiben in Deutschland

Rund zwei Drittel der Asylsucher haben sich mit Bürgergeld bestens eingerichtet

VON PETER ENTINGER

In vielen Nachbarstaaten Syriens machen sich Flüchtlinge inzwischen massenhaft wieder auf den Heimweg, um ihre zerstörte Heimat wieder aufzubauen. Nur in Deutschland bleiben sie. In den ersten neun Monaten nach dem Sturz des Machthabers Baschar al-Assad im Dezember 2024 sind laut UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, rund eine Million Syrier in ihre Heimat zurückgekehrt. Ausgerechnet in Deutschland, das anteilmäßig von den EU-Staaten die meisten syrischen Kriegsflüchtlinge aufnahm, ist aber hingegen kaum eine Rückkehrbewegung zu verzeichnen. Hierzulande leben weiterhin fast eine Million Syrier – Ende August waren es 951.406 Personen. Damit hat ihre Zahl in Deutschland seit Kriegsende kaum abgenommen. Warum gehen also so viele Männer in ihre Heimat zurück, nur nicht die aus Deutschland?

Seit 2015 ist die Zahl der syrischen Asylsucher in Deutschland von wenigen

Zehntausend auf nahezu eine Million angewachsen. Die große Mehrheit verfügt über einen anerkannten humanitären Schutzstatus. Die Gruppe ist mit durchschnittlich Mitte 20 recht jung – mehr als ein Drittel der syrischen Schutzsuchenden waren einst Kinder oder Jugendliche – und obendrein sind mehr als 60 Prozent männlich.

Lockerer Leben mit Staatsstütze

Viele Syrier haben hier bereits Wurzeln geschlagen. Rund 160.000 von ihnen erhielten in den letzten Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft – allein 2024 waren es mehr als 80.000. Zudem haben viele Familien Nachwuchs bekommen: Seit 2017 wurden in syrischen Familien über 56.000 Kinder in Deutschland geboren. All dies deutet darauf hin, dass ein erheblicher Teil der hier lebenden Syrier dauerhaft in Deutschland bleiben möchte.

Doch ihre Integration verläuft bislang nur wenig erfolgreich. Weniger als die Hälfte der in Deutschland lebenden Syrier im erwerbsfähigen Alter geht einer Arbeit

nach. Von etwa 685.000 Erwerbsfähigen hatten 2024 lediglich rund 287.000 eine Beschäftigung, davon 236.000 in regulären sozialversicherungspflichtigen Stellen. Gleichzeitig erhielten im August 2024 rund 518.000 Syrier Bürgergeld, darunter rund 353.000 Erwachsene im erwerbsfähigen Alter. Ein großer Teil der Community lebt also bequem von staatlichen Leistungen. Dieses Verhältnis erklärt, warum die Rückkehrfrage politisch brisant ist – sie berührt sowohl die Sozialkassen als auch die Integrationsdebatte.

Trotz des Endes des Bürgerkriegs und des Regimewechsels in Damaskus bleibt die Rückkehrbereitschaft der Asylsucher aus Syrien in Deutschland gering. Bislang sind nur wenige Tausend freiwillig aus Deutschland zurückgekehrt. Ausgerechnet hierzulande treten so wenige Flüchtlinge den Rückweg an – dafür gibt es mehrere Gründe. Einerseits fehlen im Gegensatz zu Ländern wie der Türkei oder dem Libanon aktive Rückkehrprogramme. Zwar bietet ein staatliches Förderprogramm seit 2024 finanzielle Starthilfen

für Heimkehrer, doch bis zum Frühjahr hatten nur gut 600 Syrier diese Möglichkeit genutzt. Andererseits sind die Lebensbedingungen in Deutschland für viele Syrier viel zu attraktiv. Als Land mit großzügigem Sozialsystem erscheint Deutschland allemal reizvoller als das zerstörte Herkunftsland. In Syriens Nachbarstaaten haben hingegen hohe Lebenshaltungskosten und unsichere Perspektiven viele Flüchtlinge zur Rückkehr bewegt – nur die große Rückkehrwelle aus Deutschland blieb bislang aus.

Nun ist in Deutschland eine Debatte über die Zukunft der hier verbliebenen Syrier entbrannt. Direkt nach den Siegesfeiern exil-syrischer Gemeinschaften kamen Stimmen auf, dass Syrier, die hier das Ende des Assad-Regimes bejubeln, umgehend in ihre Heimat zurückkehren sollten. Auch Unionspolitiker sehen seither den Fluchtgrund als erloschen an.

Keine gültigen Abkommen

„Mit dem Ende des syrischen Bürgerkriegs ist auch der Schutzgrund für alle Bürgerkriegsflüchtlinge weggefallen“, sagte der Vizefraktionschef der Union, Günter Krings. Die Bundesregierung will nun endlich Abschiebungen nach Syrien – zunächst erst einmal von Straftätern – ermöglichen. Bislang fehlt jedoch ein Rücknahmeabkommen mit der neuen Führung in Damaskus, was Abschiebungen faktisch blockiert. Im Gegenteil: Noch gilt seit 2012 ein Abschiebestopp nach Syrien. Bundeskanzler Friedrich Merz erklärte gerade, er befürworte eine Rückkehr syrischer Flüchtlinge in ihre Heimat. Vor allem Straftäter sollen abgeschoben werden. Er habe den syrischen Übergangspräsidenten Ahmed al-Scharaa eingeladen, um über die Abschiebungen von Straftätern zu sprechen.

Deutschland ist bislang sehr nachsichtig vorgegangen. Es kommen sogar noch neue Asyl-Syrier ins Land – trotz Kriegsende. Allein von Januar bis September stellten über 19.000 einen Asylantrag in Deutschland. Parallel steigt auch die Zahl der Einbürgerungen rapide, was vielen Asylsuchern einen dauerhaft gesicherten Verbleib ermöglicht. Während andere Aufnahmeländer ihre Syrier aktiv zur Heimkehr bewegen, fehlt hierzulande ein solcher Impuls.

Die unklugen Äußerungen von Außenminister Johann Wadepuhl (CDU) dürften zudem kaum zu einer größeren Rückkehrbereitschaft beitragen. Er hatte nach einem Besuch in Syrien angezweifelt, dass angesichts der Zerstörung viele Flüchtlinge zurückkehren. „Hier können wirklich kaum Menschen richtig würdig leben“, lautete sein Fazit. Syrien sehe schlimmer aus als Deutschland 1945. Wohl eine verbale Entgleisung der besonderen Art.

NICHT NACHVOLLZIEHBARE KEHRTWENDE

Innenministerium finanziert linke Propaganda

Trotz Kritik der Union an NGOs steigt auch die Förderung für die links-grüne Amadeu-Antonio-Stiftung

Die üppige Steuergeld-Finanzierung für linksgrüne Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ist für viele ein Ärgernis. Zuletzt gab es Verwirrung, ob das Innenministerium der linken Amadeu-Antonio-Stiftung (AAS) nun mehr oder weniger Geld überweisen wird. Ein Medienbericht behauptete, das Haus von Alexander Dobrindt (CSU) kürze die Mittel. Doch das stimmt nicht. Das Innenministerium weitet die Förderung sogar aus. Wie eine Anfrage von „Nius“ ergab, dürften bis Ende des Jahres 767.523 Euro bei der Stiftung landen, die sich im „Kampf gegen Rechts“ hervortut.

Das ist sogar mehr Geld von Dobrindts Ministerium als unter seiner SPD-Vorgängerin Nancy Faeser. Hinzu kommen mehrere Hunderttausend Euro aus dem Programm „Demokratie leben!“ des Bundes-

familienministeriums. Zudem erhält die Stiftung Geld aus dem Budget des Antisemitismusbeauftragten – insgesamt fast 2,3 Millionen Euro Bundesmittel.

Das Programm „Demokratie leben!“ bietet ein schier unerschöpfliches Füllhorn mit 182 Millionen Euro, das Hunderte linksgrüne NGOs finanziert. 2026 soll die Förderung sogar auf 191 Millionen Euro steigen. Dass die linke Amadeu-Antonio-Stiftung nun mehr Geld vom Innenministerium bekommt, dürfte viele Bürger verwundern. Schließlich hatte die Unionsfraktion vor der Bundestagswahl 551 Fragen zur Förderung von NGOs gestellt, die sich parteipolitisch keineswegs neutral verhalten.

Auch die Amadeu-Antonio-Stiftung wurde darin genannt, die 1998 von der Publizistin Annetta Kahane – einer früheren

Inoffiziellen Mitarbeiterin (IM) der Stasi – gegründet worden ist. Einzelne Arbeitsbereiche – wie ihr Einsatz gegen Antisemitismus – finden weithin Anerkennung. Andere sind jedoch stark umstritten.

Die linke Schlagseite der Stiftung ist kein Geheimnis. Geschäftsführer Timo Reinfrank ist stets zur Stelle, wenn linke Medien ein Zitat „gegen Rechts“ benötigen. Vorstand Lars Repp attackierte jüngst Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) wegen dessen „Stadtbild“-Äußerung. Damit schüre er „rassistische Ressentiments“. Die von der Stiftung finanzierte Plattform „Belltower News“ arbeitet mit dem linksaktivistischen Blog „Volksverpetzer“ zusammen, dem das Finanzamt Augsburg bereits vor Jahren die Gemeinnützigkeit entzog. Über „Belltower News“ gibt es weitere Bezüge in die

linksradikale Antifa-Szene. Viele Artikel sind nicht Aufklärung, sondern pure hetzerische Propaganda.

Wie die Stiftung „gegen Rechts“ agiert, zeigte sich bei einer Aktion gegen das liberalkonservative Medium „Apollo News“. AAS-Referentin Kira Ayyadi sprach dafür bei einer Veranstaltung der Linkspartei Berlin-Treptow und des Bundes der Antifaschisten (BdA-VVN). Auf einem Flugblatt forderten die Veranstalter, man müsse „rechten Medien auf die Tasten treten“. Das Ziel der Aktion: Man solle die Redaktion „aus dem Kiez“ vertreiben und ihr „das Leben unbequem“ machen. Die „Neue Zürcher Zeitung“ sah darin einen Angriff auf die Pressefreiheit. Verwunderlich, dass eine solche Organisation so viel Geld von der schwarz-roten Bundesregierung erhält. Robert Mühlbauer

ÖFFENTLICHER RAUM

Berlin erlebt Welle von Schießereien

Auf dem Weg zu „Chicagoer Verhältnissen“ – Schusswechsel auf offener Straße nehmen zu

VON HERMANN MÜLLER

Während die Politik noch immer nach Lösungen zur Eindämmung der Messergewalt sucht, wird in Berlin immer öfter gleich zu einer Schusswaffe gegriffen. Die Hauptstadt bekommt zunehmend ein Problem mit Waffengewalt, wie sie am Nachmittag des 16. Oktober in der Kreuzberger Adalbertstraße zu beobachten war. Dort wurde am helllichten Tag aus einem fahrenden Fahrzeug unvermittelt auf drei junge Männer auf dem Gehweg geschossen. Die Täter konnten flüchten. Zurück blieben mehrere Schwerverletzte.

Quasi als Kollateralschaden trafen die Schüsse auch einen voll besetzten Bus des öffentlichen Nahverkehrs. Mit Glück blieben die Fahrgäste unverletzt, ebenso Passanten, die in Panik in Hauseingängen Deckung gesucht hatten. Nach den Schüssen riegelte ein Großaufgebot der Polizei den Kiez ab. Die Fahndung nach den Tätern blieb bislang erfolglos. Die Ermittler gehen von einem gezielten Angriff im Roker- oder Clanmilieu aus.

Auch in einem weiteren Fall, der sich nur wenige Tage später in Berlin-Zehlendorf ereignete, ermittelt die Mordkommission. Ebenfalls mitten am Tage wurde am 27. Oktober ein 34-jähriger Autofahrer auf der Potsdamer Chaussee aus einem vorbeifahrenden Auto heraus beschossen. Das Opfer des Angriffs kam verletzt ins Krankenhaus. Die Täter konnten fliehen.

Manchmal reicht ein falscher Blick

Das Phänomen des „Drive-By-Shootings“, bei dem aus vorbeifahrenden Autos geschossen wird, war bislang vor allem aus Großstädten der USA bekannt. Dort gilt Chicago als die „Hauptstadt“ der sogenannten „Shooting incidents“. Die Polizei registrierte für die Millionenstadt im Nordosten des Bundesstaats Illinois im vergangenen Jahr rund 2815 Schusswaffenereignisse: 580 Menschen starben an Schussverletzungen, rund 2300 erlitten nichttödliche Verletzungen. Hintergrund der Waffengewalt in Chicago sind zumeist Rivalitäten zwischen Gangs und Drogenverteilernetzen.

Berlin ist von den Chicagoer Zahlen noch ein Stück weit entfernt. Aus Sicht des Bundeskriminalamts ist die Spree-



„Es geht um viel, viel Geld“: Berliner Straße nach einem Schusswechsel

Bild: picture alliance/dpa/Julius Schreiner

Metropole allerdings schon jetzt die Hauptstadt der Schießereien – in keinem anderen Bundesland wird häufiger geschossen. Mit einer Häufigkeitszahl von 9,9 Fällen pro 100.000 Einwohner liegt Berlin vor dem Saarland (8,8) und Hamburg (8,3).

Im laufenden Jahr registrierte Berlins Polizei bereits 884 Taten mit Schusswaffen mit 179 Verletzten und einem Toten. Zu den Ursachen der Waffengewalt sagt Stefan Weh, Landeschef der Gewerkschaft der Polizei (GdP): „Es geht um viel, viel Geld, und da werden Reviere neu aufgeteilt zwischen einzelnen Gruppen der organisierten Kriminalität.“ Wie er gegenüber dem Sender rbb erklärte, werden diese Revierkämpfe immer offener auf den Straßen Berlins ausgetragen. Alarmierend ist auch eine Diagnose, die von Benjamin Jendro, dem Pressesprecher der Berliner GdP, zu hören war: „Manchmal reicht ein falscher Blick oder verletzte

männliche Ehre aus, dass Menschen bereit sind, andere niederzuschießen.“

Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik-Meisel versicherte angesichts der steigenden Zahlen von Waffengewalt auf den Straßen, die Polizei habe den Druck auf allen Ebenen erhöht: „Die dahinterstehenden Strukturen und Akteure sind uns bekannt – sie stehen unter enghemischer Beobachtung und sind Ziel intensiver Ermittlungen.“ Nach Angaben von Slowik-Meisel sind bereits bis zu 100 speziell geschulte Kräfte der Einsatzhundertschaften und des Landeskriminalamts „im Rahmen einer besonderen Aufbauorganisation“ im Einsatz.

Rechtsfreie Räume greifen um sich

Massiver Personaleinsatz ist offenbar auch bei der Gewerbeaufsicht Berlins nötig. In einem Brandbrief haben die Leiter der Berliner Ordnungsämter erst vor Kurzem vor einem Zusammenbruch bei der Gewerbe-

überwachung in der Hauptstadt gewarnt. In einem Brief der Amtsleiter an die Senatskanzlei heißt es: „Das Land Berlin verfügt derzeit faktisch über keine funktionierende Gewerbeüberwachung mehr – mit gravierenden Folgen für Rechtsstaat, Sicherheit und fairen Wettbewerb.“

Der Gewerbeaufsichtsdienst des Landeskriminalamts – zuständig für die Kontrollen von Spielhallen, Wettbüros, Bordellen, Maklern, Pfandleihern oder dem Sicherheitsgewerbe – existiert nach Einschätzung der Ordnungsamtschefs wegen Personalmangels praktisch nicht mehr: „Seit Jahren ist das Landeskriminalamt personell nicht mehr in der Lage, die gesetzlichen Aufgaben der Gewerbeüberwachung effektiv wahrzunehmen.“ Die Amtsleiter warnen: „Das führt dazu, dass sich in Teilen dieser Stadt bereits Strukturen etabliert haben, die sich offenkundig nicht mehr an geltendes Recht gebunden fühlen.“

KRACH IN POTSDAM

SPD und BSW streiten über Medienstaatsvertrag

Brandenburger Koalition findet keine Einigung zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Die in Brandenburg regierende Koalition aus SPD und BSW steuert auf eine Koalitionskrise zu, die Auswirkungen auf alle Bundesländer haben könnte. Der Potsdamer Landtag soll noch im November über zwei neue Medienstaatsverträge abstimmen. Gut zwei Wochen vor dem geplanten Votum erklärte BSW-Fraktionschef Niels-Olaf Lüders allerdings: „Wir sind nach einer ausgewogenen Debatte zum Entschluss gelangt, dass unsere Fraktion mehrheitlich gegen die Medienänderungsstaatsverträge stimmen wird.“

So hatte offenbar nur BSW-Finanzminister Robert Crumbach signalisiert, für die beiden Gesetzentwürfe stimmen zu wollen. Bei den Medienstaatsverträgen geht es um eine Reform von ARD, ZDF und Deutschlandradio sowie um neue Regelungen zum Jugendschutz. Der Bundesvorstand des BSW lehnt die beiden Staats-

verträge ab. Die Führungsebene der Partei fordert eine umfassendere Reform der öffentlich-rechtlichen Sender. Bei der Neuregelung des Jugendschutzes befürchtet der BSW-Bundesvorstand eine „Zensur durch die Hintertür“. Bleibt es bei der Ablehnung durch die BSW-Abgeordneten im Landtag, wäre es das erste Mal in dieser Wahlperiode, dass die Potsdamer Regierungskoalition keine eigene Mehrheit zustande bekommt.

Wie BSW-Fraktionschef Niels-Olaf Lüders erklärte, wurde die SPD-Fraktion frühzeitig über die ablehnende Haltung informiert: „Das gehört sich so, da wir als Koalition weiter gut zusammenarbeiten wollen“, so Lüders.

Auch bei der AfD-Fraktion, der zweitstärksten Kraft im Brandenburger Landtag, können die beiden Gesetzentwürfe mit keiner Zustimmung rechnen. Frakti-

onschef Christoph Berndt begründet die ablehnende Haltung: „Der groß angekündigte sogenannte Reformstaatsvertrag für den ÖRR ist nicht wirklich das, was er behauptet zu sein. Vielmehr ist er Sand in die Augen der Kritiker. Er nimmt lediglich minimale Verbesserungen vor und setzt mit dem Medienrat ein völlig untaugliches neues Aufsichtsgremium ein.“

Die CDU will einspringen

Spekuliert wird in Potsdam nun bereits, dass die CDU-Abgeordneten Ministerpräsident Woidke (SPD) im Landesparlament vor einer Schlappe bewahren, indem sie für die nötige Stimmenmehrheit sorgen. Die Regierungskoalition hat im Landtag eine knappe Mehrheit von nur zwei Stimmen. Gordon Hoffmann, der Generalsekretär der märkischen Union, hat bereits erklärt, die CDU sehe Reform-

bedarf beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk und werde den Medienstaatsverträge daher zustimmen.

Der Entwurf für den Reformstaatsvertrag war bereits im Oktober 2024 von den Ministerpräsidenten aller Bundesländer in einer Konferenz beschlossen worden. Zu diesem Zeitpunkt wurde Brandenburg noch von einer Kenia-Koalition aus SPD, CDU und Grünen regiert.

Die Parlamente aller 16 Bundesländer haben bis zum 30. November Zeit, um über die Medienstaatsverträge abzustimmen. Lehnt der Landtag von Brandenburg die Entwürfe für die beiden Staatsverträge ab, kommt die geplante Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zunächst insgesamt zum Stillstand. Für ein Inkrafttreten der beiden Medienstaatsverträge ist die Zustimmung aller Landesparlamente notwendig. H.M.

KOLUMNE

Seitenwechsel

VON VERA LENGSFELD

Nachdem es nicht gelungen war, die Buchmesse „Seitenwechsel“ zu verhindern, wurden die staatsfinanzierte „Zivilgesellschaft“ und ihre Finanziere deutlich mit der Realität konfrontiert.

Trotz heftiger Kampagnen der Halbtagsmedien gegen die „rechte“ Veranstaltung strömte die bürgerliche Mitte zum Messegelände in Halle. Selbst die Rollkommandos der Antifa waren machtlos. Zwar trommelten sie aus Leibeskräften, um den Anschein zu erwecken, sie seien viel mehr, zwar versuchten sie sich, den Besuchern in den Weg zu stellen und beschimpften sie nach Leibeskräften. Sie wurden aber einfach links stehen gelassen. Selbst Straßenblockaden halfen nicht. Die Autofahrer wurden von freundlichen Polizisten umgeleitet, und lange Autoschlangen kündeten in den umliegenden Straßen vom Ansturm der Messebesucher. Leider mussten alle, die keines der 3000 Tickets im Vorverkauf erworben hatten, wieder umkehren. Die Halle war restlos ausverkauft.

Ich kam auf einem Nebenweg zum Südeingang. An dessen Anfang stand ein Tisch mit drei Personen dahinter. „AfD-Verbot jetzt“ verkündete ein Transparent, ein zweites: „Menschlichkeit“. Diese Realsatire übertrifft alle Comedians. Die Verbotsfetischisten schauten erstaunt und etwas ängstlich auf die vorbeiflutenden Menschen. Statt Glatzköpfen mit Springerstiefeln gingen ihre harmlosen Nachbarn an ihnen vorbei. Die Messe war eine Demonstration derer, die dieses Land trotz seiner politischen „Eliten“ am Laufen halten und die Steuern aufbringen, die so reichlich verschwendet werden. Das „Rechtsextrem“-Gekreisch ist der Angst derer, die sich unanfechtbar an der Macht glauben und den Staat als Selbstbedienungsladen benutzen.

Drinne im Messegebäude war unübersehbar, wohin sich der neue Zeitgeist entwickelt. Es herrschte die Atmosphäre wie am Ende des Arbeiter- und Bauernstaates, als aus DDR-Insassen Bürger wurden, die sich entschlossen haben, ihre Angst abzulegen und ihr Schicksal im Herbst 1989 in die eigenen Hände zu nehmen.

MELDUNG

Gaza-Kinder nach Berlin?

Berlin – Der Spitzenkandidat der SPD zur Berliner Abgeordnetenhaus im September 2026, Steffen Krach, fordert, dass die Hauptstadt verletzte Kinder aus Gaza aufnimmt. „Es muss aus der deutschen Hauptstadt ein klares Signal für Menschlichkeit geben“, so Krach. Er steht mit seiner Forderung nicht allein. Verschiedene Oberbürgermeister (so in Hannover, Bremen, Düsseldorf, Leipzig, Frankfurt, Bonn und Kiel) wollen aus humanitären Gründen Kinder aus Gaza aufnehmen. Belit Onay (Grüne), Oberbürgermeister von Hannover, klagt: „Wir wollen ein humanitäres Signal, ein humanitäres Zeichen senden und deshalb gerade auch die Schwächsten erreichen ... Und Kinder und Jugendliche sind die Leidtragenden in diesem Krieg ... Wir wollen da helfen, wo wir helfen können“ Die Forderung dürfte indes kaum umgesetzt werden, da die Bundesregierung die Einreise dieses Personenkreises bereits abgelehnt hat. F.B.

● MELDUNGEN

Kurswechsel
in Tschechien

Prag – Die vom designierten Ministerpräsidenten Andrej Babiš geführte Koalition aus der „Bewegung unzufriedener Bürger“, der Autofahrerpartei Motoristé sowie der Partei Freiheit und direkte Demokratie hat einen Kurswechsel in der Klima- und Migrationspolitik angekündigt. Das Koalitionsprogramm der drei Parteien sieht eine Nulltoleranzpolitik bei irregulären Einreisen vor und lehnt den EU-Migrations- und Asylpakt kategorisch ab. Ein neues Asylgesetz soll nur noch in Ausnahmefällen die Gewährung eines Schutzstatus vorsehen. Den Green Deal der EU bezeichnen die drei Koalitionspartner als „nicht tragfähig“. Die Parteien fordern eine Reform des Systems der Emissionszertifikate für mehr Planungssicherheit. Auch das Aus für Neuwagen mit Verbrennungsmotor ab 2035 hält die Koalition für „inakzeptabel“.

H.M.

Russen kaufen
EU-Immobilien

Moskau – Laut der russischen Außenhandelskammer haben 2025 russische Immobilienkäufer erstmals seit 2022 wieder mehr Objekte in der EU erworben. In den ersten neun Monaten entfielen 41 Prozent aller russischen Immobilienkäufe im Ausland auf die EU, elf Prozent mehr als 2024. Beliebte sind Häuser und Eigentumswohnungen in Frankreich, Zypern, Spanien, Slowenien und Portugal. Ein Motiv dürfte sein, dass solche Transaktionen den Eigentümern die Chance eröffnen, einen EU-Aufenthaltsstatus zu erlangen, was ihnen mehr Bewegungsfreiheit und bessere Finanzbewegungen ermöglicht. Auch Südostasien ist bei russischen Investoren sehr beliebt. Hier lag die Nachfrage bei 32 Prozent, wobei die meisten Käufe in Thailand und auf Bali getätigt wurden. Als drittes Ziel für Hauskäufe haben Russen die Vereinigten Arabischen Emirate sowie den Oman im Visier. Hier stieg der Anteil auf 17 Prozent gegenüber sieben Prozent im Vorjahr.

MRK

Votum über
Melonis Reform

Rom – In Italien kommt die von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni geplante Justizreform vors Volk. Nach dem Abgeordnetenhaus billigte auch der Senat das Vorhaben, verfehlte aber die nötige Zweidrittelmehrheit, sodass nun ein Referendum angesetzt wird. Die Reform zählt zu Melonis zentralen Projekten. Vorgesehen ist, neue Selbstverwaltungsorgane für Richter und Staatsanwälte zu schaffen, an deren Besetzung künftig auch das Parlament mitwirken soll. Außerdem sollen einige Posten in der Justiz per Los vergeben werden. Kritiker fürchten eine Einflussnahme der Politik und warnen vor einer Schwächung der Gewaltenteilung. Vor allem die linke Opposition zeigt sich empört und wirft der Regierung vor, die Justiz kontrollieren zu wollen. Sie hatte von Beginn an signalisiert, die Reform als einen Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit abzulehnen. Meloni hält dagegen, die Reform erhöhe Effizienz und Transparenz. Die Volksabstimmung ist für das Frühjahr geplant und gilt als wichtiger Stimmungstest für die Regierung. P.E.

VEREINIGTE STAATEN

Hat sich New York verwählt?

Der linksextreme Muslim Zohran Mamdani wird neuer Bürgermeister der Weltfinanzmetropole

VON JENS EICHLER

Wer würde eine giftige Klapperschlange als Aufpasserin für weiße Mäuse aussuchen? New York hat's getan. Und zwar mit der Wahl des linksextremen Muslim Zohran Mamdani zum Bürgermeister. Damit hat die berühmteste Stadt der Welt ein politisches Signal ausgesendet, und zwar eines, das weit über die Stadtgrenzen hinausreicht. Der 33-jährige Israelhasser, Sohn ugandisch-indischer Einwanderer und Mitglied des linksextremen Flügels der Demokraten, steht für einen radikalen Kurswechsel, der die Metropole auf eine harte Probe stellen wird. Mamdani bezeichnet sich selbst offen als Sozialist – und seine bisherigen Äußerungen zu Israel, Wirtschaft und Polizei lassen jetzt schon erkennen, dass seine Amtszeit von ideologischen Grabenkämpfen geprägt sein dürfte.

Als jemand, der das kapitalistische Erfolgsmodell der USA grundsätzlich infrage stellt, spricht er von einer „Umverteilung der Stadtressourcen“, von „Wohnraum als Menschenrecht“ und von „öffentlichen Gütern statt privaten Interes-

sen“. Das klingt für viele New Yorker, die in einer Stadt mit Rekordmieten, Obdachlosigkeit und wachsender sozialer Spaltung leben, vordergründig verlockend. Doch die Frage lautet, wer die Rechnung bezahlt. Wahrscheinlich wieder diejenigen, die Mamdani so verachtet: die fleißigen Reichen, die für ihren Wohlstand hart gearbeitet haben. Wobei man wissen muss, dass Mamdani selbst aus reichem, wohlbehütetem Hause stammt, keine Mängel, keine Armut kennt, sondern durchweg nur Wohlstand.

Dennoch stehen er und sein politisches Umfeld der radikalen Linken nahe. Forderungen nach einer massiven Besteuerung von Vermögenden, nach Umwandlung leer stehender Bürogebäude in Sozialwohnungen und nach einer drastischen Reduzierung der Polizeibudgets sind zentrale Bestandteile seines Programms. Das mag ideologisch konsequent sein, doch ökonomisch gefährlich. Denn New York ist nicht nur eine Stadt der Bürger, sondern auch der Investoren – und die reagieren empfindlich auf politische Verrücktheiten. Schon jetzt mehren sich Hinweise darauf, dass Unternehmen und Vermögende sich umsehen und alternative Standorte prüfen.

Die größte Herausforderung der kommenden Jahre wird darin liegen, die wirtschaftliche Basis der Stadt zu sichern. Nach den Pandemiejahren kämpft der „Big Apple“ noch immer mit Leerständen, steigenden Kosten und einer nur schleppend zurückkehrenden Mittelschicht. Mamdanis Steuer- und Regulierungspolitik wird diesen Trend verschärfen. Wenn Kapital abwandert und Unternehmertegeist durch Ideologie gebremst wird, droht ein schleichender Niedergang. Die Geschichte zeigt: Städte, die auf Umverteilung statt auf Wachstum setzten, endeten meist in Stagnation und Verarmung.

Enorm wirtschaftliche Risiken

Ein „Recht auf Wohnen“, kostenlose Bus-tickets oder teure Klimaprojekte klingen ambitioniert – doch sie setzen ein Steueraufkommen voraus, das bei rückläufiger Wirtschaft nicht zu halten sein wird. Schon jetzt warnen Analysten vor Haushaltslöchern, die an die Krise der 1970er Jahre erinnern könnten.

Besonders heikel sind Mamdanis offenen Sympathien für palästinensische Positionen, seine geistige Hamas-Nähe und seine einseitige Kritik an Israel, die ihn als klaren Antisemiten dastehen lassen. In

einer Stadt mit rund 1,4 Millionen Juden und einer Million Muslimen als Bevölkerungsanteil wird er zum gesellschaftlichen Spaltpilz werden.

Mamdanis Forderung, Polizeimittel umzuschichten und soziale Ursachen von Kriminalität zu bekämpfen, mag auf dem Papier plausibel klingen. Doch New Yorks Bürger wollen, dass ihre Straßen sicher bleiben. Nach Jahren sinkender Verbrechensraten stiegen die Zahlen zuletzt wieder an. Wenn die neue Stadtregierung das Vertrauen in die Polizei aber weiter schwächt, könnte das Klima der Unsicherheit zurückkehren, das man noch aus den 1980er und frühen 1990er Jahren kennt und mit dem der damalige Bürgermeister Rudolph Giuliani, New Yorks Held von 9/11, einst aufgeräumt hatte.

Die Weltfinanzmetropole steht seit dem 4. November vor einer gefährlichen Frage: Wird die Stadt erneut zum Experimentierfeld für irrsinnige utopische Ideologiemodelle? Oder gibt es noch Chancen auf pragmatische Reformen?

Vernünftige Kräfte – ob Unternehmer, Bürger oder moderate Demokraten – müssen jetzt als Gegengewicht agieren. Nicht durch lautes Protestieren, sondern durch die Verteidigung jener Prinzipien, die New York einst groß gemacht haben: Leistungsbereitschaft, Rechtsstaatlichkeit, Eigentumsschutz und Weltoffenheit, die nicht Selbstaufgabe bedeutet.

New York hat gewählt – es war weniger ein Votum für Mamdani, als vielmehr gegen Trump, was auch die parallelen Wahlerfolge der Demokraten in Virginia, New Jersey und Kalifornien beweisen. Wenngleich die Ein-Themen-Strategie des neuen Bürgermeisters von ihm konsequent durchgehalten wurde und er unbeirrbar auf reale Missstände hingewiesen hat. Denn er steht als ganz Linksaußen nicht stellvertretend für die Demokraten, die viel gemäßigter und für deutsche Verhältnisse noch fast leicht rechts der unseren Mitte stehen, was allein schon das Verhalten des ranghöchsten Demokraten im US-Senat, Chuck Schumer, verdeutlicht. Der verwehrt Mamdani bis zuletzt seine öffentliche Unterstützung.

Zusammen mit gemäßigten politischen Kräften der Stadt wird es nun die Aufgabe sein zu beweisen, dass Freiheit statt Ideologie immer noch die beste und fairste Grundlage für Gerechtigkeit ist – auch in New York City.



BILD: PICTURE ALLIANCE/NEWS.COM/DEREK FRENCH

Führt New York in ungewisse Zeiten: der Sieger der Bürgermeisterwahl Zohran Mamdani von der Demokratischen Partei

WILMESAURISCH IN OST-SCHLESILIEN

Letzte deutsche Sprachinsel wird nicht anerkannt

Der deutsche Dialekt ist zum Spielball für Polens nationalistischen Präsident Nawrocki geworden

Der Ort Wilmesau [Wilamowice] ist der östlichste der einst deutschen Sprachinseln von Bielitz, die etwa 30 Dörfer umfasste. Hinter manchen Mauern erklingt eine Sprache, die es sonst nirgendwo mehr gibt – das Wilmesaurische. Nur rund 100 Menschen sprechen sie noch fließend, die meisten davon sind hochbetagt. Und doch ist sie plötzlich zum Gegenstand eines aktuellen politischen Streits geworden.

Ihre Wurzeln reichen zurück bis ins 13. Jahrhundert, als deutsche, flämische und holländische Siedler im Rahmen der großen Ostsiedlung nach Schlesien kamen. Aus ihrem bunten Sprachgemisch entstand eine eigene Mundart – ein ostmitteldeutscher Dialekt mit polnischen Einflüssen. Linguisten zählen sie zu den kleinsten germanischen Sprachen der Welt. „Wilmesaurisch ist einzigartig, ein

sprachliches Fossil – aber lebendig“, sagt ein Forscher der Universität Warschau. Die UNESCO führt die Sprache als „stark gefährdet“, die Library of Congress erkennt es als eigenständige Sprache an, und selbst die Internationale Organisation für Normung (ISO) hat ihr einen eigenen Code zugeteilt.

Doch die politische Anerkennung als Regionalsprache bleibt ihr versagt. Mitte Oktober legte Polens Präsident Karol Nawrocki sein Veto gegen ein Gesetz ein, das dem Wilmesaurischen diesen Status zuerkennen hätte – entgegen der Empfehlung beider Parlamentskammern und zahlreicher Sprachwissenschaftler. In seiner Begründung lobt Nawrocki zwar „lokalen Patriotismus und die Pflege des Erbes der Vorfahren“, verweigert aber die Unterschrift, weil dies nur bei rein polni-

schen Vorfahren gelte. Beobachter sehen darin eine politische Taktik. Nawrocki steht der rechtsextremistischen Partei PiS nahe, die seit Jahren eine strikt monolinguale Vorstellung der polnischen Nation vertritt. Schon Vorgänger Andrzej Duda aus dem PiS-Umfeld hatte 2024 die Anerkennung des Schlesischen, das noch von 450.000 Menschen gesprochen wird, als Regionalsprache blockiert. Dabei hat Polen, anders als Frankreich oder Russland, die europäische Charta der Sprachminderheiten unterzeichnet, handelt aber nun entgegengesetzt.

Dabei hat das Wilmesaurische mit „Deutsch“ im nationalen Sinne wenig zu tun. Schon vor Jahrhunderten sahen sich die Bewohner der Region nicht als Deutsche, sondern als eigene Gemeinschaft, die mit den Nachbardörfern meist Pol-

nisch sprach. 1945 verbot das kommunistische Regime die Sprache als Symbol des Feindes. Erst seit 1956 wurde das Verbot aufgehoben.

Heute versuchen junge Linguisten und Kulturvereine, das Idiom zu retten. An der Universität Warschau läuft ein Sprachprogramm, Kinder lernen wieder einfache Lieder und Gebete auf Wilmesaurisch. Aber ohne offiziellen Status fehlt der Sprache die nötige Unterstützung. Trotz allem lebt sie weiter – in Gedichten, Liedern und Erinnerungen. Dichter wie Florian Biesik (1849–1926) und Józef Gara (1929–2013) haben eine kleine Literatur hinterlassen. Das Vaterunser beginnt auf Wilmesaurisch so: „Ynzer Pater, dü byst ym hymul ...“ Vielleicht helfen ja Gebete gegen den nationalistischen Starrsinn in Polens Politik.

Bodo Bost

VON PETER ENTINGER

Die deutsche Stahlindustrie befindet sich in einer schweren Krise. Gesunkene Produktion, aufgeschobene Investitionen und drohende Arbeitsplatzverluste prägen die Lage. In den ersten neun Monaten ging die Rohstahlproduktion gegenüber dem Vorjahr weiter um über zehn Prozent zurück – ein Niveau wie zuletzt während der Finanzkrise 2009. Branchenvertreter warnen, dass ein anhaltender Abschwung die industrielle Substanz Deutschlands gefährdet. Rund 5,5 Millionen Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt an stahlintensiven Wertschöpfungsketten.

Die Stahlhersteller spüren die schwache Nachfrage aus wichtigen Abnehmerbranchen wie der Auto- und Bauindustrie. Zugleich belasten extrem hohe Energiekosten und billig importierter Stahl aus China ihre Wettbewerbsfähigkeit. Vor diesem Hintergrund sprach Bundeskanzler Friedrich Merz von einer „existenzbedrohenden Krise“ der Stahlindustrie und mahnte: „Wir sprechen über das Schicksal einer Schlüsselindustrie.“

Am 6. November kamen auf Einladung von Merz Spitzenvertreter von Unternehmen, Gewerkschaften und Politik zu einem Krisengespräch im Kanzleramt zusammen. Das Treffen sollte ein Signal senden, dass der Staat die Branche nicht ihrem Schicksal überlässt. „Die Zukunft der Stahlindustrie ist eine nationale Gemeinschaftsaufgabe“, betonte Stahl-Präsident Gunnar Groebler. Merz versprach eine große Kraftanstrengung der Regierung, um die heimischen Stahlwerke zu erhalten. Dabei zeigte sich der traditionell marktorientierte CDU-Politiker bereit, in der Handelspolitik umzudenken. Er unterstützt den Vorstoß der EU-Kommission für drastisch verschärfte Importzölle.

„Die Zeiten sind leider vorbei, in denen offene Märkte selbstverständlich richtig waren“, räumte Merz ein – nun müsse man die heimischen Hersteller wirksamer vor staatlich subventionierter Billig-Konkurrenz schützen.

Die vorgeschlagenen EU-Maßnahmen sehen vor, zollfreie Stahlimportmengen erheblich zu reduzieren und alle darüber hinausgehenden Einfuhren mit einem Zollsatz von 50 Prozent zu belegen. Selbst Vizekanzler und Finanzminister Lars Klingbeil machte klar: „Wir dürfen am Ende nicht die Dummen sein.“ Freier Handel bleibe zwar ein wichtiges Prinzip, so Klingbeil, aber Deutschland dürfe sich nicht einseitig benachteiligen lassen.

Noch weitere Hilfsmaßnahmen wurden beim Stahlgipfel auf den Weg gebracht. So soll ab Januar 2026 ein subventionierter Industriestromtarif gelten, sobald die EU-Kommission grünes Licht



Ist der Ofen bald aus? An der Stahlindustrie als Schlüsselindustrie Deutschlands hängen über 5,5 Millionen Arbeitsplätze

DILEMMA

Warum der Stahlindustrie immer mehr die Puste ausgeht

Die deutschen Rahmenbedingungen machen die Produktion von marktfähigem Stahl fast unmöglich – es muss sich viel ändern, sonst droht eine Katastrophe

gibt. Zudem werden die Netzentgelte für die Stromübertragung gesenkt, um energieintensive Betriebe jetzt zu entlasten.

Mehr Pragmatismus ist notwendig

„Politisch muss jetzt alles darangesetzt werden, einen international wettbewerbsfähigen und langfristig verlässlichen Strompreis zu sichern“, forderte Kerstin Maria Rippel, Hauptgeschäftsführerin der Wirtschaftsvereinigung Stahl. Die Stahlunternehmen drängen auf rasche Umsetzung. „Der Industriestrompreis muss schnell kommen – möglichst sofort“, mahnte NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU). Angesichts der immensen Transformationskosten betonte die saarländische Ministerpräsidentin Anke Rehlinger (SPD): „Wir brauchen einen klaren Fahrplan für wettbewerbsfähige Energie-

preise, den Aufbau der Wasserstoff-Infrastruktur und grüne Leitmärkte für grünen Stahl.“ Die Umstellung auf CO₂-armen „grünen Stahl“ erfordert Milliardeninvestitionen in neue Anlagen.

Der Bund fördert bereits erste Projekte, doch solange Wasserstoff knapp und teuer ist, setzt Berlin auf Übergangslösungen. Klingbeil plädiert für mehr Pragmatismus, damit vorerst Erdgas als Brückentechnologie genutzt werden kann, bis ausreichend Wasserstoff verfügbar ist.

Alle Beteiligten waren sich einig, dass nun Tempo gefragt ist. „Der Stahlgipfel darf kein Stuhlkreis werden“, hatte Niedersachsens Regierungschef Olaf Lies (SPD) im Vorfeld gewarnt – es brauche greifbare Ergebnisse. Die Länder mit Stahlstandorten fordern zudem niedrigere Energiepreise und einen wirksamen

Handelsschutz für die heimischen Hersteller. Auch ein vollständiger Stopp von Stahlimporten aus Russland steht auf der Agenda. „Man kann keinem Beschäftigten bei uns erklären, dass Europa immer noch den Markt für Putin offenhält“, so Klingbeil. IG Metall und Arbeitgeber mahnten ebenfalls entschlossenes Handeln an. „Die Branche befindet sich im Schockraum“, sagte Jürgen Kerner, Zweiter IG-Metall-Vorsitzender, mit Blick auf einen drohenden Stellenabbau.

„Wertschöpfung, die heute abwandert, holen wir nicht zurück“, warnte Stahlpräsident Groebler – besonders in industriell geprägten Regionen spürten die Menschen bereits große Verunsicherung und Zukunftsangst. Wer den sozialen Frieden erhalten wolle, müsse die industrielle Basis des Landes sichern. *Peter Entinger*

WIRTSCHAFTSKLIMA

Landgasthöfe schwer in der Krise

Die gesellschaftlichen und kommunikativen Herzstücke des dörflichen Lebens verschwinden

Mehr als 450 Jahre stand der „Gasthof Herold“ im mittelfränkischen Büchenbach für selbstgebrautes Bier und solide fränkische Brotzeiten. Der Gasthof hat bereits 1568 die Brau-, Schank- und Backrechte erhalten. Diese Tradition ist jetzt abgebrochen. Seit dem 31. August heißt es: „Dauerhaft geschlossen“.

Als die Inhaber des Brauereigasthofes das Aus ankündigten, reagierten langjährige Gäste mit Entsetzen: „Bin wie viele unendlich traurig“, „Macht weiter!“, lauteten einige Kommentare auf der Facebookseite des Traditionsbetriebes. Gegenüber inbayreuth.de gaben die Inhaberrinnen Gisela Herold und Regina Haas Personalmangel als Hauptgrund für die Entscheidung zum Schließen des Brauerei-Gasthofes an: Das Team würde immer weiter schrumpfen, auch Krankheitsaus-

fälle könnten nicht mehr kompensiert werden: „Ist das Wirtshaus voll, kommen wir oft kaum noch nach.“

Der Gasthof in Franken ist keine Ausnahme. Bundesweit verschwinden im ländlichen Raum seit Jahren immer mehr Gasthöfe, oft mit einer Geschichte von Jahrzehnten oder wie in Büchenbach sogar mit einer Tradition von Jahrhunderten. Mittlerweile ist von einer Schließungswelle bei Landgaststätten die Rede. Für lange Zeit waren sie in ländlichen Regionen soziale Begegnungsorte und „öffentliche Wohnzimmer“: „Ohne sie funktioniert auch kein Tourismus“, so Ingrid Hartges, Hauptgeschäftsführerin des Branchenverbandes Dehoga.

In Stadt und Land hat sich die Lage vieler Gastronomiebetriebe mit der Coronapandemie zugespitzt. Die im Oktober

2020 behördlich angeordnete Schließung hat viele Gastronomiebetriebe massiv getroffen. Seither kämpfen diejenigen Gasthofbetreiber, die nicht aufgegeben haben, mit stark gestiegenen Kosten. Gleichzeitig achten die Gäste auf ihre Ausgaben. Zum Teil hat mit den Corona-Maßnahmen auch ein Rückzug ins Private eingesetzt. Zudem jagen Vereine und Privatveranstalter den Dorfklokalen immer öfter verstärkt Gäste ab: „Die Kosten explodieren, die Gäste sind preissensibler, die Umsätze sinken“, so der Präsident des Branchenverbandes Dehoga, Guido Zöllnick.

Laut Daten der Dehoga hat sich die Zahl der Schankwirtschaften von 2016 bis 2023 von 30.725 auf 21.815 verringert. Die Zahl der Restaurants ist in dem Zeitraum von 72.481 auf 65.919 zurückgegangen. Die Schließungswelle bei Wirtshäusern war

im Oktober sogar Anlass für eine Expertenanhörung im Tourismus-Ausschuss des Bundestages.

Dort zeichnete die Dehoga-Hauptgeschäftsführerin Hartges ein pessimistisches Bild der Aussichten vieler Gaststätten und speziell der Gastronomie im ländlichen Raum. Angesichts steigender Kosten und wachsender Probleme bei der Personalgewinnung werde es für die Betriebe immer schwerer, die Türen offenzuhalten. Nach Angaben der Dehoga erhöhten sich die Arbeitskosten im Gastgewerbe im 2. Quartal um 37,4 Prozent gegenüber dem ersten Quartal 2022. Unter Hinweis auf Daten des Statistischen Bundesamts wies Hartges darauf hin, dass gegenüber Januar 2022 allein bei Nahrungsmitteln die Preise um 27,2 Prozent gestiegen sind. *Hermann Müller*

● MELDUNGEN

Heizkosten könnten steigen

Brüssel – Vor der Weltklimakonferenz in Brasilien haben sich die Umweltminister der EU-Staaten geeinigt, den Ausstoß von Treibhausgasen in der EU bis 2040 um 90 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken. Einig sind sich die Minister auch, den Start des neuen Emissionshandels für Verkehr und Gebäude um ein Jahr auf 2028 zu verschieben. Die EU-Kommission hatte ursprünglich einen Start im Jahr 2027 geplant. Die Verschiebung war eine Forderung der Regierungen Polens und Rumäniens gewesen. Denn durch den hohen Anteil von Kohleheizungen wird in Polen mit einem Anstieg der Heizkosten der Haushalte um bis zu 150 Prozent bei Einführung des Emissionshandels gerechnet. Polen, die Slowakei, Tschechien, Ungarn und Zypern befürchten, dass durch den Emissionshandel die „Energiearmut“ privater Haushalte stark zunehmen wird. Deutschland hat als Vorreiter in der EU bereits 2021 einen nationalen Emissionshandel eingeführt. *H.M.*

Polen kauft vermehrt Gold

Warschau – Mit knapp 67 Tonnen seit Jahresbeginn ist Polens Zentralbank 2025 unter den Notenbanken erneut der wichtigste Goldkäufer. Bereits 2024 hatte die Republik mit knapp 90 Tonnen fast doppelt soviel Gold wie China gekauft. 2023 kam es mit Goldkäufen von 130 Tonnen auf Platz zwei unter den Notenbanken der Welt. Insgesamt haben sich die polnischen Goldreserven seit 2023 mehr als verdoppelt. Das Land verfügt inzwischen über rund 515 Tonnen Gold. Eingesetzt haben die verstärkten Goldkäufe der Narodowy Bank Polski bereits im Jahr 2022 mit dem Beginn des Krieges im Nachbarland Ukraine. Langfristig will die polnische Notenbank etwa 30 Prozent ihrer Währungsreserven in Gold halten. In einer Mitteilung der Zentralbank erklärte Notenbankchef Adam Glapinski, Gold sei in schwierigen Zeiten globaler Turbulenzen und der Suche nach einer neuen Finanzordnung die einzige sichere Anlage für Staatsreserven. *H.M.*

Wohnen wird noch teurer

Hamburg – Wohnen in Deutschland wird noch teurer. Laut dem Verband deutscher Pfandbriefbanken (VDP) stiegen die Immobilienpreise im dritten Quartal um 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Eigentumswohnungen als auch Ein- und Mehrfamilienhäuser verteuerten sich. Besonders legten die Preise in Metropolen zu – um 4,6 Prozent. In München oder Hamburg betrug das Plus sogar mehr als fünf Prozent. Auch Mieter leiden weiter unter der Wohnungsnot: Neuvertragsmieten in Mehrfamilienhäusern kletterten um 3,7 Prozent, in den Großstädten um 3,8 Prozent. Spitzenreiter sind Düsseldorf und Frankfurt mit rund fünf Prozent Zuwachs. VDP-Hauptgeschäftsführer Jens Tolckmitt warnt: Der Wohnungsmangel in den Metropolen werde „noch Jahre anhalten“. Der von der Bundesregierung geplante „Bauturbo“ sei zwar richtig, reiche aber bei Weitem nicht aus, um den angespannten Markt zu entlasten. *J.E.*

KOMMENTARE

Falsches Signal aus Polen

HERMANN MÜLLER

Noch im April lobte der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg den Kulturzug Berlin-Breslau als „europäisches Kulturfestival auf Rädern, in dieser Form bis heute einmalig und mehrfach ausgezeichnet“. Nun kommt die Entscheidung, das Projekt aus Kostengründen einzustellen. Ende Dezember wird der Kulturzug zum letzten Mal von Berlin aus in die niederschlesische Metropole starten. Acht Jahre lang hat der Kulturzug die Möglichkeit geboten, quasi als Einstimmung zum Städtebesuch in Breslau während der mehrstündigen Fahrt Konzerte, Lesungen oder Ausstellungen zu erleben.

Das Projekt nun aus Kostengründen einzustellen, ist mehr als eine kulturpolitische Randnotiz. Das Aus für dieses Angebot ist ein falsches Signal. Es kommt zu einer Zeit, in der sich die deutsch-polnischen Beziehungen ohnehin immer stärker abkühlen. Schon im August hat die Regierung in Warschau den Posten des Deutschland-Beauftragten abgeschafft. Inzwischen hat sich

auch noch der Auslieferungsantrag der Bundesanwaltschaft für einen Ukrainer zum Politikum entwickelt. Die Bundesanwaltschaft wirft dem in Polen festgenommenen Mann eine Beteiligung beim Anschlag auf die Nordstream-Pipeline vor. In Warschau gibt es wiederum nicht ganz unwichtige Politiker, die den terrorverdächtigen Ukrainer als Helden anzusehen scheinen, der statt Auslieferung nach Deutschland einen Orden verdient hat.

Währenddessen setzt die oppositionelle Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) wie gehabt auf Reparationsforderungen und antideutsche Stimmungsmache. Jarosław Kaczyński entwarf erst kürzlich auf einer PiS-Programmkonferenz in Kattowitz das Zerrbild von einem Deutschland, das mithilfe der EU und Frankreichs ganz Europa unterjochen will. Mit näherrückender nächster polnischer Parlamentswahl dürfte sich der Tonfall noch verschärfen. In dieser Lage trifft das Aus für den Kulturzug Berlin-Breslau all jene Deutschen und Polen, die weiterhin ein Interesse an Verständigung und Austausch haben.

Der Stolz der anderen

JENS EICHLER

Es ist ein stiller, aber schmerzhafter Moment, wenn US-Amerikaner im Berliner Olympiastadion den 9. November würdigen – den Tag, an dem Deutschland sich selbst befreite – und damit bei einem NFL-Footballspiel mehr Gefühl, Würde und Größe zeigen als unser eigenes Land. Die NFL verstand es, mit großartigen Worten und aufrichtigem Respekt des Falls der Mauer zu gedenken. 72.000 Menschen spürten, was Freiheit bedeutet, was Mut, Hoffnung und Zusammenhalt bewirken können.

Und Deutschland? Der Bundespräsident hielt eine Rede, die – statt Stolz und Dankbarkeit – in moralischer Belehrung und politisch korrektem Nebel versank. Kein Feuer, kein Stolz auf das, was Millionen Menschen 1989 erkämpften. Der Mauerfall war ein Triumph des Freiheitswillens über ein Unrechtsregime – und kein Anlass für gedämpfte Selbstkritik. Wer so mit seiner eigenen Ge-

schichte umgeht, wer Freiheit nur als historische Fußnote behandelt, darf sich nicht wundern, wenn andere sie uns abnehmen – und würdevoller erzählen.

Es sind bittere Zeiten, wenn der amerikanische Football-Verband mehr Gespür für deutsche Geschichte zeigt als die deutsche Politik. Das zeigt aber auch, wie tief die Verunsicherung hierzulande reicht. Patriotismus gilt vielen immer noch als verdächtig, nationale Identität als peinlich. Dabei ist Stolz kein Makel, sondern Ausdruck von Selbstachtung. Doch vielleicht – ja hoffentlich – war dieser Moment im Olympiastadion ein Weckruf. Dass nämlich Patriotismus nichts mit Nationalismus zu tun hat – sondern mit Achtung vor dem eigenen Land. Nur wer sich zu seiner Geschichte bekennt, kann daraus Kraft für die Zukunft schöpfen. Deutschland braucht wieder Mut, die eigene Freiheit zu feiern. Nicht leise, sondern mit erhobenem Haupt. Daher: Danke USA! Danke NFL.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, Kontoinhaber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V. IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Reden hinter vorgehaltener Hand: Johann Wadepuhl (l.) und Alexander Dobrindt (r.) Bild: IMAGO/dts Nachrichtenagentur

NEH

Die linke rechte Union

HARTMUT BARTHEL

In der Unionsfraktion brodeln es – und zwar nicht leise, sondern offen und zunehmend öffentlich. Die Frage der Rückkehr syrischer Asylsucher ist nur der Auslöser, hinter dem sich ein viel tieferliegendes Machtspiel abzeichnet: die Zerrissenheit zwischen mehreren klar unterschiedlichen Lagern innerhalb von CDU und CSU. Außenminister Johann Wadepuhl (CDU) warnte bei einem Besuch in Syrien: „Eine Rückkehr in großem Stil ist zum jetzigen Zeitpunkt schlicht nicht verantwortbar.“ Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) hingegen drängt auf Rückführungen, besonders von Straftätern, und beruft sich auf rechtliche Grundlagen sowie den Koalitionsvertrag. „Wir können nicht nur über Prinzipien reden – wir müssen auch handeln, gerade wenn es um die Sicherheit unserer Bürger geht“, betont Dobrindt. Auf den ersten Blick geht es um Migration und Asyl – tatsächlich aber spiegelt sich hier ein grundsätzlicher Konflikt über Richtung, Prioritäten und politische Identität der Union wider.

Fraktion mit vielen Rollen

Die Lager sind klar umrissen. Wadepuhl steht für das außenpolitisch orientierte, auf internationale Verantwortung, Menschenrechte fokussierte Lager. Für ihn zählt die langfristige Reputation Deutschlands, Beachtung internationaler Standards und die Vermeidung politischer Abenteuer. Dobrindt hingegen verkörpert das innenpolitische, auf Sicherheit, Durchsetzung und praktische Umsetzung gerichtete Lager. Zwischen diesen beiden Polen liegt die Herausforderung für die Union: Wie kann die Fraktion geschlossen auftreten, wenn die Minister öffentlich gegensätzliche Botschaften senden?

Und als wenn das nicht schon schwierig genug wäre, kommt noch ein drittes Lager hinzu, das die ohnehin fragile Fraktionskohärenz weiter untergräbt: eine Gruppe von 18 jungen Abgeordneten rund um JU-Chef Johannes Winkel, die in der Vergangenheit beim Thema Rente hörbar aus der Reihe scherte und sich mittlerweile als eigene Kraft innerhalb der Union positioniert. Diese Jungpolitiker nutzen jede Gelegenheit, um ihre eigenen Themen und Vorstellungen zu platzieren, und machen deutlich, dass sie sich weder Wadepuhl noch Dobrindt oder der Kanzlerin automatisch unterordnen. Ein CDU-

Insider kommentiert dazu: „Die Union kämpft gerade weniger um Politik, sondern mehr um Narrative – wer spricht, wer entscheidet und wer gewinnt letztendlich die Deutungshoheit.“

Die offene Auseinandersetzung zwischen Wadepuhl und Dobrindt offenbart ein grundlegendes Strukturproblem: die Union als Fraktion mit mehreren Selbstverständnissen. Die CSU beansprucht die Rolle der Wächterin innerer Sicherheit und territorialer Kontrolle; die CDU sieht sich stärker als politische Kraft für internationale Verantwortung und moralische Legitimation; die Jungpolitiker der dritten Gruppe fordern Dynamik, Reformen und eine andere Prioritätensetzung. Jede Entscheidung wird zur Machtprobe: Wer setzt sich durch, wer formt die öffentliche Wahrnehmung, wer definiert die Linie der Union?

Die Wirkung nach außen ist deutlich:

„Wir können nicht nur über Prinzipien reden – wir müssen auch handeln ...“

Alexander Dobrindt (CSU)
Bundesinnenminister

Beobachter in Deutschland und im Ausland nehmen die Uneinigkeit wahr und interpretieren sie als Führungsproblem. Ein Land, das sich international als verlässlich darstellen möchte, vermittelt ein widersprüchliches Bild, wenn zwei Minister der gleichen Fraktion gegensätzliche Botschaften senden und gleichzeitig ein drittes Lager lauthals eigene Forderungen aufstellt. Intern verstärkt dies die Spannungen: Fraktionsmitglieder und Strategen beobachten genau, welches Lager an Einfluss gewinnt, welche Argumente sich durchsetzen und welche Signale an die Basis gesendet werden. Jede öffentliche Meinungsverschiedenheit kann dabei als Indikator für Machtverschiebungen innerhalb der Union gelesen werden.

Diese Zerrissenheit betrifft nicht nur inhaltliche Fragen, sondern auch strategische und symbolische Dimensionen. Wadepuhls Linie signalisiert ein moralisierendes CDU-Lager, das auf internationale Akzeptanz und moralische Legitimation

setzt. Dobrindt demonstriert Handlungsfähigkeit und Nähe zur Basis, während die jungen Abtrünnigen für Reformen, Eigenständigkeit und Fraktionsunabhängigkeit stehen. Jede gegensätzliche Aussage wird sofort medial aufgegriffen und als Prüfstein für die Autorität des Kanzlers interpretiert. Kanzler Merz muss dabei eine Balance finden: Er darf die Lager nicht gegeneinander ausspielen, muss aber eine eindeutige Linie vorgeben, um die Glaubwürdigkeit der Regierung zu wahren.

Kampf um die Deutungshoheit

Die aktuelle Debatte dient somit weniger der Klärung der Flüchtlingspolitik als eher der Inszenierung von Macht innerhalb der Union. Die Frage nach Rückführungen wird zum Symbol für die Kontrolle über politische Narrative, für die Frage, welche Themen Priorität haben, und für die Durchsetzungskraft des Kanzlers. Wadepuhl kann sein Lager als moralische Instanz profilieren, Dobrindt demonstriert Handlungsfähigkeit, und die „Jungen Reformhunger“ zeigen, dass die Fraktion nicht automatisch geschlossen ist.

Die inneren Spannungen sind nicht neu, werden aber in dieser Debatte besonders sichtbar. Zwei etablierte Lager und ein drittes disruptives Lager mit eigenen politischen Agenden kämpfen um die Vorherrschaft. CDU-Politiker warnen bereits: „Wenn wir keine klare Linie finden, droht die Union im öffentlichen Bild als zerstrittene Fraktion wahrgenommen zu werden.“ Solange die divergierenden Positionen offen ausgetragen werden, bleibt die Union nach außen wie nach innen zerrissen. Jede Entscheidung, jede Äußerung kann die Fraktionskohärenz weiter destabilisieren. Der Konflikt offenbart damit nicht nur eine Momentaufnahme in der Flüchtlingspolitik, sondern ein Strukturproblem der Union: die Schwierigkeit, selbstbewusste, in ihren Prioritäten fest verankerte Lager unter einer gemeinsamen politischen Führung zu vereinen.

Die Herausforderung für den Kanzler ist enorm. Er muss die unterschiedlichen Lager befrieden, die öffentliche Wahrnehmung steuern und gleichzeitig handlungsfähig bleiben – oder werden. Gelingt dies nicht, droht nicht nur politisches Signalchaos im Ausland, sondern auch ein strategisches Vakuum innerhalb der Union selbst. Der Konflikt ist ein Prüfstein für Macht, Autorität und politische Einigkeit der gesamten Fraktion.

Erfinder der „Waschmaschine“

Vor 200 Jahren starb Jean Paul – Dieser geniale Außenseiter der deutschen Literatur sitzt bis heute zwischen allen Stühlen

VON HARALD TEWS

An Sonderlingen mangelt es der deutschen Literatur wahrlich nicht. Von dem Spätaufklärer Johann Karl Wezel über den vor 200 Jahren geborenen Conrad Ferdinand Meyer (siehe PAZ 10. Oktober) bis hin zu dem „Heidedichter“ Arno Schmidt reicht die Riege der Käuze, die abseits des Literaturbetriebs ebenso Absonderliches wie Vergnügliches zu Papier brachten.

Jean Paul – nein, nicht Sartre, Belmondo oder Gaultier –, sondern der deutsche Schriftsteller Jean Paul, der eigentlich Johann Paul Friedrich Richter hieß und seinen Vornamen aus Bewunderung für Jean-Jacques Rousseau französisierte, gehört ebenfalls in diese Reihe der unvergessenen Einzelgänger. Schon die Titel einiger seiner Werke hören sich schräg an: „Leben des vernünftigen Schulmeisterlein Maria Wutz in Auenthal“, „Hesperus oder 45 Hundposttage“, „Leben des Quintus Fixlein, aus funfzehn Zettelkästen gezogen; nebst einem Mustheil und einigen Jus de tablette“, „Siebenkäs. Blumen-, Frucht- und Dornenstücke oder Ehestand, Tod und Hochzeit des Armenadvokaten F. St. Siebenkäs im Reichsmarktflücken Kuhschnappel“, „Des Feldpredigers Schmelzle Reise nach Flätz mit fortgehenden Noten; nebst der Beichte des Teufels bey einem Staatsmanne“.

Diese satirischen Prosawerke brachten zu Jean Pauls Lebzeiten ein großes Lesepublikum zum Lachen. Heute sind diese Werke wegen ihrer zahlreichen Einschübe, Abschweifungen, Exzerpte, zeitgenössischen Anspielungen und Fußnoten nur noch schwer konsumierbar. Es sind häufig Kabarettisten, die sich auf Jean Paul berufen und ihn als ihren Lehrmeister für Gesellschaftssatire bezeichnen. Alle anderen tun sich schwer mit diesem dem Bier- und Tabakgenuss nicht abgeneigten Exzentriker. Das gilt auch für die Literaturwissenschaft, die das Andenken der Klassiker zu wahren weiß.

Aber schon da beginnt ein Missverständnis. Jean Pauls Werk ist so absonderlich, dass die Hüter der Literatur nicht wissen, in welches Regal sie es schieben sollen. Weil der Einzelgänger Jean Paul ebenso wie seine Zeitgenossen Kleist und



Unermüdlicher Wortfinder: Jean Paul in seiner Gartenlaube in Bayreuth, Zeichnung von Ernst Förster

Bild: akg-images

Hölderlin irgendwo zwischen den Stühlen sitzt, wurde für diese Autoren der exklusive Club der „Gegenklassik“ erfunden. Was dieses Trio gemein hat, um unter dieses Label zu fallen? Unklar. Es scheint, als handele es sich um eine unklassifizierbare Resterampe.

Preußen-Königin Luise als Freundin

Tatsächlich entzieht sich das Werk dieser Autoren den klaren klassischen Dichtkunstregeln eines Goethe oder Schiller wie auch dem wildwuchernden Erzählstil der nachfolgenden Romantikergeneration. Bezeichnend dafür ist, dass Jean Paul mit seinem Liebes- und Intrigenroman „Hesperus“ 1795 berühmt wurde, dem Jahr also, in dem auch die Romane „Wilhelm Meisters Lehrjahre“ des Klassikers Johann Wolfgang Goethe und „William Lovell“ des Romantikers Ludwig Tieck er-

schienen sind. Dabei haben diese Romane trotz ihres unterschiedlichen Stils mehr gemeinsam, als man denkt: Es kommt zu Liebes-Verschwürungen, Entführungen, Duellen, Raubüberfällen und anderen Mauscheleien, die man eher der Kolportage-Literatur zuordnen könnte. An skurrilem Witz aber ist Jean Paul nicht zu über-

Er ist ein Wortfinder, wie es ihn seit Martin Luther nicht mehr gegeben hat. „Gänsefüßchen“, „Doppelgänger“, „Fallschirm“, „Ehehälft“ und den Begriff „Weltschmerz“ hat er in die deutsche Sprache ebenso eingeführt wie die „Waschmaschine“ – und zwar lange bevor sie überhaupt erfunden wurde. Auch dank solcher Neologismen hat man in Jean Pauls Werken einen Wortschatz mit über 100.000 Wörtern gezählt. Damit übertrifft er sogar den Kosmopoliten Goethe,

der nach seinen Reisen der italienischen und französischen Sprache mächtig war.

Jean Paul, dieser Einzelgänger, hat aber niemals deutsche Grenzen überschritten. Er bewegte sich nur selten über Wunsiedel, wo er 1763 geboren wurde, und Bayreuth, wo er von 1804 an lebte, hinaus. Berlin blieb eine Ausnahme. Hier wohnte er vier Jahre lang, heiratete eine Berlinerin und freundete sich mit Königin Luise an. Ihr und ihren drei Schwestern widmete er sein Hauptwerk „Titan“.

„Asyl“ bei Richard Wagner

In seiner Phantasie malte er sich die abenteuerlichsten Welten aus. Sein 800-Seiten-Romankoloss „Titan“, neben den „Flegeljahren“ sein heute bekanntestes Werk – der Komponist Gustav Mahler nahm es als Inspiration für seine gleichnamige erste Sinfonie –, hat die Isola Bel-

la im Lago Maggiore zum Schauplatz, deren arkadisch anmutende Intrigenwelt er in allen Einzelheiten beschreibt. Bis nach Rom und Neapel lässt er die Hofgesellschaft reisen. Er selbst war niemals dort und teilt damit das Los bildungsbesessener Dichter wie Wieland oder Hölderlin, die in ihren Werken vom antiken Griechenland allenfalls nur geträumt haben, ohne das Land jemals betreten zu haben.

Jean Pauls Außenseitertum machte ihn zu einem der größten Träumer der deutschen Literatur. Er gleicht damit dem armen Schulmeisterlein Maria Wutz – als Idylle in seinem Roman „Die unsichtbare Loge“ von 1793 eingefügt –, der sich seine eigene „Taschendruckerei“ schreibt, weil er sich keine Bücher leisten kann. Um nach dem frühen Tod des Vaters nicht als Hilfslehrer oder Dorfpfarrer zu enden, schrieb sich Jean Paul aus tausenden Zetteln und Notizen ein enzyklopädisches Wissen an. Rechnet man diesen Manuskriptbestand zu den etwa 10.000 Seiten seiner veröffentlichten Werke hinzu, käme man auf eine vielfache Seitenanzahl.

In der „Unsichtbaren Loge“ bezeichnete Jean Paul seine Produktion als „sattirische Essigfabrik“. Der Autor, der in seiner abgeschiedenen Idylle, zumeist in einer Gartenlaube in Bayreuth, wie am Fließband schrieb, gilt damit als einer der produktivsten Schriftsteller der deutschen Literatur. Und doch haben ihm andere längst den Rang abgelaufen.

Selbst in Bayreuth, wo er am 14. November 1825 starb, spielt er nur noch die zweite Geige, nachdem Richard Wagner alljährlich die Festspielgemeinde in die Stadt gelockt hat. Wagner gewährt Jean Paul posthum sogar noch eine Art „Asyl“. Denn im Wagner-Haus „Wahnfried“ findet am 200. Todestag Jean Pauls ein Festakt mit Kammerkonzert und Lesung statt. Und im früheren Wohnhaus des Komponisten, dem Chamberlainhaus in der Wahnfriedstraße 1, sorgt das rührige Jean-Paul-Museum für das Andenken des schreibenden Sonderlings.

● Weitere Veranstaltungen in Bayreuth anlässlich des 200. Todestags von Jean Paul im Internet unter: www.bayreuth-tourismus.de/sehenswertes/jean-paul/jubilaeum-2025

MUSEUMSBAU

Eine „Scheune“ nimmt Formen an

Richtfest bei „berlin modern“ – Ergänzungsbau der Neuen Nationalgalerie soll 2029 eröffnet werden

Berlins im Bau befindliche teuerste „Scheune“ hat nun auch eine Dachkonstruktion. Seit Mitte Oktober schwebt die Richtkronen über „berlin modern“, dem neuen Haus der Neuen Nationalgalerie, das wegen seiner quadratisch praktischen Form von den Berlinern schlicht als Scheune bezeichnet wird. Das nach Plänen des Schweizer Architekturbüros Herzog & de Meuron mit Vogt Landschaftsarchitekten entworfene Haus am Kulturforum befindet sich direkt neben der Neuen Nationalgalerie, mit der es unterirdisch verbunden sein und die Ausstellungsfläche um ein Vielfaches erhöhen wird. Mit geschätzten Baukosten von 600 Millionen Euro dürfte es Deutschlands teuerster Museumsneubau werden.

In einem Rundgang durch den Mies-van-der-Rohe-Bau der Neuen Nationalgal-

erie und das neue Haus soll man künftig die Kunst und damit auch die Geschichte des 20. Jahrhunderts in ihren vielen Ausprägungen und Disziplinen durchlaufen können – vom deutschen Expressionismus über die internationale Moderne bis zu Pop Art, Konzeptkunst oder Minimal Art, Architektur, Fotografie, Film und Design des 20. Jahrhunderts. In eigenen Räumen werden Werke der Kunstbibliothek und des Kupferstichkabinetts zu sehen sein. In die Präsentation sind außerdem die Werke der Sammlung Ulla und Heiner Pietzsch (rund 160 Werke), der Sammlung Marx (knapp 200 Werke) und der Sammlung Marzona (rund 300 Werke) integriert.

Der erste Spatenstich für „berlin modern“, damals noch „Museum des 20. Jahrhunderts“, fand im Dezember

2019 statt. Nach vorbereitenden Baumaßnahmen, unter anderem zur Baufeldfreimachung, entstand auf einer Grundfläche von ungefähr 8000 Quadratmetern die Baugrube mit rund 16 Metern Tiefe. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten musste die Baugrubenumschließung als wasserdichtes Trogbauwerk mit 25 Meter tiefen Wänden ausgeführt werden.

2023 begannen die Rohbauarbeiten des Hochbaus, im Februar 2024 wurde der Grundstein gelegt. Aktuell arbeiten rund 70 Personen auf der Baustelle. Im weiteren Bauablauf folgen bis zur baulichen Fertigstellung vor allem die Arbeiten an der Gebäudehülle (Dach- und Fassade). Im Inneren des Gebäudes erfolgen der Innenausbau (Boden, Decken, Wände) sowie die Installation der technische Gebäudeausrüstung. Nach Freiwerden der

Baustelleneinrichtungsflächen kann die Herstellung der Außenanlagen beginnen.

Die bauliche Fertigstellung ist für 2029 geplant, dann zieht die Kunst ein. Es folgt die museumsspezifische Ersteinrichtung mit Depots und Werkstätten sowie die Einrichtung der Eröffnungsausstellung. Dazu gehört auch der Umzug von 5000 Werken der Neuen Nationalgalerie, 30.000 Werken des Kupferstichkabinetts und zahlreichen Werken der Kunstbibliothek. Es folgen außerdem Werke der Sammlung Marx, die aktuell noch im Hamburger Bahnhof – Nationalgalerie der Gegenwart zu sehen sind. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz plant, das Haus in dieser Einrichtungsphase bereits als Ort der Kunst zu nutzen und es den Besuchern sukzessive zugänglich zu machen.

H. Tews/SPK

● MELDUNG

Hommage an Carpaccio

Berlin – Die Gemäldegalerie am Kulturforum veranstaltet vom 20. November bis 6. April eine „Hommage an Vittore Carpaccio“. Die Ausstellung stellt mit der „Grabbereitung Christi“ eines von zwei großformatigen Meisterwerken Carpaccios (um 1465–1525/26), mit denen der venezianische Künstler in der Gemäldegalerie vertreten ist, in den Fokus. In den letzten Jahren wurde das Gemälde umfassend untersucht und restauriert. 500 Jahre nach Carpaccios Tod erstrahlen die Farben des Werkes wieder in ganzer Pracht. Zu sehen sind auch andere venezianische Gemälde aus eigenem Bestand, graphische Werke aus dem Kupferstichkabinett sowie die Reproduktion einer Tafel aus Aby Warburgs „Bilderatlas Mnemosyne“. *tws*

TOBRUK

Warum die Totenburg hier gebaut wurde

Nicht nur für die Angehörigen des Deutschen Afrikakorps (DAK) unter dem sogenannten Wüstenfuchs General Erwin Rommel, auch für englische, französische, italienische, neuseeländische, australische, südafrikanische, kanadische und indische Afrikakämpfer war die Festung Tobruk das Symbol der Wüstenschlacht. Zwischen 1941 und 1943 waren Verteidiger und Angreifer in dem wechselvollen Ringen um die libysche Hafenstadt zu einer über die Fronten hinwegreichenden Einheit von Leidenden geworden.

In fürchterlicher Sonnenglut, in einem wasser-, vegetations- und deckungslosen Gelände mussten Freund und Feind inmitten von brüchigem Fels und Wüstenstaub ausharren. Zu den Unbilden der Witterung, dem glühenden heißen Gibli (Südwind) und den im Vergleich zur Tageshitze oft bitterkalten Nächten, kamen die Zermürbungen durch eine fast pausenlose Materialschlacht und der Kampf gegen Ungeziefer und Krankheiten.

Vor und in Tobruk gab es keine „romantische“ Idylle des Wüstenkrieges. Auch in strategischer Hinsicht, als Zentrum militärischer Machtentfaltung zwischen Gibraltar und dem Suezkanal, blieb die Festung Tobruk für beide Lager immer die entscheidende Bastion in Nordafrika. Der Besitz von Tobruk entschied letztendlich über Sieg und Niederlage.

Vom 10. April bis zum 27. November 1941 belagerten 35.000 Deutsche und Italiener die von 27.000 Soldaten der Alliierten verteidigte Stadt. Die zunehmend schwierige Versorgungslage der Belagerer und ihr infolge der Gefechte schnell abnehmender Panzerbestand ließen Rommel schließlich die Belagerung abbrechen. Die Achsenmächte hatten achttausend Mann verloren, die Alliierten hatten über dreitausend Gefallene und Verwundete zu beklagen.

Im darauffolgenden Jahr unternahm Rommel im Rahmen des Unternehmens Theseus einen erneuten Versuch, die Festung Tobruk zu erobern. Nach heftigen und verlustreichen Auseinandersetzungen im Mai/Juni 1942 kapitulierten die Alliierten gegenüber den deutschen und italienischen Verbänden. Mehr als 35.000 alliierte Soldaten gerieten in Gefangenschaft. Rommel wurde unmittelbar nach der erfolgreichen Einnahme Tobruks zum Generalfeldmarschall ernannt.

Doch der Preis war sehr hoch, zu viele Männer und Panzer waren verloren. Im Rahmen des auch als „Schlacht von Gazala“ bezeichneten Unternehmens Theseus sind rund 3360 Deutsche gefallen, verwundet worden oder in Gefangenschaft geraten. Dazu kamen geringere Verluste beim verbündeten Italien sowie rund vierhundert zerstörte Panzer.

Die anschließenden Kämpfe beim ägyptischen El Alamein im November 1942 leiteten die Niederlage der Achsenmächte ein. Als dann Ende 1942 Reste der deutschen Divisionen an Tobruk vorbei nach Westen zogen, war gegen einen an Material und Menschen weit überlegenen und im Zangenriff von Tunesien bis Ägypten zupackenden Gegner der Afrikafeldzug im Grunde bereits entschieden. Das auch „Tunisgrad“ genannte „Stalingrad der Wüste“ in Tunesien im Mai 1943 war nur der logische Abschluss des alliierten Durchbruchs von El Alamein und der erzwungenen Preisgabe Tobruks durch die Achsenmächte. J.K.

TOTENBURG

Letzte Ruhestätte fast aller Gefallener des Afrikakorps

Vor 70 Jahren wurde in Anwesenheit von Angehörigen der Toten sowie Kriegsveteranen die Deutsche Kriegsgräberstätte Tobruk eingeweiht



Der Mann links bietet einen Größenvergleich: Die Kriegsgräberstätte von außen

Bild: Maher27777

VON JÖRG KOCH

Vor 70 Jahren fand man in Nordafrika noch Spuren des Deutschen Afrikakorps (DAK). Wer zehn Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, von Alexandria durch die Wüste Richtung Westen fuhr, konnte noch immer Überreste von Panzern, zerschossene Wehrmachtswagen, Flugzeugwracks, verrostete Kanister, Munitionskästen und andere Spuren des Deutschen Afrikakorps finden. Erwin Rommels Hauptquartier in Mersa Matruh, ein früheres Hotel, lag noch immer ausgebrannt in Trümmern. In einigen steckengebliebenen Lazarettwagen hatten sich Beduinen eingerichtet.

Doch diese Zeiten sind längst vorbei. Leben in Tobruk zu Beginn des Afrikafeldzuges zirkte zweitausend Menschen, so wohnen in der pulsierenden Hafenstadt am Mittelmeer inzwischen rund sechzig Mal so viel, von denen sich niemand mehr an die Ereignisse vor 84 Jahren erinnern kann. Zwei Kilometer Luftlinie von der Hafenstadt entfernt erinnert eine vor siebzig Jahren als Mahnmal des Friedens

eingeweihte deutsche Kriegsgräberstätte an die blutige und verlustreiche Belagerung der von Briten, Australiern, Tschechoslowaken und Polen verteidigten Stadt durch Deutsche und Italiener.

Nicht weit von einem riesigen Gräberfeld gefallener Soldaten aus allen Teilen des britischen Imperiums erhebt sich das deutsche Mahnmal in der Gestalt einer mythischen Wüstenfestung. Die Außenmauern bilden ein 40 mal 40 Meter großes Quadrat mit vier runden Ecktürmen aus hellem Kalkstein, das sich bis zu 14 Meter über den Wüstenboden erhebt und das weit über Meer und Wüste sichtbar ist.

Groß war die Hilfe von Angehörigen des nach dem Krieg neu gegründeten Königreichs Libyen bei der Suche nach längst verwehten Gräbern deutscher Gefallener. Nicht zuletzt dieser Mithilfe ist es zu verdanken, dass Einsatzgruppen des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in dreijähriger Arbeit rund 98 Prozent der in Libyen im Rahmen des Afrikafeldzuges gefallenen deutschen Soldaten bergen konnten. Die 6026 Leichen waren in Kunststoff Sarkophagen vorübergehend in der ehemaligen britischen Garnisonkir-

„Sagen Sie den deutschen Müttern, dass wir das Ehrenmal in gute Hut nehmen werden. Ihre Söhne werden bei uns in Frieden ruhen und immer beschützt sein“

Fatima el-Sharif

Königin von Libyen 1951 bis 1969

che von Tobruk aufgebahrt, bis sie in einer Gruft, über die sich das Mahnmal erhebt, beigesetzt werden konnten.

Am Eingang dieser Gruft stehen mehrere Inschriften, so „Hier ruhen deutsche Soldaten 1939/1945“ und „Das deutsche Volk seinen in Libyen gefallenen Soldaten und ihrem Feldmarschall Rommel“. Umgeben wird die Gruft, also das Gräberfeld, von Arkaden, in deren Nischen die Namen der Toten und die wichtigsten Schlachtorte wie Tripolis, Bengasi, Tobruk, Bir el Hacheim oder Sollum verzeichnet sind.

Vielfältige Hilfe Libyens

Während die Baukosten von eineinhalb Millionen D-Mark vom Volksbund und der Bundesregierung aufgebracht wurden, stellte die libysche Regierung für den Bau den Bauplatz und zwei Steinbrüche kostenlos zur Verfügung. Die Mauern und Türme des Baues wurden aus hartem Muschelkalkstein errichtet, der in einem siebzig Kilometer von Tobruk entfernten Steinbruch gewonnen werden konnte, den bereits die Griechen 660 v. Chr. zum Bau von Kyrene benutzt hatten. Ein MAN-Diesel-Lastzug beförderte zweimal täglich 50 Tonnen Steinmaterial aus dem

70 Kilometer entfernten Steinbruch, in dem ein deutscher Sprengmeister, zwei deutsche Steinmetze und zwölf arabische Helfer arbeiteten.

Verwendet wurden auch hellgrüner Porphyrt aus Südtirol, Solnhofener Schiefer sowie Basalt aus der Eifel für die Einfassung des Gräberfeldes und für den Sockel der Feuerschale und für die Relieftafeln. Ferner kamen belgischer Granit und Treuchtlinger Kalkstein zum Einsatz, aus denen die Mosaiktafeln zusammengesetzt wurden.

Jeder Liter Trinkwasser für die 20 deutschen Facharbeiter, unter anderem Maurer, Steinmetze, Schlosser und Mechaniker, sowie für die hundert Libyer des Scheichs Ali Regeb, die als Hilfskräfte eingesetzt wurden, musste ebenso wie das für den Bau selbst benötigte Wasser über weite Strecken herangeschafft werden. Nahezu alles andere, was zum Bau des Mahnmals benötigt wurde, musste aus Deutschland herbeitransportiert werden.

Lange, aufwendige Transportwege

Die schmiedeeisernen Gitter, die Bronze- und Mosaikplatten mit den Namen aller Gefallenen und die aus Gusseisen hergestellten überlebensgroßen Zentralfiguren wurden in deutschen Werkstätten gefertigt. Für die Planung und den Bau der Gesamtanlage war der Münchener Architekt Adalbert Huber verantwortlich, während der Münchener Bildhauer Albert Allmann das Modell schuf für die von Buderus im hessischen Werk Hirzenhain gegossenen, über hundert Zentner schweren, 1,90 Meter hohen knieenden vier Engelsfiguren, die eine zwei Meter im Durchmesser große Opferschale tragen. Sie sind der zentrale Schmuck im Innenhof der gewaltigen Anlage über der eigentlichen Totengruft.

Für die zweijährige Bauzeit hatten mehrere Transportflugzeuge aus der Bundesrepublik Baumaterialien und Geräte gebracht, aus denen eine Küchen- und Essbaracke, eine Waschbaracke mit Toilettenanlagen, eine Baracke für das Baubüro des Volksbundes und zwei Unterkunftsbaracken errichtet wurden. In Beduinenzelten wohnten die einheimischen Helfer mit ihren Familien.

Zwei große Kraft- und Lichtstrom-Diesellaggregate boten der Baustelle Licht, um auch nachts, also in zwei Schichten, arbeiten zu können. Auch ermöglichten sie den Betrieb der Baumaschinen. Um Diebstähle zu verhindern, wurde die Baustelle mit Stacheldraht umzäunt.

Die Einweihung der eindrucksvollen Totenburg fand am 20. November 1955 in Anwesenheit von rund 250 Angehörigen deutscher Gefallener und 150 ehemaligen Mitgliedern des Afrikakorps statt. Ansprachen hielten Wilhelm Ahlhorn, der Präsident des Volksbundes, Bundestagsvizepräsident Ludwig Schneider sowie die ehemaligen Generäle Ludwig Crüwell und Siegfried Westphal. Als Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums nahm Graf Baudissin an der Einweihung teil.

Ahlhorn dankte dem libyschen König Idris I. und der libyschen Regierung für die Unterstützung beim Bau der Anlage. Ebenso lobte er die Hilfe des britischen und des italienischen Gräberdienstes bei der Identifizierung der deutschen Soldaten, die aus verfallenen Friedhöfen und Wüstengräbern an diese neue zentrale Grabstätte überführt worden waren. Alle Redner gedachten auch der Gefallenen von El Alamein und anderer Orte sowie denen, die keine Ruhestätte erhalten hatten. Zudem ehrten sie die ehemaligen Gegner.

Anwesend waren auch Lucie Rommel, die Witwe des Generalfeldmarschalls, und Christel Eulen, die Witwe des Mitbegründers des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge Siegfried Emmo Eulen. Zu ihr sagte die libysche Königin Fatima el-Sharif: „Sagen Sie den deutschen Müttern, dass wir das Ehrenmal in gute Hut nehmen werden. Ihre Söhne werden bei uns in Frieden ruhen und immer beschützt sein.“



Mit der Opferschale im Zentrum der Anlage: Innenansicht der Totenburg

BILD: WAHNER27777

DEUTSCHER ORDEN

Ein Akt der Unterwerfung oder der Beginn einer neuen Epoche?

Anlässlich des 500. Jubiläums der Krakauer Huldigung Albrechts von Brandenburg-Ansbach beantwortet eine Sonderausstellung die Frage, wie das historische Ereignis zu bewerten ist

VON GUNTER DEHNERT

Vor 500 Jahren, am 10. April 1525, legte der Hochmeister des Deutschen Ordens, Albrecht von Brandenburg-Ansbach, auf dem Krakauer Marktplatz den Ordensmantel ab und schwor dem polnischen König Sigismund dem Alten die Treue. Dieser als Krakauer beziehungsweise im polnischen Raum als preußische Huldigung bekannte Akt vollzog den zwei Tage zuvor unterschriebenen Krakauer Vertrag öffentlich. Aus dem einstigen Deutschordensstaat Preußen wurde ein weltliches Herzogtum, das Albrecht als polnisches Lehen zurückerhielt. Ein Akt der Unterwerfung? Oder vielmehr der Beginn einer neuen Epoche? Der Grundstein späterer Entwicklungen?

Sicherlich schuf der Krakauer Vertrag von 1525 neue Möglichkeiten: Beispielsweise modernisierte Albrecht nun die Verwaltung und Justiz. Er holte Künstler und Gelehrte ins Land. Rundherum entstand in Königsberg eine moderne Hofkultur mit politischer, künstlerischer und religiöser Strahlkraft. 1544 entstand die nach Albrecht benannte Universität, die später Persönlichkeiten wie Immanuel Kant oder E. T. A. Hoffmann hervorbrachte. Preußen legte den Grundstein für den Aufstieg der Hohenzollern – vom Herzogtum zum Königreich Preußen und schließlich zur treibenden Kraft der deutschen Reichsgründung.

Die Deutung der Ereignisse blieb jedoch umstritten. In Polen gilt die „Preußische Huldigung“ bis heute als Triumph, im monumentalen Historiengemälde Jan Matejkos aus dem Jahre 1882 inszeniert. Gleichwohl existierten aber auch in Polen Stimmen, die den Vertrag negativ deuteten, da durch diesen – nicht ganz unberechtigt – indirekt der spätere Aufstieg Preußens zur europäischen Großmacht ermöglicht worden sei. Im preußisch-deutschen Raum hingegen wurde die Episode lange ausgeblendet. Erst mit der Romantik erweckte das Interesse am Deutschen Orden neu, als Künstler und Intellektuelle die Marienburg wiederentdeck-



„Preußische Huldigung“: Historienmalerei von Jan Matejko aus dem Jahre 1882

Bild: Wikimedia

ten. Später diente der Orden nationalistischen Akteuren und Intellektuellen als Projektionsfläche, während polnische Autoren, wie der Träger des Nobelpreises für Literatur des Jahres 1905 Henryk Sienkiewicz in seinem 1900 erstmals veröffentlichten und seither in 25 Sprachen übersetzten Epos „Krzyżacy“ („Die Kreuzritter“), ihn in düsteren Farben darstellten.

Krakauer Vertrag im Original

Heute, 500 Jahre später, ist der Krakauer Vertrag in Deutschland anders als in Polen kein Teil des kollektiven Gedächtnisses und die Huldigung erscheint weniger als Unterwerfung, sondern vielmehr als geschickter Akt politischer Weitsicht. Der Beginn des Herzogtums Preußen war damit kein Ende, sondern ein Anfang unter anderem eines langen, fairen Friedens. In Polen überwiegt hingegen im Allgemeinen

die Lesart eines Triumphs der polnischen Diplomatie über den Deutschen Orden.

Anlässlich dieses Ereignisses veranstaltet das Kulturzentrum Ostpreußen im bayerischen Ellingen eine große Sonderausstellung mit dem Titel: „Ein Akt der Unterwerfung? 500 Jahre Herzogtum Preußen“. Sie zeigt zahlreiche Exponate, etwa den Krakauer Vertrag im Original, eine Medaille mit einem Doppelbildnis von Herzog Albrecht und der Herzogin Dorothea, Albrechts erster Frau, sowie reformatorische Schriften, Münzen, originale Graphiken und Karten sowie die Totenbüste Dorotheas.

Totenbüste Herzogin Dorotheas

Ausgangspunkt der Ausstellung, die im ehemaligen Deutschordensschloss Ellingen präsentiert wird, ist die Präsenz des Deutschen Ordens in Preußen. Wie ver-

lief die Besiedlung Preußens durch den Deutschen Orden im 13. und 14. Jahrhundert? Wie waren seine Burgen aufgebaut, die er zu diesem Zweck errichtete? Und wie funktionierten diese? Wie war der Orden in dieser, seiner Hochphase strukturiert? All das sind Fragen, auf welche die Ausstellung Antworten gibt.

Der zweite Teil widmet sich der Umbruchszeit, angefangen bei den Entwicklungen und Konflikten zwischen dem Deutschen Orden und der polnischen Krone im 15. und beginnenden 16. Jahrhundert einschließlich der Schlacht bei Tannenberg (Grunwald), dem Zweiten Thorer Frieden und dem Reiterkrieg. Dazu kommt die Reformation unter Führung von Johannes Briesmann und Andreas Osiander sowie als zentrale Figur der Entwicklungen um 1525 in Preußen: Albrecht von Brandenburg-Ansbach.

Der dritte Teil der Ausstellung schließlich beschäftigt sich mit den Folgen des Krakauer Vertrags: einerseits die konkrete Staatenbildung und die Entwicklung der Hofkultur unter Herzog Albrecht im 16. Jahrhundert. Andererseits wird hier auch beleuchtet, wie die deutsche und polnische Historiographie unterschiedlich auf die Beziehungen zwischen Deutschem Orden und Polnischer Krone im 16. Jahrhundert blicken.

● **Gunter Dehnert** ist Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen/Bayern, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440, Telefax (09141) 864414, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de. Dort ist noch bis zum 4. Januar die Sonderausstellung „Ein Akt der Unterwerfung? 500 Jahre Herzogtum Preußen“ zu sehen.

AUTOMOBILBAU

Ernesto Maserati - das Vermächtnis einer italienischen Legende

Zum 50. Todestag eines Pioniers des Motorsports

Vor 50 Jahren, am 1. Dezember 1975, starb Ernesto Maserati – der jüngste der legendären Brüder, die den Namen Maserati unsterblich machten. Geboren 1898 im italienischen Voghera, war Ernesto nicht nur Ingenieur, Rennfahrer und Unternehmer, sondern auch der stille Bewahrer einer Vision: Geschwindigkeit als Ausdruck von Eleganz, Präzision und Leidenschaft.

Die Familie Maserati – bestehend aus den Brüdern Alfieri, Bindo, Carlo, Ettore und Ernesto – prägte die Anfänge des Motorsports wie kaum eine andere. Während Carlo, der älteste, schon früh an Automotoren tüftelte, war es Alfieri, der 1914 in Bologna die Aktiengesellschaft „Officine Alfieri Maserati“ gründete. Ernesto, damals erst 16 Jahre alt, trat wenig später ebenso in die Firma ein und übernahm nach Alfieris frühem Tod 1932 eine

führende Rolle in Konstruktion und Rennsport.

Unter seiner technischer Leitung entstanden einige der bemerkenswertesten Rennwagen ihrer Zeit. Die Maserati-Modelle der 1930er Jahre – etwa der Tipo 26 oder der 8CTF – verkörperten eine neue Ära des italienischen Automobilbaus: kompromisslos in der Leistung, aber stets formvollendet schön. Der 8CTF sollte später sogar in den USA Berühmtheit erlangen, als er 1939 und 1940 das legendäre „Indianapolis 500“ gewann – ein Triumph, der den Namen Maserati in die Welt hinaustrug.

Doch der Weg dorthin war nicht frei von schicksalhaften Rückschlägen. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und der politische Druck des faschistischen Italiens zwangen die Brüder 1937, ihr Unternehmen an die Familie Orsi zu verkaufen.



Ernesto Maserati im Jahre 1930

Ernesto blieb zwar als Chefingenieur tätig, doch der Geist der Gründungsjahre schien dennoch ein Stück weit verloren. Nach dem Krieg verließ er Maserati endgültig und gründete gemeinsam mit seinen Brüdern Bindo und Ettore ein neues Unternehmen: O.S.C.A. (Officine Specializzate Costruzione Automobili). Dort setzte er seine Arbeit endlich wieder mit ungebrochenem Erfindergeist fort.

O.S.C.A. baute kleine, aber technisch brillante Rennwagen, die in den 1950er Jahren beachtliche Erfolge feierten – unter anderem den Sieg bei den zwölf Stunden von Sebring 1954. Ernesto blieb bis

ins hohe Alter aktiv, als Ingenieur und Konstrukteur, dabei stets dem Ideal der Perfektion verpflichtet.

Sein Leben war geprägt von technischer Vision, familiärer Verbundenheit und der unerschütterlichen Liebe zum Automobil. Während andere Namen kamen und gingen, blieb Maserati – und mit ihm das Vermächtnis der Brüder – ein Symbol für italienische Ingenieurskunst und Leidenschaft, Eleganz und Grazie.

Heute, ein halbes Jahrhundert nach seinem Tod, erinnert man sich an Ernesto Maserati nicht nur als letzten der Brüder, sondern als denjenigen, der das Erbe bewahrte und vollendete. Ohne ihn wäre die Geschichte des Motorsports – und die des „Tridente“, des Dreizacks von Maserati – um ein bedeutendes Kapitel ärmer.

Jens Eichler

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das Wort „Korruption“ gründet auf dem lateinischen Begriff „corruptus“ für „verdorben“ oder „schlecht“. Korruption ist also ein Zeichen von Verfall, bis hin zum sittlich-moralische Niedergang der Gesellschaft sowie zur Auflösung von Institutionen und Rechtsordnungen. Im Praktischen läuft die Korruption in aller Regel auf den Missbrauch einer politischen, sozialen oder anderen Machtstellung zum privaten Vorteil hinaus.

Damit beschädigt sie nicht zuletzt das Vertrauen der Bürger in die Unabhängigkeit, Unbestechlichkeit und Handlungsfähigkeit ihres Staates beziehungsweise die Integrität der Wirtschaft. Gleichzeitig werden wir tagtäglich mit immer neuen Meldungen über Korruptionsfälle im In- und Ausland konfrontiert. So wanderte kürzlich der ehemalige französische Präsident Nicolas Sarkozy wegen der illegalen Finanzierung seines Wahlkampfes durch den libyschen Diktator Muammar al-Ghaddafi in Haft, während in der Volksrepublik China ein General oder Admiral nach dem anderen wegen Korruption aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen wird – wobei der Verdacht im Raum steht, dass mögliche Verfehlungen vor allem deshalb in den Fokus gerückt wurden, um Kritiker von Machthaber Xi Jinping matt zu setzen.

Doch wie diese Beispiele zeigen, handelt es sich bei der Korruption offensichtlich um ein strukturelles Problem in politischen Gemeinwesen aller Art. Das gilt nicht nur für die Gegenwart. Die Geburtsstunde der Vorteilsnahme oder Bereicherung aufgrund irgendeiner Machtstellung schlug gewiss schon in der Steinzeit, und in den ersten Stadtstaaten des 4. Jahrtausends v. Chr. mit ihren beachtlichen materiellen Überschüssen dürfte die Korruption bereits ein alltägliches Phänomen gewesen sein. Bis in die Frühe Neuzeit hinein war sie auch weitestgehend selbstverständlich: Man zelebrierte Korruption oft ganz unverhohlen und ohne ein schlechtes Gewissen – so wie das heute noch in manchen Staaten der Dritten Welt zum üblichen Prozedere gehört.

Preußen nahm früh den Kampf auf

Ernsthaft in Verruf geriet die Korruption erst mit dem Übergang zur Moderne, wobei zentralisierte Monarchien wie das Königreich Preußen Vorreiter bei ihrer Ächtung waren. Die Korruption galt hier als Merkmal der zu überwindenden Vormoderne und sollte durch eine konsequente Verrechtlichung des gesellschaftlichen und politischen Lebens verschwinden. Daher liefen die berühmten preußischen Reformen zum Anfang des 19. Jahrhunderts auch auf eine Kriegserklärung an die Korruption hinaus. Ebenso stellten die Revolutionen ab 1789 un-



Laut Forschern liegt sie tief in der Natur des Menschen begründet: Korruption begleitet uns seit Jahrtausenden

Bild: Rawpixel.com/adobe.com

MACHTMISSBRAUCH

Korruption: Das unausrottbare Ärgernis

Jahrtausendlang galt die Gewährung „irregulärer“ Vorteile als ganz normale Praxis. Erst die Gesellschaften der Neuzeit sehen das anders – und werden des Problems wohl dennoch nie ganz Herr

ter anderem Reaktionen auf die grassierende Korruption dar.

Seit der Zeit der Aufklärung wurde mehr und mehr erwartet, dass Staatsdiener und sonstige Funktionsträger Amt und Privatleben deutlich schärfer als bislang trennen, auch und gerade auf dem Gebiet des Finanziellen. Gleichzeitig gehörten die lautesten Kritiker der Korruption oft selbst zu den Nutznießern dieses Phänomens – diese Doppelmoral kann man auch heute noch beobachten. Ansonsten erwies sich die Korruption aber bald als durchaus vereinbar mit der Moderne. Das hatte mehrere Gründe.

So basierte der entstehende Kapitalismus auf einem verzweigten System der Vorteilsnahme und -gewährung. Ebenso wirkten der schnelle technische Fortschritt und die damit verbundene Verbesserung der Infrastruktur als Katalysator der Korruption. Bei der Vergabe von Aufträgen für den Bau von Straßen, Häfen, Eisenbahnlinien, Elektrizitätswerken und

so weiter kamen vielfach Bestechungsgelder zum Einsatz. Späterhin sorgte die Entstehung des Sozialstaats für bislang unbekannte Formen der Korruption – so etwa innerhalb der Krankenkassen und unter den Kassenärzten.

Ein Ritt gegen Windmühlen

Das gleiche gilt für die Bürokratie insgesamt: Einerseits sollten die Beamten Rechtsnormen anwenden, um der althergebrachten Korruption den Nährboden zu entziehen, andererseits schuf das unablässige Wuchern dieser Normen immer neue Einfallstore für die Vorteilsnahme beziehungsweise -gewährung. Und auch die nunmehrige Praxis der Vergabe von Ämtern und Posten nach den vermeintlichen Fähigkeiten der Bewerber anstatt einer automatischen Weitervererbung leistete der Korruption Vorschub.

Und dann war da noch der Parlamentarismus. Dieser ging unter anderem mit Stimmenkauf und dubiosen Methoden

der Wahlkampffinanzierung einher. Das wiederum lieferte Demokratiekritikern argumentative Munition, was die Entstehung etlicher Diktaturen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts förderte. Andererseits war den Diktatoren im Kampf gegen ihre Feinde ebenfalls jedes Mittel recht, weswegen sie ihrerseits selbst mannigfache Formen der Korruption duldeten oder gar förderten.

Die Korruption wurde trotz aller Bemühungen niemals ausgerottet, und dies dürfte wohl so bleiben. Auf dieser Erkenntnis basiert die Theorie von der Korruption als besonders typischer Form der sogenannten Mikropolitik, wie sie beispielsweise der Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der TU Darmstadt, Jens Ivo Engels, vertritt.

Engels definiert „Mikropolitik“ als „Sammelbegriff für all jene Machttechniken, die auf personenbezogenen, netzwerkartigen Strukturen beruhen, in denen Einzelinteressen vorherrschen, und

die formalisierte Verfahren unterlaufen“. Dabei gehen Engels und andere Historiker wie der Pionier der modernen Kolonialgeschichtsschreibung Wolfgang Reinhard zu Recht davon aus, dass Mikropolitik tief in der Natur des Menschen liegt. Insofern stellt die Korruption ein einmaliges soziales Ordnungsmuster dar, dessen versuchte Abschaffung oder flächendeckende juristische Ahndung – das deutsche Strafgesetzbuch beinhaltet 14 ausdrückliche Antikorruptions-Paragrafen – dem Kampf gegen Windmühlenflügel gleicht.

Die politischen Gemeinwesen von heute, welche die Korruption ächten und abzuschaffen trachten, orientieren sich also an prinzipiell unrealistischen Idealen. Soziale Wirklichkeiten funktionieren anders, wie ärgerlich oder „unmoralisch“ das auch immer sein mag. Dies könnte sich erst ändern, wenn der Mensch eine höhere Entwicklungsstufe erreicht, worauf allerdings wenig hindeutet.

MANAGEMENT

Die Sprache der Verlierer

Dass Firmenlenker gefeuert werden, zeigt sich verblüffend oft in ihrer Wortwahl schon lange vor dem Rauswurf

Der CEO (Chief Executive Officer) ist die ranghöchste Führungskraft sowie der gesetzliche Vertreter eines Unternehmens und trägt die Gesamtverantwortung für dessen strategische und operative Leitung. In Deutschland wird diese Rolle noch vielfach vom Geschäftsführer einer GmbH oder dem Vorstandsvorsitzenden einer Aktiengesellschaft ausgefüllt.

Gründe für die Entlassung eines CEO sind entweder persönliches Fehlverhalten oder unzureichende Leistungen, welche vor allem an einer enttäuschenden Umsatz- oder Gewinnentwicklung gemessen werden. In diesem Fall kommt die Entlassung meist nicht plötzlich,

sondern kündigt sich in der Regel schon längere Zeit vorher an. Ein Hinweiszeichen ist dabei offenbar auch der Sprachstil des CEO, wie die Wirtschaftswissenschaftler Ali Akyol und Sahar Shabani von der University of Ottawa auf der Plattform „S&P Global Market Intelligence“ berichten.

Die beiden analysierten die Transkripte von mehr als 45.000 Quartalskonferenzen von Unternehmen im Zeitraum von 2010 bis 2018, bei denen die CEO die Öffentlichkeit über die laufenden Geschäfte und aktuellen Betriebsergebnisse informierten, woran sich die Beantwortung von Fragen von Finanz-

analysten anschloss. Dabei nutzten Akyol und Shabani verschiedene Arten von Auswertungsprogrammen wie Linguistic Inquiry and Word Count, um die Texte auf rund 80 Merkmale hin zu untersuchen, darunter vor allem die durchschnittliche Häufigkeit von bestimmten Wörtern pro Satz. Diese sollten Hinweise darauf liefern, womit sich die CEO gedanklich beschäftigen.

Beim Vergleich zwischen den Äußerungen der 224 Führungskräfte, welche innerhalb eines Jahres gehen mussten, mit den Aussagen derer, die ihre Posten stattdessen behielten, zeigten sich deutliche Unterschiede.

Die erfolgreichen CEO verwendeten eher emotional aufgeladene und damit authentischer oder entschlossener wirkende Wörter sowie das Personalpronomen „Sie“ in der dritten Person Plural. Dagegen drückten sich die Entlassungskandidaten sehr viel analytischer aus und wählten Begriffe, welche gemeinhin mit Macht assoziiert werden. Außerdem bevorzugten sie statt des „Sie“ ein „Ich“. Wie Akyol und Shabani herausfanden, lag die Wahrscheinlichkeit des Jobverlustes schon um 50 Prozent höher, wenn der CEO das Pronomen „ich“ nur geringfügig häufiger verwendete als ein Mitglied der Gruppe derer, die bleiben konnten.

Das galt vor allem für die Quartalskonferenz unmittelbar vor der Entlassung. Ein Jahr früher fanden die Forscher noch keine sprachlichen Besonderheiten, dann aber zeigten sich in der drittletzten Konferenz erste Auffälligkeiten, welche in der zweitletzten deutlich zunahmten, um dann in der letzten Konferenz vor dem Hinauswurf ihre stärkste Ausprägung zu erreichen. Akyol und Shabani interpretieren dies als Folge der wachsenden Erkenntnis der Konzernchefs, dass ihre Position gefährdet sei, und des Bestrebens, sich aus diesem Grund noch einmal mit aller Kraft in ein günstiges Licht zu rücken. W.K.

OSTPREUSSISCHE LANDESVERTRETUNG

Mit Zuversicht und Leidenschaft

Leichte Lösungen in schweren Zeiten gibt es nicht – daher wurde auf der Jahrestagung engagiert diskutiert

VON JENS EICHLER

Die gute Nachricht vorweg: Die Situation bei den korporativen Mitgliedern der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), den Heimatkreisgemeinschaften und Landesgruppen ist stabil. Mit dieser Feststellung eröffnete der bisherige und im Amt bestätigte LO-Sprecher Stephan Grigat seinen Rechenschaftsbericht auf der Sitzung der Ostpreußischen Landesvertretung (OLV) in Wuppertal. Das diesjährige Treffen am 8. und 9. November war ohnehin geprägt von einem Geist der Zuversicht. Das allein machte die Vitalität der Beiträge und Protagonisten deutlich. Engagiert in der Sache, fair im Umgang, klar in der Diskussion. Und diskutiert wurde viel – mit Meinung, mit Kompetenz, mit Leidenschaft.

Schon das Grußwort von Preußenschildträger Wilhelm von Gottberg avancierte zu einem emotionalen Auftakt. Der langjährige frühere Sprecher der Landsmannschaft machte keinen Hehl aus seinem weisen Alter und betonte: „Ich bin in der neunten Dekade meines Lebens und möchte daher mitteilen, dass für mich mein Engagement mit dem heutigen Tag endet. Zudem habe ich mit 21 Enkeln meine Pflicht an der Demographie unseres Vaterlandes erfüllt. Nun ist es Zeit mich zu verabschieden ...!“

Es folgte eine Ehrung der nicht alltäglichen Art. Sprecher Stephan Grigat würdigte in persönlichen Worten die großen Verdienste und das noch größere, über Jahre konstant bemerkenswerte Engagement von Peter Wenzel als stellvertretenden Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Ostpreußen. Das Goldene Ehrenzeichen war damit eine verdiente Anerkennung seiner Arbeit.

Nach der Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Genehmigung des Protokolls ging Grigat auf die aktuelle Situation des Verbandes ein. Dabei machte er deutlich, dass die LO trotz der infolge der Haushaltssperre lange ausbleibenden öffentlichen Mittel ihren satzungsgemäßen



Der neu gewählte Bundesvorstand stellt sich vor: Johannes Acker, Ulf Püstow, Hans-Jörg Froese, Stephan Grigat, Friedrich-Wilhelm Böld, Christoph Stabe, Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen (v.l.n.r.)

Auftrag zur Förderung der Völkerverständigung und der Heimatpflege mit Leben erfüllt. Zurückgreifen konnte die LO dabei auf Zuwendungen aus ihrer eigenen Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“. Aber auch die ostpreußischen Landsleute selbst tun sich durchaus als gebefreudige Spender hervor, was insbesondere bei den vielen Spenden zur Bruderhilfe und Treuespende deutlich wird. Ostpreußen samt seiner Verbände zeigt aber auch stets Präsenz vor Ort. Das gelungene Sommerfest im Freizeitpark Bartbo in Wuttrien wurde hier als exemplarisches Beispiel genannt. Ferner berichtete der Sprecher über seine Gremienarbeit im Stiftungsrat der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung und im Präsidium des Bundes der Vertriebenen, der mit dem langjährigen CSU-Bundestagsabgeordneten Stephan Mayer seit Oktober 2025 einen neuen Präsidenten hat.

Eine Aussprache mit viel Herzblut fand im Anschluss über die Situation der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* statt. In schweren medialen, verlegerischen Zeiten tut auch die PAZ sich schwer, sich am Markt zu behaupten. Doch war die einhellige Meinung: Das Blatt war noch nie so gut wie heute. Aber wie geht es weiter, in Zeiten schwindender Auflagen, einer zunehmend digitalen Konkurrenz und einer derzeitigen Leserschaft, die größten Wert auf eine gedruckte Zeitung legt? Hier gilt es, mit kühlem Kopf, unternehmerischen Verstand und einem versierten verlegerischen Händchen die Weichen richtig für eine erfolgreiche Zukunft zustellen. Denn fest steht: Diese PAZ wird gebraucht.

Anschließend traten die Delegierten zur Wahl des neuen Vorstandes an. Stephan Grigat als Sprecher, Hans-Jörg Froese als dessen Stellvertreter sowie Friedrich-Wilhelm Böld als Schatzmeister

wurden in den Ämtern bestätigt, ebenso Ulf Püstow als Beisitzer. Neu ins Gremium wurden Johannes Acker und Christoph Stabe bestellt. Brigitte Stramm schied hingegen nach 21 Jahren aus dem Vorstand aus.

Der Abend klang mit regem Austausch und Gesprächen aus, die letztendlich alle in der Hoffnung mündeten, dass der Ukrainekrieg endliche ende, um die grenzüberschreitende Arbeit im Königsberger Gebiet wieder aufzunehmen.

Am folgenden Sonntag wurde zunächst über den Haushaltsplan der Landsmannschaft als auch über den Wirtschaftsplan der PAZ beraten und beide entsprechend verabschiedet.

Das Resümee der OLV macht Mut: Ostpreußen lebt, die Situation der Verbände ist bei angespannter Lage stabil und mit preußischem Engagement darf man zuversichtlich in die Zukunft blicken.

MELDUNGEN

Zitrusfrüchte aus Chile

Königsberg – Die staatliche Aufsichtsbehörde für Lebensmittel Roschelnsdor berichtet, dass im Oktober 540 Tonnen Zitrusfrüchte aus Chile ins Königsberger Gebiet geliefert wurden, nachdem sie die obligatorische sanitäre Untersuchung bestanden hatten. Jede zweite Orange oder Mandarine auf dem Tisch der Gebietsbewohner stammt dagegen aus Südafrika. Von dort wurden 90 Tonnen Orangen importiert. Außer Chile und Südafrika beliefern Länder wie Argentinien, Brasilien, Ägypten, Simbabwe, Peru, Israel, China und die Türkei das nördliche Ostpreußen mit Zitronen, Grapefruit, Pomelos, Limetten und Süßigkeiten, sodass die Regale in den Läden weiterhin gut bestückt bleiben mit Süßfrüchten. **MRK**

Kulinarisches aus Masuren

Allenstein – Die Ostpreußen, die heute in der Bundesrepublik Deutschland leben, haben selbstverständlich ihr Bild von der ostpreußischen Küche. Interessant ist aber auch, wie die heutigen Bewohner des Landes das kulinarische Erbe der Region sehen. Damit befasste sich unter anderem das Nordinstitut „Wojciech Kętrzyński“ in Allenstein. Nach dem Ausflug des Instituts in das historische Ermland im vergangenen Jahr standen Ende September Leckereien aus Masuren im Mittelpunkt der Konferenz „Masurisches Erbe in Hof, Haus und Küche“. Ihre Teilnehmer versuchten die Traditionen zu bestimmen, welche die masurische Küche geprägt haben. Die wichtigste Erkenntnis war, dass Menschen aus vielen Kulturen, die in Masuren gelebt haben, eine einzigartige Vielfalt hinterlassen haben. Geprägt wurde sie von der Kargheit der Böden und der Natur. Fisch etwa sei ein wichtiges Nahrungsmittel gewesen, so eine Referentin, aber die Art der Fische und ihrer Zubereitung hing stark vom Wohlstand der einzelnen Familien ab. **U.H.**

INSTERBURG

Touristenmagnet im Osten der Region

Mit Restaurierungs- und Umbauarbeiten soll die Stadt auf die kommende Saison vorbereitet werden

Für die Entwicklung des Tourismus im nördlichen Ostpreußen wird derzeit viel getan. Für die notwendigen Restaurierungsarbeiten vor Ort fließen Gelder sowohl aus dem Staats- als auch aus dem Regionalbudget. Alexej Oglesnjew, der Direktor des Museums „Samok Insterburg“ (Schloss Insterburg) berichtet von den Fortschritten der Renovierungsarbeiten: „Wir haben einen weiteren Raum hergerichtet, in dem die Schneiderei des Schlosses untergebracht werden soll. Mit Mitteln aus dem russischen Präsidialfonds wurden bereits spezielle Geräte (Nähmaschinen, Bügelbretter, Bügeleisen und so weiter) angeschafft. Im nächsten Jahr werden wir damit beginnen, Theaterkostüme, Bühnenbilder und vieles mehr selbst zu nähen.“

Zurzeit werden auch Renovierungsarbeiten im Kellergewölbe des Hauptgebäudes der Ordensburg abgeschlossen. Es ist



Vorbereitung für die künftige Keramikwerkstatt: Arbeiten im Keller der Burg

geplant, dort Räume für die Keramikwerkstatt des Museums einzurichten.

Da Insterburg ein Touristenmagnet im Osten der Region geworden ist, schreiten auch in der Stadt die Arbeiten zur Restaurierung der historischen Stadtviertel voran. Im Rahmen des regionalen Programms zur Entwicklung von Tourismus und Erholung sollen im kommenden Jahr drei Projekte umgesetzt werden: „Schaffung eines modernen Erscheinungsbildes des Tschernjachowsker Platzes zum 80. Jubiläum der Region Kaliningrad“, „Gestaltung eines Bereichs für Autotourismus in der Belowstraße [ul. Sportivnaja]“ sowie die zweite Etappe des Programms „Historisches Zentrum. Schaffung eines unverwechselbaren touristischen Erscheinungsbildes der Stadt Tschernjachowsk“.

Für die Umgestaltung des Geländes um die Burg wurden bereits Projektbilder veröffentlicht. **Manuela Rosenthal-Kappi**

Erhalt des Bachbetts

Elbing – Eigentlich ist die Hommel nur ein Bach, ein Fluss zweiter Ordnung, der in Elbing in den Fluss Elbing mündet. Aber sie tritt bei bestimmten Wind- und Wetterlagen wie zuletzt im Juli dieses Jahres über die Ufer und gefährdet so Stadtteile von Elbing. Für die Bewirtschaftung, also die Regulierung der Abflüsse, den Erhalt des Flussbetts oder Modernisierungen, ist im Grunde die Polnische Wasserwirtschaft zuständig. Nach einer Vereinbarung mit dieser Behörde soll die Selbstverwaltung von Elbing auf dem Grund und Boden der Wasserwirtschaft tätig werden dürfen, um im Ernstfall mit dringenden Arbeiten bei Reinigung und Reparaturen schnell reagieren zu können. Die Abgeordneten stimmten dieser Vereinbarung parteiübergreifend und einstimmig zu. **U.H.**

Wir gratulieren...



ZUM 106. GEBURTSTAG

Katzenski, Erna, geb. Labusch, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. November

ZUM 102. GEBURTSTAG

Kohlhaussen, Eva, geb. Koch, aus Wiesenfeld, Kreis Neidenburg, am 15. November

ZUM 101. GEBURTSTAG

Schoen, Gerhard, aus Münchenfelde, Kreis Lötzen, am 20. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Aßmann, Erika, geb. Wunder, aus Klausen, Kreis Lyck, am 17. November
Kutzinski, Heinz, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 15. November
Neubauer, Erna, aus Lyck, am 15. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Depolt, Herta, geb. Gloddek, aus Rohmanen-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 15. November
Holst, Eva-Maria, geb. Schröter, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 18. November
Krogmann, Martha, geb. Seidel, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, am 16. November
Letkow, Siegfried, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 134, am 19. November
Selenz, Frieda, geb. Fröse, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 17. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Augustin, Helmut, aus Sonnuau, Kreis Lyck, am 17. November
Fromm, Helmut, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. November
Groß, Ursula, geb. Schwarck, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. November
Komoss, Erich, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 20. November

Kuberka, Margarete, geb. Roters, aus Soffen, Kreis Lyck, am 14. November
Symanzik, Horst, aus Maschen, Kreis Lyck, am 19. November
Zimmermann, Eleonore, geb. Pilz, aus Platen, Kreis Ebenrode, am 14. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Heydemann, Meta, geb. Wochnowski, aus Neidenburg, am 14. November
Köhler, Gertrud, geb. Kühn, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 20. November
Pick, Ruth, geb. Czypull, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 20. November
Wenzel, Hans-Günther, aus Lyck, Yorkplatz, am 17. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Haase, Bruno, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 15. November
Schulz, Hildegard, geb. Reichert, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 19. November
Volkman, Ella, geb. Rattay, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 20. November
Wolff, Inge, geb. Schirmacher, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bachmann, Gerda, geb. Hoffmann, aus Stehlau, Kreis Ebenrode, am 15. November
Berner, Irmgard, geb. Mogilowski, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 16. November
Blau, Brunhilde, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 15. November
Hömke, Reinhold, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 15. November
Kopp, Alfred, aus Wolfsdorf, Kreis Elchniederung, am 17. November
Neumann, Irma, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 14. November
Notter, Lucia Ursula, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 19. November
Pätzold, Erika, geb. Bartholomayzik, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 17. November
Rilka, Gertrud, geb. Brosowski, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. November
Siebert, Fritz, aus Schönfließ, Kreis Rastenburg, am 19. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Gayko, Irma, geb. Oberüber, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 15. November
Klossek, Erika, geb. Friedriszik, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, am 14. November
Kulschewski, Ernst, aus Königsvalde, Kreis Lyck, am 17. November
Paul, Ingeborg, geb. Hirschfeld, aus Seehausen, Kreis Ebenrode, am 20. November
Sarzio, Hildegard, geb. Lasl, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 20. November
Schlüter, Gerhard, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 18. November
Steinbach, Hildegard, geb. Janowski, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 17. November
Wissuwa, Irmgard, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 20. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Fröhlich, Günter, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 14. November
Hemke, Hannelore, geb. Marquardt, aus Saalfeld, Kreis Mohrunen, am 18. November
Lorra, Horst, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 20. November
Wiberny, Horst, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 18. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Block, Brigitte, geb. Czychon, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. November
Eichhorn, Christiane, geb. Gurrulat, aus Königsberg, am 16. November

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de



Der neue Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2026“ präsentiert die Schicksale hinter den Kunstwerken. Der Kalender mit Bildern wie diesem Aquarell von Walter Mamat: Der Kurenkahn, entstanden um 1949, kostet 25,50 Euro, einschließlich Portokosten, und kann bestellt werden bei: typeart satz&grafik GmbH, Südstrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 557378-0, per Telefax (0231) 557378-20 sowie per E-Mail: info@typeart-dortmund.de

Bild: Ostpreußisches Landesmuseum

Falk, Werner, aus Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 18. November
Goder, Hildegard, geb. Sarkowski, aus Lyck, am 15. November
Haedge, Hans-Albrecht, aus Wehlau, am 15. November
Meding, Karsten Hans, aus Milken, Kreis Lötzen, am 17. November
Olk, Edeltraud, geb. Abramzik, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 20. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Fuchs, Helmut, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 14. November
Krüger, Else, geb. Reuss, aus Ankern, Kreis Mohrunen, am 19. November
Milling, Marianne, geb. Peter, aus Wehlau, am 20. November
Niedermayer, Elli, geb. Naujoks, aus Lehmau, Kreis Ebenrode, am 14. November
Porschien, Brigitte, geb. Schwill, aus Mohrunen, am 20. November
Ritterswürden, Helga, geb. Barzik, aus Milken, Kreis Lötzen, am 18. November
Scheffler, Rütger, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 19. November
Schuhmacher, Gisela, geb. Schweiger, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 15. November

Tantow, Helga, geb. Serek, aus Rübzahl, Kreis Lötzen, am 16. November
Tobe, Hildegard, geb. Sandvoss, Kreis Wehlau, am 20. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Andreas, Hubert, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 19. November
Ballandies, Siegfried, aus Kastanen, Kreis Elchniederung, am 18. November
Boss, Lore, geb. Pajewski, aus Plöwkken, Kreis Treuburg, am 19. November
Knost, Ingrid, geb. Nikulka, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 15. November
Köhn, Herbert, aus Fischhausen, am 16. November
Priebe, Karin, geb. Pallacks, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 17. November
Sandner, Helga, geb. Saklowsky, aus Salza, Kreis Lötzen, am 15. November
Senteck, Anneliese, geb. Borowski, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 14. November
Ullisch, Manfred, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 17. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Holke, Wolfgang, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 20. November
Pongratz, Marita, geb. Paulowitz, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 14. November

IBAN-Abgleich bei Geldüberweisungen

Bitte beachten Sie, dass ab sofort **bei sämtlichen Zahlungen an die Preußische Allgemeine Zeitung** als Empfängername die **Landsmannschaft Ostpreußen e.V.** anzugeben ist.



Zusendungen für die Ausgabe 48/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 48/2025 (Erstverkaufstag 28. November) **bis spätestens Dienstag, den 18. November,** an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Trakehner Verband e.V.

Der 63. Trakehner Hengstmarkt findet vom 27. bis 30. November in den Holstenhallen Neumünster statt. Dieser Markt, der seine historischen Ursprünge in Insterburg und Königsberg hat, präsentiert in diesem Jahr nicht nur über 80 Pferde ostpreußischer Abstammung, sondern auch eine Ausstellung

unter dem Titel „Flucht der Pferde“. Schauplatz dieser Veranstaltung ist vom 27. bis zum 30. November die Holstenhalle der Stadt Neumünster, wo der Trakehner Hengstmarkt seit über 60 Jahren stattfindet. Damit kommt die Trakehner Zucht auch ihrer Aufgabe als Immaterielles Kulturerbe im Verzeichnis der UNESCO nach.

Die Sonderausstellung „Flucht der Pferde“ war in diesem Jahr im Kulturzentrum Ostpreußen des Schlosses Ellingen bei Weissenburg in Bayern zu sehen. Für die Tage in Neumünster wird sie etwas erweitert dank der Unterstützung des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg und des Deutschen Pferd museums in Verden.

Weitere Informationen, Kartenbestellung und Anmeldungen zur Ausstellungseröffnung, 27. November, 19 Uhr, sowie dem Trakehner Kamingsgespräch in den Holstenhallen, 27. November, 20 Uhr unter **www.trakehner-verband.de**, Auskünfte erhalten Interessierte unter Telefon (04321) 9072 0, oder per E-Mail: info@trakehner-verband.de.



BILD: TRAKEHNER VERBAND

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Baden-Württemberg

Vorsitzender: Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, Telefon (0178) 1744376, E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de

Preußische Tafelrunde

Pforzheim – Freitag, 28. November, 18 Uhr, Hotel Stadt Pforzheim Bären, Hauptstraße 70: 154. Preußische Tafelrunde mit Karl-Heinz Gast, der als Zeitzeuge von seiner Kindheit in Ostpreußen, Flucht, Vertreibung und dem Leben nach dem Krieg berichten wird. Serviert werden Preußische Kartoffelsuppe, Masurische Bratwurst mit Sauerkraut, und Rote Grütze als Nachspeise. Bitte melden Sie sich bis zum 26. November verbindlich an per E-Mail: kontakt@ostpreussen-bw.de oder per Brief: Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim oder unter Telefon (0178) 1744376. Gerne können Sie mit mehreren Personen kommen. Die Reservierung der Plätze wird erst gültig, wenn der Preis für das Essen (25,- Euro) auf das Konto der Landesgruppe überwiesen wurde: Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Baden-Württemberg, IBAN: DE81 6025 0010 0015 2068 44, Kreissparkasse Waiblingen. *Georg Müller*

Internet

Pforzheim – Auf der Internetseite der Landesgruppe Baden-Württemberg www.ostpreussen-bw.de finden Sie interessante Informationen über Ostpreußen und den Landesverband. Über diese Seite können Sie auch mit der Landesgruppe in Kontakt treten. Das geht natürlich auch per Brief: Dr. Georg Müller, 1. Landesvorsitzender, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, oder per E-Mail: kontakt@ostpreussen-bw.de

Brandenburg

Vorsitzender: Hans-Jörg Froese: Im Havelblick 29, 14089 Berlin, Telefon: (0151) 58705472, E-Mail: lo.lg.brandenburg@gmail.com **Internet:** <https://olglgbrandenburg.wordpress.com/>

Mitgliederversammlung

Berlin – Sonnabend, 22. November, 13 Uhr, Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Stresemannstraße 90: Führung durch das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung mit anschließender Mitgliederversammlung der LO-Landesgruppe Brandenburg.

13 Uhr, Eingangsbereich: Beginn der Führung durch die Aus-

stellung mit angefragtem Themenfokus Ostpreußen sowie Erläuterungen zum konzeptionellen Hintergrund des Dokumentationszentrums; 14.30 bis etwa 17.30 Uhr, Obergeschoss: Mitgliederversammlung der LO-Landesgruppe Brandenburg e.V. mit folgender vorläufiger Tagesordnung:

1. Begrüßung, Totenehrung;
2. Annahme der Tagesordnung;
3. Tätigkeitsbericht des Vorstands;
4. Bericht der Schatzmeisterin, Jahresrechnung 2024;
5. Bericht der Rechnungsprüferin für das Jahr 2024;
6. Aussprache;
7. Entlassung des Vorstands für 2024;
8. Vortrag zum Thema 500 Jahre Preußen „Vom Ordensstaat zum Herzogtum“;
9. Verschiedenes;
10. Gedankenaustausch bei Kaffee und Kuchen.

Anträge zur Tagesordnung der Mitgliederversammlung, Mitteilung über die Teilnahme oder die Nichtteilnahme sowie bei Nichtteilnahme die schriftliche Bevollmächtigung eines anderen Mitglieds gemäß Paragraph 9 Absatz 5 der Satzung, das Stimmrecht in der Mitgliederversammlung auszuüben, sind bis zum 17. November dem Vorstand zu übersenden.

Interessierte Nichtmitglieder können nach Anmeldung an der Veranstaltung teilnehmen. Nach der Mitgliederversammlung kann die Ausstellung des Dokumentationszentrums individuell besichtigt werden. Für Gäste auch nach Teilen der Veranstaltung. *Hans-Jörg Froese*



Das Kleinkind zeigt den Künstler selbst in der Erinnerung seiner Mutter: Zeichnung des Bremer Bildhauers Bernd Altenstein *Bild: H. Lohmann*

heit bringen. Der Ort des Geschehens, offenbar das Dorf Rautenberg im Kreis Tilsit-Ragnit, ist unsicher geworden. 1944 ist hier das Leben bedroht. Ein tieffliegendes Flugzeug und ein Grab zeigen es an. Die Beisetzung kann noch nicht lange zurückliegen. Auch für die Mutter ist offenbar noch Platz im Wehrmachtsauto.

Der Künstler, der diese Zeichnung im Juni 2025 zu Papier gebracht hat, ist der Bremer Bildhauer Bernd Altenstein. Er ist am 29. April 1943 in Schloßberg, Ostpreußen geboren und seit 35 Jahren Mitglied der Bremer Landesgruppe der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen (LOW).

Als die Landesgruppe anfragte, ob es ihm möglich sei, seine persönliche Verbundenheit zu seiner Geburtsheimat künstlerisch zum Ausdruck zu bringen, sagte er sofort zu. Nach langer Zeit teilte Altenstein mit, dass es ihm schwer falle, das Werk zu vollenden.

Schließlich erhielt die Landesgruppe diese Zeichnung „Rautenberg 1944“ mit dem Hinweis: „Die Zeichnung ist klein und grau. Damit kann ich mein Denken fokussieren auf den Moment der Flucht. So hat es meine Mutter geschildert: Das Haus, das Kreuz auf dem Grab, der russische Flieger und die Wehrmachtssoldaten, die uns auf ihrer Flucht nach Westen mitnahmen...“

Der Vorsitzende der LOW führte im Juni 1989 mit Bernd Altenstein ein Gespräch, in dem der Künstler erzählte, dass er gerne ein Ostpreuße geworden wäre. Seine Vorfahren seien dort nicht ansässig gewesen. Sie stammten „aus dem Reich“. Sein Vater, Friedrich Altenstein, wollte aber nach dem Studium der Veterinärmedizin Tierarzt in Ostpreußen sein und habe sich daher freiwillig auf eine vakante Stelle im Kreis Tilsit-Ragnit beworben. Altenstein konnte sich mit der Begeisterung seines Vaters für Ostpreußen identifizieren. Alles, was ihm zu den Menschen und Bräuchen dort erzählt worden sei, habe ihm gefallen.

Über seinen Weg zur Kunst berichtete er: „Vor der Schulzeit begann ich bereits zu modellieren und zu zeichnen. Tiere waren mein Thema und Tierarzt wollte ich auch werden. 13 Tierärzte gab es in der Familie. Bis zum Abitur hatte sich die romantische Seite dieses Berufsbildes durch Realitäten überdeckt. Bildhauerei war wichtiger geworden und füllte meine freie Zeit. An der Stuttgarter Akademie wurde ich von Rudolf Daudert angenommen. Daudert machte in der ganzen Zeit ganz offene Tonfiguren und Wachsskulpturen, die mich sehr anregten und meine Steinbildhauererfahrungen überlagerten.“

Die großzügige Bereitschaft Bernd Altensteins, für die Bremer Ost- und Westpreußen die vorstehende Zeichnung zum Kriegsende 1945 anzufertigen und großzügig zu schenken, reiht sich ein in seine jahrelange Zugänglichkeit für die LOW, wenn sich dafür Anlässe ergaben. *Heinrich Lohmann*

Hessen

Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Auf Spurensuche

Wetzlar – Dienstag, 18. November, 11.15 Uhr, Gaststätte Taverna Boddenfeld bei den Tennisplätzen, Boddenfeld 1: Königsberg heute und gestern. So lautet der Titel eines Vortrags, den der Wetzlarer Wolfgang Warnat beim Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Wetzlar, halten wird. Der Eintritt zu dem Vortrag ist frei. *Kuno Kutz*

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis
Telefon (040) 41400842

Mitgliederversammlung

Wiesbaden – Sonnabend, 15. November, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappen-Saal, Friedrichstraße 35: Mitgliederversammlung mit Wahl des Vorstandes und der Kassensprüfer. Zu dieser wichtigen Mitgliederversammlung mit umseitiger Tagesordnung, bei der auch eine Satzungsänderung beschlossen

Fortsetzung auf Seite 16



Internetauftritt der Landesgruppe Baden-Württemberg: www.ostpreussen-bw.de *Bild: Screenshot*

Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

„Rautenberg 1944“

Bremen – Zwei Wehrmachtssoldaten, denen ein Kleinkind zugehört wird, damit sie es in Sicher-

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-09-C



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

werden soll, sind alle Mitglieder unserer Landsmannschaft eingeladen. Eine hohe Besucherzahl wäre dieser wichtigen Veranstaltung angemessen. Vor dem offiziellen Teil haben wir eine gemeinsame Kaffeetafel.

Geistlichem Wort und weiteren Programmpunkten besteht die Möglichkeit, an einem gemeinsamen gemütlichen Kaffeetrinken mit Austausch teilzunehmen.



Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616



Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Gedenkstunde

Bielefeld – Sonntag, 16. November, 14 Uhr, Bielefelder Sennefriedhof: Gedenkstunde der Ost- und Westpreußen zum Volkstrauertag am Vertriebenenkreuz. Interessierte sind ebenfalls herzlich eingeladen. Nach der Veranstaltung mit musikalischem Rahmenprogramm,

Quiz op Platt

Dresden – Dienstag, 18. November, 13 Uhr, Büro, Großhainer Straße 96: Heimatliches Quiz in Platt und Bastelarbeiten. *Edith Wellnitz*

Heimatliche Weihnacht

Zwickau – Mittwoch, 3. Dezember, 15 bis 17 Uhr, Hölderlinstraße 1: Heimatliche Weihnacht.



Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg – Sonntag, 16. November, 11.30 Uhr, Kapelle, Am Friedenshügel 24: Volkstrauertag.



Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-gerdauen.de, Internet: www.kreis-gerdauen.de

Hauptkreistreffen

Bad Nenndorf – Auch in diesem Jahr war der Kurort Schauplatz des Gerdauer Hauptkreistreffens, zu dem sich am 4. und 5. Oktober etwa 30 Teilnehmer im Hotel Esplanade am Kurpark einfanden. Bereits am Freitag trafen die ersten Landsleute ein und verbrachten den Abend bei interessanten Gesprächen und einem kulinarischen Ausflug in die Speisekarte, die sogar Königsberger Klopse bot.

Der Sonnabend stand zunächst im Zeichen der Kreistagssitzung, zu der Kreisvertreter Walter Mogk nicht nur die gewählten Kirchspielvertreter, sondern auch interessierte Mitglieder begrüßte, die sich über die Arbeit der Heimatkreisgemeinschaft informieren konnten. Nach dem Mittagessen war genügend Zeit zum Wiedersehen mit alten Bekannten, dem Stöbern am aufgebauten Büchertisch oder einem kleinen Spaziergang durch den Kurpark, in dem die Vorbereitungen auf die Landesgartenschau im nächsten Jahr bereits deutliche Spuren hinterlassen haben.

Am Nachmittag gingen die Besucher auf eine Bilderreise durch den Kreis Gerdauen. Mogk präsentierte eine Auswahl von aktuellen Aufnahmen aus den Orten des Heimatkreises. Schwerpunkt der Bil-

derreise war die Kreisstadt Gerdauen, die sich in den vergangenen Jahren sehr positiv gewandelt hat. Die gezeigten Bilder dokumentierten die erfolgten und laufenden Restaurierungsarbeiten an verschiedenen historischen Gebäuden. Luftaufnahmen zeigten die deutlichen Veränderungen im Stadtbild Gerdauens.

Aber auch aktuelle Fotos aus den Orten im nördlichen und südlichen Kreisteil wurden gezeigt. Dabei waren Licht und Schatten zu sehen. Zum einen werden Straßen und Gebäude wie die ehemaligen Gasthäuser in Löwenstein [Lwo-wiec] und Assaunen [Asuny] erneuert, zum anderen rotten Ruinen erstmals stolzer Schlösser wie der in Willkamm [Wielewo] und Sillginen [Silginy], die sich in Privatbesitz befinden, vor sich hin und werden vermutlich in wenigen Jahren ganz verschwunden sein. Auch die durch einen Brand stark beschädigte Mühle in Groß Gnie [Gusewo], die Kirchenruinen in Friedenberga [Dworkino] und Muldszen [Mulden/Perewalowo], das Gotteshaus in Klein Gnie [Mossyr] – das jetzt als Turnhalle der Schule dient –, die zu einem Eventort für Abenteuerlustige umgestaltete Kanalschleuse in Georgenfelde [Oserki] und der ausgebaute Wasserturm in Nordenburg [Krylowo] waren zu sehen. Der Sonnabend klang schließlich mit einem gemeinsamen Abendessen und einem gemütlichen Beisammensein in großer Runde aus, bei dem viel geschabbert und gelacht wurde.

Erstmals waren in diesem Jahr zwei Mitglieder der Familienforschungsgruppe GIRDawe beim Treffen mit dabei, um über For-

schungsmöglichkeiten zu informieren und Auskünfte aus der Datenbank zu geben. Dr. Cora-Constanze Sommerey und Manuela Perner bauten auch eine kleine Technikstation auf, an der mitgebrachte Dokumente, Familienunterlagen und Urkunden für das Forschungsprojekt eingescannt werden konnten.

Am Sonntag stand die kleine Feierstunde im Mittelpunkt, zu der sich die Besucher im Vortragsraum versammelten. Der Kreisvertreter berichtete über die Arbeit der Heimatkreisgemeinschaft und der Stiftung Kreis Gerdauen und wies darauf hin, dass die seit 77 Jahren jährlich veranstalteten Hauptkreistreffen heute zwar nur noch im kleinen Kreis stattfinden, ihren Sinn aber nicht verloren haben: Gelegenheit zum Wiedersehen von Landsleuten aus dem Kreis Gerdauen und Informations- und Anlaufpunkt für alle, die sich für den Kreis interessieren und denen die Heimat ihrer Vorfahren am Herzen liegt.

Hannelore Meyer ließ in ihrem Vortrag Sybille Ringleb aus Lonschken zu Wort kommen, die in dem von ihrer Mutter Brigitte Gaden, geb. Thimm, verfassten Buch „Leberblümchenzeit“ über die Eindrücke beim ersten Besuch 1991 in der Heimat und der verzweifelten Suche nach den Resten des einstigen Zuhauses berichtet.

Das Geistliche Wort zur Feierstunde übernahm Pastorin Regine Ellmer, die den Mitgliedern der Kreisgemeinschaft Gerdauern gut bekannt ist. Sie erinnerte beim traditionellen Totengedenken stellvertretend für alle seit dem letzten Treffen Verstorbenen an Marianne Hansen, Brigitte Prang und Dieter Masuhr.

Das nächste Treffen ist für das Wochenende 3. und 4. Oktober 2026 in Bad Nenndorf geplant.



Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Geschäftsstelle: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

Treffen der Memelländer

Düsseldorf – Sonnabend, 29. November, 13 Uhr, Beginn um 14 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus, 4. Etage – Aufzug vorhanden –, Raum 412, Bismarckstraße 90: Einstimmung auf die Weihnachtszeit mit Kaffee, Kuchen und kalten Getränken. Für die Vorbestellung beim Catering bitte anmelden unter Telefon (02452) 62492 oder schriftlich an Karin Gogolka, Rurstraße 14, 52525 Heinsberg. *Karin Gogolka*
Mannheim – Donnerstag, 27. November, 12.30 Uhr, Bürgerhaus (Pflug), Unterdorfstraße 2, Heddesheim: Treffen zum Jahresende mit Mittagsimbiss, Vorträgen und Berichten, Kaffee und Kuchen.

Übergabe des AdM Archivs

Die AdM hat sich seit deren Gründung 1948 bemüht, materielles und geistiges Vermögen, das die Besitzer trotz Flucht und Vertreibung über Zeit und Raum und unter schwierigsten Umständen retten

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.

Rätsel

erquicken, erfrischen	Rheinfelsen; Rheinix	das Ich (lateinisch)	Hausplan	Zitrusfrucht	starke Kriegsflotte	Greifvogel	silberfarbenes Hartmetall	Ballade von Bürger	Befehl; Auftrag	kundtun, aussprechen	Bedeutung, Geltung	Kirchenlied	Märchen-, Sagen-gestalt
Nordafrikaner					blass, bleich				Vergeltung übender Mensch				
Wasserfahrzeug			Zierbaum	Abk.: Med. Fachangestellter		Schiffseigner					amerik.-engl. Dichter (T.S.)	scherzhaft; Flasche	
		schweiz. Ferienort in Graubünden			span. Provinz und Stadt				Muse der lyrischen Poesie				
germanischer Wurfspiel				in Geldscheinen oder Münzen	Kanton der Schweiz	Stadt im westl. Ruhrgebiet				Ungeziefer, Parasit			
englischer Physiker (Isaac)	Staubbesen	Ackergränze	bewirtschafteten Kultivieren			vorlautes Kind		Honigwein	Ruhe, Schweigen				
französisch: danke			höchste Spielkarte	starker Nähfaden	Lebenshauch			ital. Barockmaler (Guido)	Europ. Weltraumorganisation (Abk.)	Modell, Bauart		Klosterfrau	
		eitler Selbstbewunderer				Retter, Helfer (Kurzwort)	aus einer Gefahr befreien						
span. Maler (Francisco)	Sichler		Gleitmittel (Wintersportgeräte)	geistliches Lied (USA)	zum einen, zunächst einmal	Fremdwortteil; neu (griech.)	unbedarft	Frauen-gestalt im „Freischütz“	das Hochgebirge betref-fend	Futter- und Zierpflanze		Staat in Nahost	
griechischer Hirten-gott		saure Flüssigkeit zum Würzen											
3. Ableger				Kopfschmuck des Herrschers		festgelegter Zeitpunkt			Zeit-, Tätigkeitswort	chemisches Zeichen für Zinn			
Magisch: 1. Schwabe, 2. Zweifel, Zeitung								Kirchengalerie					
5. Schwung, 6. Schniken, 7. Joghurt – Mittelworträtsel: 1. Fahrzeug, fachgebunden, parteiisch				gekünstelte Haltung, Gebärde		poetisch: Adler			Lochvorstecher, Pflanz	Trinkgefäß	eine Zahl		
T A U S C H R A N G					demokratische Amtsenthebung	eine Farbe		sich ängstigen, sorgen					
Schüttelrätsel:								australischer Laufvogel	aufgeweckt, geschickt				
So ist's richtig:						nur geistig vorhanden				Bienen-züchter	hoch achten		
Kfz-Zeichen Cham						vordringlich		Schwermetall					
ein Südslawe				Fluss zur Drau	Senke im Gelände	englisch: alt	schnelle Fortbewegungsart		Tonne, Hohlgefäß	Abschiedsgruß	englisches Bier		
Verfahrenslehre								Hauptstadt der Türkei					
deutsche Skiläuferin (Martina)				Universum			Fahrt-richtung eines Schiffes		kostbar, menschlich vornehm				
					Haarknoten			akustisches Alarmgerät					

Schüttelrätsel

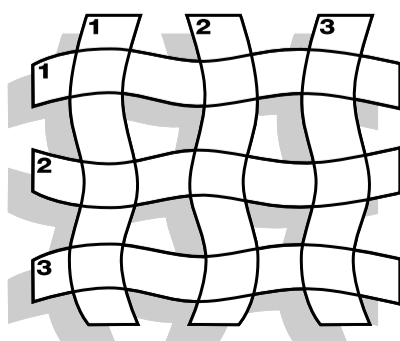
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ACHS	ADER	IOU	OPST	AHIR	BGIOR	AMNU	ABEN
					ANR		
DIP			AAMOR				
EFRT	IOP				BBU		
			EINRU				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung eine Bezeichnung für ein Tageblatt.

1	LUFT					BRIEF
2	ZEBRA					MUSTER
3	DORF					RAT
4	EXPORT					SERIE
5	AUF					BEIN
6	ROH					WURST
7	SAHNE					KULTUR



Magisch

Schreiben Sie wagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 ein Süddeutscher
- 2 Unsicherheit, Skepsis
- 3 Pflanzenteil zur Vermehrung

Heimatkreisgemeinschaften

und bewahren konnten, zu sammeln und aufzubewahren.

Hieraus entstand das Archiv der AdM, das im Laufe von 63 Jahren mehrmals den Standort und somit auch die Betreuer wechselte.

Bereits 1945 hat die Gründerin der AdM, Erika Janzen-Rock, begonnen, Anschriften der Memelländer zu sammeln und damit den Grundstock für die Kartei mit den Personendaten aus allen Ortschaften des Memellandes zu legen. Von Hamburg ging das Archiv nach Flensburg, Hildesheim, Mainz, Cloppenburg und Oldenburg bis es am 5. Oktober 2011 mit einem vom damaligen Direktor Siksnelis unterzeichneten Vertrag der Bibliothek als Dauerleihgabe übergeben wurde.

Vorausgegangen war im Dezember 2010 ein Besuch des Vorsitzenden der AdM und seiner Stellvertreterin Karin Gogolka beim damaligen Bürgermeister Taraskevicius, der ihnen den Kontakt zur Simonaites Bibliothek vermittelte. Es war die richtige Entscheidung, das Archiv im Jahr 2011 nach Memel zu verlegen, was die Besucherzahlen belegen. Der Dank gilt allen Mitarbeiterinnen für die hervorragende Arbeit, die unter anderem der Aufarbeitung der Geschichte beiträgt.

Die diesjährige Feier zum 75-jährigen Jubiläum der Simonaites Bibliothek war der richtige Zeitpunkt, den Beschluss des Vertretertags der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise vom 12. August umzusetzen und die Dauerleihgabe des AdM-Archivs am 1. Oktober der Bibliothek als Schenkung zu übergeben. *Uwe Jurgsties*

 Mohrungen

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079, E-Mail: tkacz@alice-dsl.net; **Stellv. Kreisvertreterin:** Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 6245467, E-Mail: luise.woelk@web.de; **Schatzmeisterin:** Ute Strößner, Schloßacker 2, 95182 Döhlau, E-Mail: ute.stroessner@t-online.de; **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon /02234) 498365, E-Mail: nc-sommerho@netcologne.de

Heimatkreistreffen

Bad Nenndorf – Auch im Jahr 2025 lud die Kreisgemeinschaft Mohrungen e. V. wieder zu einem Heimatkreistreffen ein. Am 13. und 14. September bot das Grandhotel Espla-

nade in Bad Nenndorf die Räumlichkeiten, in denen die Mohrungen zu einem frohen Wiedersehen versammelt waren: Menschen, die noch im Kreis Mohrungen geboren sind, Nachfahren der Geflüchteten und Vertriebenen und ebenso Freundinnen und Freude der Kreisgemeinschaft. Aus der Heimat selbst waren zwei Mitglieder von der Gesellschaft der deutschen Minderheit „Herder“ angereist.

Der erste Tag begann mit der Sitzung des Kreisausschusses. Am Nachmittag fand die öffentliche Sitzung des Kreistages statt. Eine große Veränderung für den Verein hatte der Tod von Schatzmeister Frank Panke mit sich gebracht. Seiner wurde mit einer Schweigeminute ehrend gedacht. Der Kreistag wählte anschließend Ute Strößner zur neuen Schatzmeisterin und Monika Sternemann zu ihrer Stellvertreterin.

Ein wichtiges Thema der Kreistagsitzung war die Zukunft des Archivs der Kreisgemeinschaft in Gießen, in dem unter anderen die einzigartigen Dokumentationen der Ortschaften im Kreis Mohrungen aufbewahrt werden. Bereits im Vorjahr hatte die Stadt Gießen, seit 1954 Patenstadt der Mohrungen, dem Vorstand der Kreisgemeinschaft eine interessante Option angeboten: Es sei möglich, das Archiv der Kreisgemeinschaft in das Giessener Stadtarchiv aufzunehmen. Damit wäre eine dauerhafte und sichere Aufbewahrung der Archivalien gewährleistet und sie wären zu den Öffnungszeiten des Archivs für jedermann zugänglich. Eine Digitalisierung wäre denkbar. Der Kreistag fasste den Beschluss, das Angebot der Stadt Gießen anzunehmen, und der Vorstand wurde beauftragt, an der Umsetzung dieser Option zu arbeiten.

Nach einer Mittagspause stand eine Filmvorführung über das alte Ostpreußen auf dem Programm, die Heinz Fedowitz vorbereitet hatte. Seinen krönenden Abschluss fand der erste Tag des Treffens in einem bunten Abend im Restaurant L'Orangerie. Bis in die Nacht wurde plachandert und getanzt.

Am Sonntagvormittag begrüßte die Kreisvertreterin die Gäste zur Feierstunde im festlichen Rosensaal des Hotels. Das schriftliche Grußwort des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, wurde verlesen; ein persönlicher Gruß kam vom stellvertretenden Vorsitzenden der Gesellschaft „Herder“ der deutschen Minderheit, Waldemar Mańka. Er konnte die erfreuliche Nachricht überbringen, dass ein lang gehegter Wunsch der Kreisgemeinschaft kurz vor der Umsetzung stehe, nämlich die Anbrin-

gung einer deutschsprachigen Tafel am Ort des Geburtshauses von Johann Gottfried Herder in Mohrungen. Bislang existiert eine solche Tafel ausschließlich in polnischer Sprache.

Pastor i. R. Gerd E. Friede Kola-kowski sprach ein Geistliches Wort und lud zum Totengedenken ein. Die Festrede unter der Überschrift „80 Jahre nach Flucht übers Haff“ hielt der gebürtige Liebstädter Horst Sommerfeld. Er rief eine wunderschöne Kindheit in der ostpreußischen Heimat in Erinnerung und ebenso die Schrecken und Todesgefahren der Flucht in den deutschen Westen, die er als Kind gemeinsam mit seinen Eltern glücklich überstand. Sommerfeld bedauerte, dass Vertriebene und Flüchtlinge später zu häufig über ihr schweres Schicksal geschwiegen hätten. Der schmerzliche Verlust der Heimat sei die Folge eines verbrecherischen Regimes gewesen, von dem die Generation seiner Eltern sich habe verführen lassen. Vor diesem Hintergrund forderte Sommerfeld die Erlebnisgeneration auf: „Wir, die Wissenden, sollten warnen vor der Gefahr der Wiederholung der Geschichtsergebnisse in unserem Volk.“

Sommerfeld erhielt nicht nur großen Beifall für seine bewegende Rede, sondern konnte an dieser Stelle auch die Ehrenzeichen in Silber sowohl der Kreisgemeinschaft als auch der Landsmannschaft Ostpreußen in Empfang nehmen, die die Kreisvertreterin ihm überreichte. Im Jahr 2013 war Sommerfeld in den Kreistag gewählt worden und führt seitdem mit Sorgfalt und Beharrlichkeit die Geschäftsstelle des Vereins.

Nach dem Mittagessen fand noch die satzungsgemäße Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. statt. Mit einem gemütlichen Kaffeetrinken klang das diesjährige Heimattreffen aus. *Ingrid Tkacz*

 Osterode

Kreisvertreter: Jürgen Ehmann, Stenweilerstraße 35, 66564 Ottweiler, Telefon (06824) 302259, E-Mail: juergenehmann-kgoev@web.de, **Gst.:** Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870, E-Mail: kgoev@web.de, Sprechstunde: Do. 14 bis 17 Uhr

Geschäftsstelle

Osterode am Harz – Die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e.V. ist bis auf Weiteres nur per E-Mail: kgoev@web.de zu erreichen.



Wie immer war das Treffen eine bunte Mischung aus Vereinsarbeit, Geselligkeit und ernstem wie feierlichem Gedenken: Heimatkreistreffen der Kreisgemeinschaft Mohrungen in Bad Nenndorf *Bild: Ingrid Tkacz*



Ein schöner Brauch.

Weihnachtsgrüße mit einer Anzeige.

24.11. Annahmenschluss!

Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

- Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von **20,-€** (inkl. 19% Mwst.)
- Große Grußanzeige zum Sonderpreis von **30,-€** (inkl. 19% Mwst.)

Kleine Grußanzeige		Große Grußanzeige

Ihr Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)
 Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
 E-Mail: anzeigen@paz.de
 Fax an: 040/41 40 08 50

EINE SAGENHAFTE ENTSTEHUNGSGESCHICHTE

Zwölf Söhne als Gründungsväter Preußens

Der 116 Jahre alte erste Prussenkönig Widewuto vererbte seinen Nachkommen die umliegenden Ländereien seines Reiches

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das Volk der Prußen, also quasi die Ureinwohner Ostpreußens, bestand aus einer Reihe von Stämmen, über deren Ursprung nur wenige und dazu auch noch eher unzuverlässige Quellen berichten. Insofern ist zu vermuten, dass die nachfolgend beschriebene Überlieferung viele Elemente enthält, die wohl eher der Phantasie als der Realität entspringen sind – doch eine andere gibt es nicht.

Sprechen wir also von einer Sage. Und nach der drangen die beiden Brüder Brutenos und Widewuto mit ihren Leuten in den Wirren der Völkerwanderung von Skandinavien aus bis ans Frische Haff vor. Dort unterwarfen sie die dort lebenden Ulmigerier. Im Jahre 521 soll Brutenos dann zum Oberpriester aufgestiegen sein, während der weniger spirituell veranlagte Widewuto zum König gewählt wurde. 573 wiederum, als Widewuto angeblich 116 Jahre alt war, und Brutenos sogar das 132. Lebensjahr erreicht hatte, beschloss die beiden weisen Greise schließlich, das umliegende Land unter Widewutos zwölf Söhnen aufzuteilen.

Wie es heißt, riefen sie zuerst den ältesten männlichen Nachkommen namens Litwo herbei, der das spätere Litauen erhielt. Der zweite Sohn, Samo, bekam hingegen die Halbinsel zwischen dem Kurischen und dem Frischen Haff übertragen, die heute als Samland bekannt ist. Samo und dessen Leute hatten der Überlieferung zufolge eine „andächtige Lebensweise“ und „wählten einen besonderen Eichwald aus, in dem sie einen Haufen Schlangen zu Ehren ihrer Götter unterhielten“.

Der drittälteste Sohn, Sudo, gelangte in den Besitz der Gebiete im Südosten bis zur Memel, also des Landes Sudauen. Die Sudauer galten als „lustig Volk, das seine größte Freude im Trinken hat“, sowie als überheblich. Sie „däuchten sich alle Edellinge“, weil ihnen der alleinige Sieg über



Die Flagge von Widewuto, der selbst in der Mitte zu sehen ist und sein Bruder, der Oberpriester Brutenos, rechts abgebildet ist. Die Person links ist nicht klar zuordbar
Bild: mauritius images/The History Collection/Alamy

einen mächtigen König irgendwo jenseits der Memel gelungen sei.

Faul und träge

Widewutos Sohn Nummer Vier namens Nadro durfte mitsamt seiner Gefolgschaft fortan in Nadrauen am oberen Pregel residieren. Parallel dazu entwickelte sich die Region Schalauen nordöstlich von Nadrauen zur Heimat von Nadros nächstjüngeren Bruder Scalawo und dessen Anhängerschar. Über die Schalauer sagt die Legende indes, sie seien „von Anbeginn gewesen ein unlustiges Volk und ungetreu und fanden ihre größte Seligkeit im Schlafen, so dass die Trägheit im ganzen Land zum Sprichwort ward“.

Der als Sechster geborene Natango erhielt Natangen zwischen Pregel, Alle und dem Frischen Haff. Seinem Sohn Lucygo wurden der Überlieferung nach die Burg Noyto und der Fluss Crono übertragen, „denn er war ein Mann, dem Fischerei lieb war. Dieser fand auch zuerst den Bernstein.“ Widewutos siebter Erbe Barto wiederum konnte sich über den Besitz von Barten in der ungefähren Mitte des preußischen Siedlungsgebietes im Raum von der Alle bis zu den Masurischen Seen freuen. Und der achte Sohn Galindo lebte fortan ebenfalls im späteren Masurien, wobei ein Teilstück davon, das ihm zugeeignet wurde, Galinden hieß. Merkwürdig ist allerdings, dass die Galinder bereits

etwa im 150 n. Chr. entstandenen Atlas „Geographike Hyphegesis“ des griechischen Geographen Claudius Ptolemäus auftauchten, wobei auch die räumliche Positionierung ihres Siedlungsgebietes korrekt ausfiel. Jedenfalls zettelten die Galinder späteren Quellen zufolge viele Kriege mit ihren Nachbarn an.

Zu Ehren der Gattin

Warmo, der als neunter Sohn des Widewuto geboren worden war, soll der Sage nach das Gebiet an der Nawa (also dem Mariensee) und der Bassora (Passarge) erhalten haben. Die alten Chroniken schreiben dazu: „Von ihm ward das Land lateinisch Warmia genannt, zu deutsch

aber heißt es Ermeland von seiner Gattin Ermia“, was also eine Huldigung seiner wertigen Gattin darstellt. Als Sohn Nummer Zehn wurde Hoggos der Herr über Pogesanien, das sich vom heutigen Elbing entlang der Passarge nach Südosten zieht. Bei der Namensgebung dieses Stammesgebietes stand wohl ebenfalls eine Frau Pate – wahrscheinlich Hoggos Tochter Poggezana. Den elften Sohn Widewutos, der Pomeso hieß, verschlug es in das Gebiet von Nogat und Weichsel. Als Herrscher von Pomesanien errichtete er „keine Burg, die ihm zur Wohnung diente, sondern wo es ihm am besten gefiel, da wohnte er unter einem Gezelte. Er hatte sehr viele Kinder, die alle wie der Vater Riesen und Könige waren.“

Selbst zu Göttern gemacht

Und Chelmo, dem jüngsten und letzten der männlichen Abkömmlinge des Urvaters aller Prußen, wurde der Besitz jenes Landes übertragen, das später Kulmer Land hieß und südlich von Pomesanien lag. Das war von einem dichten Waldgürtel umgeben, was aber wiederum kein Hindernis für die Prußen darstellte, die hier ansässigen slawischen Ureinwohner erst zu unterwerfen und dann zu vertreiben, um dann ihrerseits ab dem Jahr 1230 unter die Herrschaft des Deutschen Ordens zu geraten.

Dass diese Überlieferung zahlreiche mythische, phantasievolle Elemente enthält, beweist die Aussage, Widewuto und Brutenos hätten sich nach der Aufteilung ihres Herrschaftsgebietes selbst geopfert und dadurch zu Göttern der Prußen gemacht. In dieser Eigenschaft trug Brutenos fortan den Namen Wurschayto (Ältester), während Widewuto Szwaybrotto (Sein Bruder) hieß. Gleichzeitig gilt Brutenos, dem als Oberpriester unter anderem Männer wie Mexumo, Napelles und Thywayto nachfolgten, als Namensgeber aller Prußen, weil die zunächst auch als „Bruteni“ bekannt waren.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Betet für euren Vater und denkt nicht an Rache

Im Riesen- und Isergebirge enthüllt sich die Geschichte der Förster

Wanderer, die den grünen Wanderweg vom niederschlesischen Bad Flinsberg [Świeradów-Zdrój] zum Großen Geierstein [Sępia Góra] im Isergebirge [Góry Izerskie] einschlagen und an der zweiten Weggabelung nach links abbiegen, finden an diesem Weg drei Steine. Diese erinnern an einen mysteriösen Mord vom neunten Februar 1839. Der Blogger Robert Kotecki beschreibt auf seiner Internetseite „KarbonatGo“ diese Geschichte: „Drei Männer stapften durch den tiefen Schnee, weil sie Waldtiere mit Futter versorgen und das Revier patrouillieren wollten. Es waren die Revierjäger Christ und Hirt sowie ein Praktikant namens Frey. Dabei stießen sie auf frische menschliche Spuren und vermuteten, dass diese von einem Wilderer stammen könnten. Sie betraten den Jungwald und fanden tatsächlich einen Wilderer.“ Die Geschichte ging für die beiden Jäger nicht gut aus, denn der bewaffnete Wilderer schoss ohne Vorwarnung in Richtung der Männer. Praktikant Frey konnte fliehen, holte Hilfe, doch für Hirt und Christ kam diese zu spät.

Die Schlesischen Provinzblätter aus dem 19. Jahrhundert vermerken gleich mehrere ungeklärte Morde an Förstern und Jägern im Riesen- und Isergebirge,

wo die meisten Diener eines adeligen Guts oder Forstamts waren. Im Königreich Preußen waren sie Beamte im niederen bis mittleren Dienst. Sie trugen Uniform, führten Waffen und hatten Ordnungs- und Polizeigewalt im Revier.

Ein Oberförster gehörte häufig zur gebildeten Mittelschicht und sein Ansehen war mit dem eines Lehrers, Pfarrers oder Beamten vergleichbar. Dennoch kam es vermehrt zu Gewalt gegen sie, so die Historikerin und Archivarin Karolina Rybicka: „Wilderei war oft ein Mundraubdelikt armer Landbevölkerung. Das machte den Beruf des Försters riskant. Sie galten oft als Helden in Grün, die ihr Leben für Ordnung und Eigentum riskierten.“

Nach seinem täglichen Rundgang in den Wäldern um Bad Flinsberg begab sich Förster Johann Ulbricht am 29. Juli 1802 in Richtung seiner Waldhütte. „Seit Tagen hatten Wilderer viel Schaden angerichtet. Ulbricht wollte in der Hütte übernachten“, berichtet Rybicka. Er überraschte am Morgen des 30. Juli 1802 zwei Wilderer, die einen Hirsch ausweideten. Aber diese überwältigten den Jäger und erstachen ihn. Die Mörder wurden nie gefasst.

Am 17. September 1838 wurde Christian Gottfried Maywald aus Kiesewald



Berichten über die unheimlichen, unaufgeklärten Jägermorde im 19. Jahrhundert: Karolina Rybicka und Michał A. Pieczka
Bild: Wagner

[Michałowice] im Kreis Hirschberg [Jelenia Góra] während seines Rundgangs mit der eigenen Waffe angeschossen und verstarb an den Schussverletzungen. Am Tatort erinnert ein Stein an den Förster.

Rybicka fand daneben eine makabre Schicksalsverbindung zum Praktikanten Frey, der 1839 in Flinsberg mit dem Leben davonkam: „Frey ist der Vater von einem weiteren Opfer, nämlich Wilhelm Frey.

Dieser wurde am 21. Juli 1877 ebenfalls durch einen Wilderer ermordet. Er lebte in Wolfshau [Wilcza Poręba], heute Stadtteil von Krümmhübel [Karpacz]“, berichtet sie. Wilhelm Freys Geschichte sei besonders tragisch, da er am 21. Juli zwischen 19 und 20 Uhr bereits im Sterben einen Eintrag im Notizbuch machte, der lautet: „Wenn ich sterben sollte, ehe ich gefunden werde, so wisse man, dass ich

von einem Wilddiebe geschossen bin; der war ganz nahe mit Doppelflinte, verummt und mit falschem Bart. Mein gutes, liebes Weib, meine lieben Kinder, werdet gute Menschen, betet für mich. Gott in deine Hände befehle ich meine Seele, erlöse mich. Ich schreie so sehr und kein Mensch hört mich. O Kinder, betet für euren Vater und denkt nicht an Rache. Gott vergebe meinem Mörder; meine Leiden sind groß. Frey.“

Er war Leibjäger des Grafen Leopold Schaffgotsch und seit kurzer Zeit aus Boberröhrsdorf [Siedlęcín] nach Wolfshau als Förster versetzt worden. Er hinterließ eine Frau und fünf unmündige Kinder. Unweit seiner Försterei erinnert eine Gedenktafel an den Mord. Diesem folgten weitere ungeklärte Taten. Am 6. November 1890 wurde Carl Robert Weniger aus Hartenberg (Górzyniec) erschossen, ein Jahr darauf, am 12. Juli 1891, ließ Johann Klammt aus Rabishau (Rębiszów) im Dienst sein Leben.

Auch wenn die Förstermorde bis heute nicht aufgedeckt sind, so bleibt wenigstens die in Stein gemeißelte Erinnerung an die Opfer. Dank Rybicka schließt sich eine neue Lücke in der schlesischen Alltagsgeschichte.
Chris W. Wagner

HISTORIE UND GEGENWART

Fast vergessene Stadt an der Oder

Kirchen und Türme der alten pommerschen Grenzfeste Gartz erzählen ihre spannende Geschichte

VON TORSTEN SEEGERT

Gartz liegt 30 Kilometer südlich von Stettin, leider ist sie etwas aus dem Blickpunkt geraten. Einst stolze pommersche Stadt der Hanse, hat sie nach 1945 die Folgen der territorialen Zerrissenheit Pommerns schmerzhaft zu spüren bekommen. Die DDR teilte Vorpommern gleich drei Mal: Ein Teil kam zum Bezirk Rostock, einer zum Bezirk Neubrandenburg und der südlichste Zipfel mit Gartz zum Bezirk Frankfurt/Oder. Und heute?

Während Teile Mecklenburgs bei Ribnitz dem Großkreis Vorpommern-Rügen zugeschlagen wurden, Teile der Uckermark an Vorpommern-Greifswald gingen, ist Gartz nun Teil Brandenburgs. Das Durcheinander Pommerns ist also perfekt organisiert! Doch zurück zu Gartz: Die Stadt an der Oder richtet heute wieder den Blick zum einstigen Kraftzentrum Stettin. Das ist seit der EU-Osterweiterung 2004 folgerichtig.

Symbolträchtig sind dafür zwei Schilder an der alten Heilig-Geist-Kapelle. Ein weißes mit der Aufschrift „Friedensstraße“ ist durchgestrichen worden und darüber ein weiteres mit der Aufschrift „Stettiner Straße“ gesetzt worden. Zweifellos, hier ist etwas passiert – aber Aufschwung geht so noch nicht. Und Abwanderung hat den Altersdurchschnitt nach oben katalysiert. Damit steht Gartz in Pommern allerdings nicht allein.

Vor 900 Jahren muss Gartz eine wichtige Bedeutung gehabt haben. Immerhin hat Pommerns Apostel, der Bischof Otto von Bamberg, 1124 extra eine Bekehrungsreise von Stettin nach Gartz unternommen. Und aus einer alten Urkunde von 1236 ist ein Kastellan namentlich erwähnt. Kurz darauf gründete der pommersche Herzog Barnim I. zudem die deutsche Stadt „Gardiz“. Sie muss sich prächtig entwickelt haben und war umkämpft.

Doch warum? Gartz beherrschte den Handel auf der Oder, es erhob Zölle auf gehandelte Waren, welche auf dem Wasser oder Land transportiert wurden. Auch wenn von der alten Macht und Herrlichkeit kaum etwas geblieben zu sein scheint, so kann es doch auf einige Bauten mit Unverwechselbarkeit stolz sein, die sich aus jener Zeit erhalten haben: Die Stephanskirche, die erwähnte Heilig-Geist-Kapelle oder die Tor- und Mauertürme.

Markant und ungewöhnlich für die gotische Architektur ist beispielsweise das Stettiner Tor. Getragen von einem mächtigen Unterbau wird es von einer Blendfassade mit vielen Mauerbögen bekrönt. Umschreitet man von hier, wo sich das Ackerbürgermuseum befindet, Gartz in



Die evangelische Sankt Stephanskirche: Erbaut in der Zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts, im Zweiten Weltkrieg zerstört, wartet sie nun auf vollständige Wiederherstellung
Bild: Seegert

Richtung Westen, entdeckt man schon nach ein paar hundert Metern einen weiteren schönen Backsteinbau: Den Storchenturm.

Auch er ist Teil der mit alten schweren Backsteinen zur Verteidigung erbauten Stadtmauer der alten pommerschen Grenzfeste Gartz. Sein Unterbau ist quadratisch angelegt worden, verjüngt sich jedoch zu einem achteckigen Turm mit Zinnenkranz und massiver Spitze. Warum er Storchenturm heißt? Nun, wenn man Überlieferungen glauben mag, so soll hier einst ein Storchennest auf der Spitze genistet haben.

Otto von Bamberg war hier

Wer damals auf der Oder in Richtung Stettin fuhr, konnte noch einen weiteren markanten Turm ausmachen – die „Blaue Hut“. Einen viereckigen mit Blenden verzierten Unterbau bekrönte ein hoch aufschießender achteckiger Turm, der mit einem Kalkabputz gebändert wurde und acht spitze Giebel sowie ein spitzes Dach besaß. Seit seiner Zerstörung 1945, die nur noch ein Fragment übrig ließ, wartet er auf seinen Wiederaufbau.

Historisch hatte die „Blaue Hut“ eine wichtige Funktion, denn: Ein Wächter überblickte von hier nicht nur die Oder, sondern auch einen Damm, der einst durch die Wiesen verlief, und letztlich zu einer Holzbrücke führte, die das westliche mit dem östlichen Oderufer verband.

Wenn sich dieser wichtigen Zuwegung jemand näherte, gab der Wächter ein Signal, denn früher erhielt nicht jeder Zutritt zur Stadt, egal was er im Schilde führte.

Manchmal hätten die Gartzter aber vielleicht doch genauer hinschauen sollen, wer da Einlass begehrte: 1468 zum Beispiel. Während des Stettiner Erbfolgestreits hatten Gartzter Bürger dem Kurfürsten von Brandenburg gleich freiwillig die Tore geöffnet und die alte pommersche Grenzfeste ausgeliefert. Das brachte ihnen dann auch den Spott anderer pommerscher Städte ein, die die Gartzter „Eulen“ und „Verräter“ scholten.

Doch ein Bartholomäus Brusehaver, der sich nun für den von den Brandenburgern auferlegten Zwang, Hafer zu liefern, rächen wollte und Einlass zur Stadt begehrte, um seine Schuld zu tilgen – hatte statt Hafer bewaffnete Mitstreiter dabei. Sie schlugen die Besatzung der Tore und stürzten sie in die Oder. Unterstützt vom pommerschen Herzog Wartislaw X. und den Städten Stettin und Stargard war Gartz wieder befreit worden.

Vielleicht sollte man Gnade walten und die alten Geschichten ruhen lassen. Längst ist es Zeit, nach vorn zu schauen – trotz der Verwaltungszuordnung zu Brandenburg, der bis 2004 erfolgten Abschneidung von der Metropole Stettin und der bis heute schmerzenden Zerstörung von Baudenkmalern wie die „Blaue Hut“ und der Stephanskirche im letzten

Weltkrieg. Die Kirche war Ende April 1945 bis auf die Umfassungsmauern völlig ausgebrannt.

Zwar wurde der Chor 1952 wieder eingedeckt, und im Rahmen des DDR-Kirchenbauprogramms „Kirchen für neue Städte“ (1982–1987) erfolgte die Sicherung und der Wiederaufbau von Turm und Querhaus – aber die Wiederherstellung des Langhauses steht noch aus und ist notwendig, um den Gartzern ihren alten Stolz wiederzugeben. Gleiches gilt für die „Blaue Hut“. Unterstützung müssen Land und Bund geben.

Direktverbindung schaffen

Die Gartzter selbst sind dabei, ihre Position in einer sich veränderten Welt einzunehmen. Dazu gehören manchmal auch kleine Schritte, wie das Ansiedeln eines Storchennestes. Aber natürlich benötigt Gartz auch wieder eine direkte Verbindung auf dem Wasser mit Greifenhagen und Stettin, sowie dem benachbarten Schwedt, dazu eine auf der Schiene in Richtung Tantow, die sogenannte Salvayebahn. Kurz: Hilfe zur Selbsthilfe!

Und deshalb möchte man die Landes- und Bundespolitiker auffordern, die historische Stadt Gartz aufzuwerten. Als Grenzfeste war die Stadt einst ein wichtiger Teil Pommerns und gehört landesweit zu Vorpommern. Und an die Leser gerichtet lautet die Botschaft: „Auf nach Gartz!“

STRALSUND

Wehrhafte Befestigungsanlagen

Historische Bauten des Mittelalters rund um die Ostsee als Forschungsobjekte

Prägend für die Städte im Ostseeraum sind die mittelalterlichen Stadtbefestigungen, die stets im Mittelpunkt der touristischen Exkursionen durch die Städte zu Entdeckungen einladen. Die Hansestadt Stralsund ist in diesem Jahr Mittelpunkt der Tagung: „Mittelalterliche Stadtbefestigungen im Ostseeraum“. Denn sowohl in den Städten an der Küste als auch im Binnenland findet man beeindruckende Reste der einstigen Stadtbefestigungen. In den zurückliegenden Jahrzehnten konnten Bauforschung und Stadtarchäo-

logie eine Reihe von neuen Erkenntnissen zur Erforschung und damit zum Erhalt dieser Denkmäler erbringen.

Aus diesem Anlass findet vom 20. bis 21. November 2025 im Rathaus der Hansestadt Stralsund ein Kolloquium mit internationaler Beteiligung statt, das sich dem Thema der mittelalterlichen Stadtbefestigungen im Ostseeraum widmet. Die Tagung wird in Kooperation der Hansestadt Stralsund (Untere Denkmalschutzbehörde) mit dem Zentrum Mecklenburg der Universität Rostock, dem Netzwerk Han-

sekultur und dem Bauforscher Dirk Schumann organisiert. Verschiedene Referenten, unter anderem auch aus Visby/Got-



Plan von 1678: Befestigung Stralsunds

land und Tallin, berichten über die jeweiligen Projekte der Städte und den Stand der Forschungen. Zum Beginn der Tagung veranstalten Gunnar Möller und Jens Christian Holst eine Führung zu ausgewählten Stadt- und Befestigungsbauten in der Hansestadt Stralsund. *Brigitte Stramm*

● Anmeldung bis zum 18. November unter: gmoeller@stralsund.de beziehungsweise: stadtplanung@stralsund.de. Die Teilnahme ist kostenlos.

● MELDUNGEN

Gedenken, Hafen und EuroVelo

Stettin/Prenzlau – Am 13. November stand im Dominikanerkloster Prenzlau die Veranstaltung „Stettin im Aufbruch – Metropole mit Weitblick“ auf dem Programm. Eingeladen waren Stadtschreiberin B. Helbig, J. Hackmann von der Universität Stettin und Kulturmanagerin K. Jackowska. *TS*

Greifswald – Am 9. November führten die Kirchen des Pommerschen Evangelischen Kirchenkreises (PEK) in Stralsund auf dem jüdischen Friedhof und in Greifswald und Garz an ausgewählten „Stolpersteinen“ Gedenkstunden und Erinnerungen an die November-Pogrome 1938 durch. *TS*

Swinemünde – Der geplante Containerhafen Wollin wird größer: Nach dem Ausstieg der belgisch-katarischen Investoren soll der Tiefwasserhafen 186 statt 80 Hektar umfassen und bis 2029 fertiggestellt werden. Gegner des Projektes befürchten Schäden für Umwelt und Tourismus. *TS*

Binz – Der „Nordkurier“ titelte am 5. November: „Binz ist die beliebteste Kleinstadt Deutschlands“, gekürt vom Magazin „Kommunal“. Doch: Die Studie von 2023 erklärte Binz nur zum „beliebtesten Urlaubsort“ in der Rubrik 1000 bis 10.000 Einwohner, so das Magazin. Zur Information: Binz ist keine Stadt. *TS*

Köslin – Die Lücken der Autobahn S 6 (Stettin–Köslin–Danzig) werden in den kommenden Monaten geschlossen. Noch in diesem Jahr soll der Abschnitt zwischen Köslin und Stolp dem Verkehr übergeben werden. Ergänzt werden soll die S 6 bald durch eine Westumgehung Stettins. *TS*

Demmin – Der Peenechor Demmin unternahm vom 20. bis 23. Oktober eine Studienreise nach Danzig. Maßgeblich unterstützt wurde der Chor dabei vom Anklamer Bund der Vertriebenen (BdV). Er sorgte mit Kontakten und Erfahrung für ein inhaltlich anspruchsvolles Programm. *TS*

Bütow – Es gibt bereits die EuroVelo-Fahrradroute 13, die vom Darß über Stralsund, Usedom und Wollin sowie Leba führt. Nun soll das Programm „Pommersche Radwege“ mit der EuroVelo-Fahrradroute 20 – über Stüdnitz, Bütow, Groß Tuchen und Rummelsburg – diese ergänzen. *TS*

Damgarten – Der erste Bauabschnitt des Regionalen Beruflichen Bildungszentrums Vorpommern-Rügens ist abgeschlossen. In der letzten Woche konnte das Berufsgymnasium und die Abteilungen Gesundheit & Pflege die sanierten Räume beziehen. *TS*

Grimmen – Am 16. November wird anlässlich des Volkstrauertages der Opfer von Krieg und Gewalt gedacht. 10 Uhr: Grimmen (Alter Friedhof), 11 Uhr: Löcknitz (Friedhof), Pasewalk (Friedhof), Stralsund, (Zentralfriedhof), 12 Uhr: Anklam (Alter Friedhof), Bergen auf Rügen, (Alter Friedhof), 14 Uhr: Golm (Kriegsgräberanlage), 15 Uhr: Mönkebude (Soldatengrab). *TS*

Stralsund – Am 5. November fand in der Sankt Jacobi-Kirche für den vorpommerschen Sammler und Maler Bertram von Schmiterlów eine Vernissage statt. Am 6. November wäre sein 100. Geburtstag gewesen. *BS*

„Kanzler Merz hat die Wirklichkeit beschrieben“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ein sehr wichtiger und sehr guter Beitrag in der PAZ“

Steffen Matko, Mettmann
zum Thema: „Das Beispiel zeigt, an welchen Abgrund die Welt geraten kann“ (Nr. 45)



Ausgabe Nr. 45

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

INTOLERANTE SPRECHZENSUR
ZU: DIE „STADTBILD“-DEBATTE WIRD ZUM MENETEKEL UNSERER EPOCHE (NR. 44)

Bei der Stadtbild-Debatte geht es um das Bild vor allem an Hauptbahnhöfen, das hier lebende Ausländer abgeben. Kanzler Friedrich Merz hat die Wirklichkeit beschrieben. Dass ein Viertel der Öffentlichkeit laut aufschreit, zeigt, wo die wirklich Intoleranten zu finden sind, die ganz offen eine Sprechzensur einrichten wollen. Die Vernünftigen in diesem Lande sind zu feige, sich energisch dagegen zu wehren. Lieber errichten sie einen Antifaschistischen Schutzwall (Brandmauer).

Gerhard Wagner, Ratingen

VOLLPROFI MERZ
ZU: EIN DEUTSCHER HERBST (NR. 44)

Die Stadtbildkampagne ist eine Schimäre allererster Ordnung. Sie ist vor allem Futter für die Links-ist-vorbei-Bewegung. Sie ist reines Placebo. Sie gibt es umsonst.

Derweil werden die großen Elefanten seelenruhig durch den Raum geführt. So unter anderem die Diskussion um den Aufbau der stärksten konventionellen Armee Europas. Das ist ein gigantischer Geldtransfer. Das Ding wird nachher nutzlos rumstehen und weiter sehr teuer sein, zulasten der Bürger. Ganz wichtig ist aber nun das Stadtbild. Ein echter Knochen, da könnt ihr euch festbeißen. Bundeskanzler Friedrich Merz ist ein Vollprofi.

Jan Kerzel, Diespeck

LINKE BÜCHSE DER PANDORA
ZU: DIE „STADTBILD“-DEBATTE WIRD ZUM MENETEKEL UNSERER EPOCHE (NR. 44)

Niemand hat die Bürger, also den Souverän, jemals gefragt, was sie eigentlich wollen. Der zahlenmäßige Rückgang der deutschen Bevölkerung war seit Langem bekannt, die unkontrollierte Einwande-

rung die mit Abstand schlechteste Lösung. Als eine Alternative hätte sich zum Beispiel eine kontrollierte Reduzierung der Bevölkerung auf etwa 65 Millionen Bürger über rund 30 Jahre angeboten. So eine Studie der Hamburger Universität. Dadurch hätte sich die Altersstruktur wieder ausgeglichen, gleichzeitig wären negative Effekte durch die Anwendung von KI und weiterer Rationalisierung deutlich abgemildert worden.

Stattdessen haben linke Ideologen, mit nicht öffentlicher Agenda für den politischen Umbau der Gesellschaft, mit voller Absicht die Büchse der Pandora geöffnet. Das teilweise anstoßende „Stadtbild“ ist da noch das kleinere Übel. Es wird noch viel schlimmer kommen. In Frankfurt skandieren bereits die „Erwählten“ den Spruch: „Frankfurt gehört uns!“ Was die wohl damit meinen?

In einem haben sie ja recht, dort stellen sie bereits die Mehrheit.

Peter Wendt, Hamburg

WAS DEUTSCHLAND BLÜHT
ZU: WIE WEITER MIT NORDSTREAM? (NR. 43)

Bei aller Kritik, die sich Ex-Kanzlerin Angela Merkel sonst reichlich verdient hat – Nordstream war reine deutsche Interessenpolitik. Davon kann weder bei der deutschen Haltung im Ukrainekrieg noch bei der erkennbaren Tendenz der Politik gegenüber China die Rede sein.

Möglicherweise hätte eine eigenständige deutsche Russlandpolitik nicht nur den Angriff Russlands auf die Ukraine verhindern können, sondern darüber hinaus der deutschen Wirtschaft und den deutschen Verbrauchern weiterhin günstige Energie verschaffen können.

Als Anhängsel der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft und in Gefolgschaft von Brüssel und Washington drohen stattdessen nicht bloß die deutsche Beteiligung an einem großen Krieg gegen Russland, sondern auch die Teilnahme an einem Krieg der USA gegen China.

Michael Eimermacher, Bergisch Gladbach

MÄCHTIGE PORTION GLÜCK
ZUM LESERBRIEF: DEUTSCHES GRENZMÄRCHEN (NR. 43)

Der Leserbriefautor hat sicherlich recht, wenn er sagt, dass die Bevölkerung definitiv nicht den Fall der Zonengrenze herbeigeführt hat (obwohl der Druck schon viele Jahrzehnte zuvor von der Bevölkerung ausging).

Allerdings darf nicht vergessen werden, dass Gorbatschow und Schabowski im genau richtigen Moment zur Tat geschritten sind. Eine russische Militäreinheit, die Gorbatschow ausschalten sollte, war nur knapp gescheitert. Da war auch das sprichwörtliche Glück bei den Tüchtigen im Spiel. Und auch die verantwortungsvolle Umsicht aller Grenztruppen der DDR muss gelobt werden.

Herbert Gumboldt, Berlin

WEITER AUF DEM SONDERWEG
ZU: WIE WEITER MIT NORDSTREAM? (NR. 43)

Wieso müssen wir andere ins Boot holen und an den Gewinnen beteiligen? Wieso müssen wir einen Sonderweg vermeiden? Wir Deutsche gehen seit 1945 einen Sonderweg. Erst stand unsere Industrie unter alliierter Kontrolle, und die wurde nur deshalb aufgehoben, weil wir das Abkommen mit Frankreich machten und uns erneut einer Kontrolle unterwarfen.

Es wird Zeit, dass das endet. Wir müssen wieder selber über unsere Zukunft entscheiden können. Es ist komplett irrelevant, wie Frankreich, England, Polen, USA darüber denken. Die fragen auch nicht nach, wie wir Deutschen deren Entscheidungen finden.

Alex Lund, Heinsberg

EINE PARTEI FÜR DEN ISLAM?
ZU: WOHNUNGSKRISE ALS KARRIERESPRUNGBRETT (NR. 43)

Die Idee, etwas gegen die Wohnungskrise zu unternehmen, ist durchaus ehrenwert. Aber will die Spitzenkandidatin der Lin-

ken für die Berliner Abgeordnetenhauswahl 2026, Elif Eralp, nicht etwas ganz anderes erreichen? Sie will türkische und arabische Menschen mobilisieren. Das sagt alles. Will sie, noch unter dem Deckmantel der Linkspartei, eine neue Partei gründen, die sich nicht nur um das hier beschriebene Problem kümmert? Eine Partei, die sich ausschließlich an die Menschen wendet, die dem Islam angehören, egal was für einen Hintergrund sie haben? Eralp will erreichen, dass die Villenbesitzer mehr Geld abgeben müssen.

Aber ist das wirklich alles? Viele Angehörige und Sympathisanten der Linken haben aber ganz andere Vorstellungen, sie wollen allen, die reich sind, an den Krügen. Allerdings lassen sie offen, wo das reich sein anfängt. Alle Menschen sind gleich. Also egal, ob jemand faul ist oder hart arbeitet, egal ob ein Mensch Ingenieur oder Hilfskraft ist. Da kann man gleich Universitäten und Hochschulen abschaffen in einem Land, in dem sich nichts mehr bewegt.

Ich habe große Vorbehalte gegenüber Menschen, die mit Macht etwas durchsetzen wollen. Egal, ob es wirklich richtig ist, ob es realitätsfern ist. Es gibt Zeitgenossen, die wissen, dass das, was sie vorhaben, falsch ist, sie wollen einfach nur Macht um jeden Preis. Notfalls auch mit Gewalt.

Wenn Frau Eralp solche Personengruppen in erster Linie anspricht, ist das schon bezeichnend. Es handelt sich um Zugewanderte, denen es in Deutschland gut geht, die aber oft genug betonen, wie „bescheiden“ Deutschland ist. Sie vergessen dabei nur, dass sie freiwillig hier sind und jederzeit wieder gehen können. Jene sind inkonsequent.

Dann haben wir noch die Aussage von Eralp im „Tagesspiegel“, sie „werde für Mehrheiten werben, um das Wahlrecht auf alle in Berlin lebenden Menschen auszuweiten“. Das kann ich verstehen, denn irgendwie muss sie ja auch an Mehrheiten kommen. Warum spricht sie von allen „in Berlin lebenden Menschen“? Warum benennt sie nicht konkret diejenigen, die gemeint sind? Heinz-Peter Kröske, Hameln

ANZEIGE

24 himmlische Überraschungen für Ihre Lieben Adventskalender »Engelszeit«

- ★ Adventskalender mit 24 fröhlichen Winter-Engelchen
- ★ Hochwertig: in Buchform, zum Aufklappen, mit Magnetverschluss
- ★ Figuren liebevoll gearbeitet, ca. 6 Zentimeter groß
- ★ Mit vielen süßen Details, alle 24 Engel unterschiedlich gestaltet
- ★ Materialmix aus Holz, Filz, Kunstfell etc.
- ★ Mit Aufhänger, aber auch zum Stellen geeignet
- ★ Zum Sammeln und Dekorieren an Zweigen, Christbaum ...

Ein originelles Engel-Trüppchen mit Winter-Outfits versteckt sich in diesem schönen Adventskalender. Er wird wie ein Buch aufgeklappt und innen befinden sich 24 Türchen. Rote Satinbändchen verschließen den hübsch gestalteten Prachtband mit glänzenden Goldakzenten. Auf dem Cover prangt die Botschaft »Weil Engel nicht überall sein können, gibt es Menschen wie DICH!« – damit ist der Adventskalender »Engelszeit« ein ganz besonderes Geschenk für Menschen, die Ihnen am Herzen liegen.

Unglaublich liebevoll gestaltete Figürchen

Alle Engel sind in kuschelige Kleidung gehüllt, vor allem die Mützen und das flauschig weiche (Kunst-)Fell halten die Himmelsboten an kalten Wintertagen schön warm. Dazu sind die Figuren sehr detailreich gestaltet: mit Applikationen, Schleifen, hübschen Frisuren und kleinen Accessoires. Für Abwechslung ist gesorgt: In diesem Kalender gleicht kein Engelchen dem anderen.

Jeden Tag überrascht ein anderes Engelchen!
So macht der Adventskalender »Engelszeit« die Vorweihnachtszeit noch himmlischer.

Adventskalender »Engelszeit« • 24 Winter-Engelchen • Best.-Nr. 139 760 • 29,99 €

www.kopp-verlag.de • Jetzt bestellen! Versandkostenfrei Lieferung innerhalb Europas



EINZELHANDEL

Von Karpfen und Krapfen

Fast vergessen: „Der Konsum“ als genossenschaftlich organisierter Einzelhändler – Ex-Angestellte berichten von ihren Erlebnissen

VON MARKUS BAUER

Heute, wo fast überall die Ketten des Lebensmitteleinzelhandels das Ortsbild und das Einkaufsverhalten prägen, ist ein Unternehmen in Vergessenheit geraten, das in vielen Orten existent und genossenschaftlich organisiert war: „Der Konsum“, so lautete die landläufige Bezeichnung der Konsumgenossenschaft. Auch im oberpfälzischen Ort Beratzhausen gab es diesen Anbieter rund 15 Jahre, von 1954 bis April 1969.

Die im Oktober 1939 in Beratzhausen geborene Isolde Biberger (geb. Moser) berichtet in ihrer Erzählung „Die giftige Spinne“ von ihrer Ausbildung – nach dem Schulabschluss und ein paar Fortbildungen (Schreibmaschine, Steno) – im gerade neu eröffneten „Konsum“. Das dürfte um 1954/55 gewesen sein. Später übernahm sie sogar die Leitung. Auch einige im Archiv des Marktes Beratzhausen befindliche Fotos beziehungsweise Luftaufnahmen, die deutlich den „Konsum“ und die Nachbargebäude sowie den Johann-Ehrlich-Platz zeigen, sind auf das Jahr 1954 datiert.

Die Konsumgenossenschaft gilt als eine besondere Genossenschaftsform im Einzelhandel, die primär Nahrungs- und Genussmittel sowie verwandte Waren des täglichen Bedarfs beschafft und verkauft. Anfänge gab es schon im 19. Jahrhundert, einkaufen durften dort aber nur die Mitglieder. Dem Konsum haftete eine Nähe zu Gewerkschaften und zur Sozialdemokratie an, weshalb in der NS-Zeit ein Verbot erfolgte. Nach dem Krieg gab es im Jahr 1948 in den drei Westzonen bereits wieder 250 Konsumgenossenschaften mit 750.000 Mitgliedern und 5700 Verteilungsstellen. Auch in der DDR wurden nach dem Krieg Konsumgenossenschaften gegründet, welche die Waren aus den staatlichen Produktionsgenossenschaften in eigenen Läden verkauften. Wer damals „zum Konsum“ ging, meinte damit eine der Verkaufsstellen.

Als eine der ersten Lehrlinge im Beratzhausener Konsum wurde Isolde Biberger bereits genannt. Geschäftsführer war ein Herr Zednik. Im September 1955 begann Roland Franz die Lehre, ein Jahr später Maria Kohnhäuser und im September 1958 Brigitte Huber, die als Zeitzeugen der PAZ von ihren Konsum-Erlebnissen berichten. Die Lehrlinge mussten alle anfallenden Arbeiten erledigen, auch Putzen oder das Dekorieren der Schaufenster. Der theoretische Unterricht war in der



Land unter am Konsum: Der Lebensmittelladen in Beratzhausen in den 50er Jahren während eines Hochwassers

Bild: privat

Berufsschule und in der Firmenzentrale in Regensburg angesiedelt. Darüber hinaus gab es Lehrgänge in Dießen am Ammersee. Eigentümer des Hauses, in dessen Erdgeschoss sich die Räume des Konsum (Verkaufsraum, Lager) befanden, war Josef Meier (Hausname „Kowert“).

„Danziger Goldwasser“

Von der Zentrale in Regensburg in der Donaustauer Straße erfolgte jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend die Lieferung der Waren. Im Vorfeld mussten die Käufer, damals ausschließlich Genossenschaftsmitglieder, ihre Bestellung abgeben. Die Lieferung umfasste etwas mehr, auch um Bestände für andere Zwecke, wie für Schaufensterdekoration oder Ersatz für kaputtgegangene Ware, verfügbar zu haben.

„Viele der Waren wurden lose gelagert und in Packungen zu einem oder zwei Pfund eingewickelt“, erinnert sich Maria Kohnhäuser. Für andere Produkte wie etwa Bratheringe oder Sauerkraut hatten die Kunden Becher oder Gefäße dabei. „Manche verlangten die Brühe vom Brathering“, erzählt Brigitte Huber. Besonders Obst und Gemüse mussten exakt gewogen werden – von den Mitarbeiterinnen.

An Selbstbedienung war damals nicht zu denken, auch wenn es manche Kunden versuchten. „Im Konsum habe ich die ersten Bananen gesehen“, erinnert sich Huber. Die Abrechnungen erfolgten in den ersten Jahren noch mit Hand und Kopf, und die Kassenzettel waren handschriftlich mit Pauspapier-Durchschlag. „Man musste selbst mitrechnen und mitdenken – Kopfrechnen war das A und O. Man hat die Preise für alle Waren im Kopf gehabt“, fasst Roland Franz zusammen.

Im Konsum waren größtenteils Eigenprodukte der Genossenschaft im Angebot. Getränke, Lebensmittel (auch Fisch- und Fleischprodukte) sowie Putz- und Waschmittel. „Das erste Fremdprodukt war die Margarine von Sanella“, erinnert sich Franz, später kam „Rama“ dazu.

Auch das Angebot von Waren in Gläsern – zum Beispiel Marmelade – setzte sich durch. Beliebt waren der Gewürzlikör „Danziger Goldwasser“ und der ostägäische Wein „Samos“. Die Süßigkeiten musste Franz anpreisen, weshalb er den Kosenamen „Süßer Roland“ erhielt. „Das habe ich gehasst“, meint er heute dazu. Tiefkühlware kommentierten die Leute oft mit der Bemerkung: „Kann man das essen?“ Bohnenkaffee kauften nur zwei

Kunden – und zwar in Portionen von exakt 50 Gramm. „Ein Kilogramm kostete damals über 20 Mark“, gibt Franz zu bedenken.

Öffnungszeiten waren von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 18 Uhr. Damals galt noch die Sechstageswoche, also auch Arbeit am Sonnabend bis 18 Uhr. Dies verkürzte sich im Laufe der Jahre zunächst auf 16 und dann auf 14 Uhr. Und es konnte vorkommen, dass die Inventur auch mal bis zwei oder drei Uhr in der Nacht gedauert hat.

Vor Weihnachten gab es verkaufsoffene Sonntage. Die für Weihnachten beliebten Karpfen sind den früheren Konsum-Mitarbeitern ebenfalls in Erinnerung. Denn die Fische wurden lebendig geliefert und mussten im Lager mit einem Hammer erschlagen werden. Manche Kunden wollten ihren Karpfen sogar lebend haben – Herausforderungen also für die Bediensteten. Zum Allerweltskirchweihitag gab es dann – auf Vorbestellung – nicht grätigen Karpfen, sondern süßen Krapfen.

Klatsch und Tratsch im Konsum

Natürlich war der Konsum, der – wie damals üblich – von einem Holzofen gewärmt wurde, auch ein wichtiger Kommu-

nikations- und Informationsort. „Man hat vom Dorf alles gewusst, von den Frauen, die eingekauft haben, Neuigkeiten erfahren. Man hat zu 80 bis 90 Prozent die Leute mit ihrem Namen gekannt“, erinnert sich Franz.

Wenige Kunden hatte der Konsum aus dem bäuerlich-ländlichen Umfeld. Hier hatten die örtlichen Mitbewerber die Nase vorn, auch weil diese mit ihren Pkw-Transportern regelmäßig mobil auslieferten. Das war beim Konsum eher die Ausnahme, auch wenn das Fuchzgerl Trinkgeld „viel Geld“ war. Die Gewerkschaftsnähe drückte sich auch darin aus, dass die Mitarbeiter am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, an der Kundgebung im Regensburger Gewerkschaftshaus teilnehmen mussten.

Eine Förderung erfuhr Franz, da er neben dem Geschäft in Beratzhausen auch in den Filialen Hemau, Parsberg, Undorf und Laaber eingesetzt war. Schließlich wechselte er aber den Arbeitsplatz und das Unternehmen – auch aus dem Grund, weil seine Kumpel am Sonnabend frei hatten. Mit 19 Jahren wurde er dann Leiter eines Selbstbedienungsladens in Wörth a.d. Donau. „Mir hat's gefallen, aber verdient hat man wenig“, bilanziert Brigitte Huber. Sie war danach bei besserem Lohn in der örtlichen Kleiderfabrik Kaiser tätig.

Die Filialleitung und drei Verkäuferinnen bildeten das Konsum-Personal. Isolde Biberger spricht von einem „guten Betriebs- und Verkaufsklima“. Aber es gab auch Herausforderungen. „Der Umsatz musste stimmen, die Anzahl der Mitglieder sollte sich erhöhen und die Lehrlinge mussten etwas lernen“, betont sie im Rückblick.

Das Vordringen der Discounter und großen Einzelhandelsunternehmen bedeutete für Genossenschaften eine wirtschaftliche Bedrängnis. Aktiengesellschaften erwiesen sich damals als die bessere Rechtsform, dazu kamen Um- und Neuorientierungen sowie in vielen Bereichen Modernisierungsdebatten.

Der Konsum wurde ein Auslaufmodell, an seine Stelle trat in den 1960er Jahren die Marke „coop“. Konkret in Beratzhausen übernahm der hier bereits in der Falkenstraße tätige Einzelhändler Fritz Spangler in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre den Konsum und wandelte ihn zu einer Filiale um. Aber Spanglers Geschäft ist heute genauso Geschichte wie die früheren Edeka-Filialen Scheck und Eichen-seher. So ging „coop“ im Jahr 2016 im Rewe-Konzern auf.

MUSIKKULTUR

Mit Pauken und Posaunen

Dem Posaunenwerk der Evangelischen Kirche gehören rund 20.000 Musiker an – Manchmal spielen sie sogar alle zusammen

Sieben Tage lang Posaune spielen, dann stürzen die stärksten Mauern ein. So jedenfalls steht es in der Bibel, im Buch Josua, Kapitel 6 bei der Eroberung Jerichos. Ob das wirklich so stimmt, sei einmal dahingestellt. Die Posaune soll schließlich erst im 15. Jahrhundert erfunden worden sein. Bei den Musikern, die im Posaunenwerk der Evangelischen Kirche im Rheinland (EkiR) aktiv sind, muss man keine einstürzenden Bauten befürchten. Sie spielen zur Ehre Gottes und zur Freude der Mitmenschen. Pastor Friedemann Schmidt, der selbst Posaune spielt, ist ihr Landesobmann.

200 Posaunenchorre mit rund 20.000 Mitgliedern gehören dem Posaunenwerk

an. Trompeten, Hörner, Tuben und Posaunen sind hier hauptsächlich vertreten. Sie werden bei Bedarf durch andere Blechblasinstrumente sowie Holzblasinstrumente ergänzt.

Blechblasinstrumente sind nach den Worten von Schmidt „freilufttauglich“ – man kann sie beispielsweise auch auf der Straße spielen, weswegen die Instrumente landläufig flapsig als „mobile Orgeln“ bezeichnet werden.

Die EkiR erstreckt sich über die rheinischen Landesteile von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie das Saarland, Exklaven im Bundesland Hessen kommen hinzu. Regionale Schwerpunkte sind Schmidt nicht bekannt. Die Aus- und



Sorgt im Stadion für Stimmung: Posaune

Weiterbildung der Chöre gehört genauso zur Arbeit des Posaunenwerks wie Freizeiten, die Instrumentenversicherung sowie die Herausgabe von Notenliteratur. Der Deutsche Evangelische Posaunenchor, ist da schon ein Großereignis, zu dem beim letzten Mal im Mai 2024 in Hamburg 20.000 Bläser gekommen sind.

Im Posaunenchor spielt man nicht nur mit. Da die Hürden nach Schmidts Einschätzung nicht sehr hoch sind, erlernt der Nachwuchsmusiker das Instrument leicht und schnell und bleibt dann im Posaunenchor hängen. „Das Schöne ist das gemeinsame Spiel“, sagt der Pastor. Kleine Chöre haben einen filigranen Klang, große Chöre eine enorme Kraft.

Für Schmidt sind die Chöre wie eine große Familie. Man kennt sich untereinander und ist miteinander vernetzt. Manche Chöre haben Nachwuchssorgen, andere wachsen und gedeihen. Gegen den Trend der Kirchen und Jugendarbeit wächst nach Schmidts Beobachtung die Nachfrage nach Posaunenmusik in den Gemeinden stetig. Gefragt sind dabei nicht nur Barock oder Renaissance, auch Musikformen wie Jazz oder Pop sind beliebt – getreu dem biblischen Motto, dass in der Gemeinde im Gottesdienst ein neues Lied dargeboten werden soll. Dass die Musik der Posaunenchorre zum immateriellen Weltkulturerbe gehört, sei hier nur am Rande erwähnt. *Andreas Rüdiger*

● FÜR SIE GELESEN

Fortschritt hin zum Besseren

Graphiken und Statistikmaterial zu wichtigen Themenfeldern bietet die Internetplattform „Our World in Data“. Wenn es darum geht, bestimmte Entwicklungen aufzuzeigen, stehen aussagekräftige Diagramme und Karten zur regionalen und globalen Verteilung zur Verfügung. Davon hat der Autor und „Welt“-Chefreporter Axel Bojanowski ausgiebig Gebrauch gemacht, als er für sein Buch „33 Lichtblicke. Warum die Welt besser ist, als wir denken“ graphisches Material als Beleg für die Aussage seines Buchtitels zusammengetragen hat.

Mit vielen positiven Beispielen wird gezeigt, wie sehr sich die Lebensverhältnisse nicht nur in wohlhabenden Ländern, sondern weltweit durch den technologischen Aufschwung insbesondere seit den 1880er Jahren verbessert haben. Es ist eine lange Liste eindrucksvoller Fortschritte: von der Verringerung der Luftverschmutzung in den letzten Jahrzehnten, dem Aufstieg der Demokratien, den medizinischen Errungenschaften, die dem größten Teil der Menschheit eine wesentlich längere Lebensdauer als noch vor 100 Jahren ermöglichen, dem enormen Anstieg der globalen Alphabetisierungsrate bis zur Kostenminimierung vieler Produkte. In einer Zeit, in der tägliche Hiobsbotschaften über Kriege und Klimawandel die Stimmungslage dämpfen, ist die Besinnung darauf sicherlich eine gute Idee. Mit Hintergrundinformationen und Geschichten ließen sich ganze Bände füllen, aber die Texte zu den 33 Beispielen sind knapp gehalten. *D. Jestrzemska*



Axel Bojanowski: „33 erstaunliche Lichtblicke. Warum die Welt besser ist, als wir denken“, Westend-Verlag, Neu-Isenburg 2025, broschüriert, 192 Seiten, 23 Euro

Finale einer Familiensaga

Johanna Förster hat schwere Jahre hinter sich. Gemeinsam mit ihrem Stiefsohn Pawel kämpft sie um den Erhalt der kleinen Werft, zu deren Bau sie ihren Mann vor dessen Tod ermutigt hatte. Johanna und Pawel sind ein gutes Team, aber zwischen ihr und dem hitzköpfigen jungen Mann knirscht und knistert es gehörig. Sie lieben sich, doch sie streiten immer wieder. Zusätzlich macht ihnen Johannes Bruder Theodor das Leben schwer. Er ist der Erbe der Reederei Behrend, der seine beiden Geschwister um ihr Erbe betrogen hat. Damit und mit der Bekämpfung der Werft seiner Schwester scheint er durchzukommen, bis sich das Blatt gegen ihn wendet, und es schließlich zum Happy End kommt.

Im dritten und letzten Band der Familiensaga „Danzig“ erzählt Hilke Sellnik mit Spannung abwechselnd aus der Sicht der handelnden Personen die Geschichte einer Danziger Familie. *MRK*



Hilke Sellnik: „Danzig. Jahre der Freiheit“, Penguin Verlag, München 2025, Taschenbuch, 558 Seiten, 16 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE



Radeln und staunen

Ob im Norden, im Herzen oder im Süden – in Europa gibt es viele interessante Ziele, die sich, wie im Bild der Tyszkewicz-Palast in Polangen, auch mit dem Fahrrad entdecken lassen

Entspannt per Rad Sehenswürdigkeiten und Landschaften in Europa entdecken? Wie das geht, zeigt der DuMont-Reiseführer „Fahrradtouren in Europa“. Die Natur am Götakanal oder auf der Kurischen Nehrung

genießen, Stadtluft in Amsterdam schnuppern oder einer Bahntrasse von Slowenien nach Kroatien folgen: 25 aufregende Touren sind reich bebildert beschrieben und mit allen wichtigen Informationen versehen. *MRK*

„Fahrradtouren in Europa. 25 entspannte Mehrtagestouren in den schönsten Radregionen“, DuMont Verlag, Ostfildern 2025, gebunden, 224 Seiten, 29,95 Euro

WISSENSCHAFT

Political Correctness an Hochschulen

Zwei Professorinnen, die ihren Lehrstuhl verloren haben, nennen in ihrer Studie Gründe für oftmals willkürliches Vorgehen gegen kritische Stimmen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Universitäten sollten eigentlich Heimstätten intellektueller Brillanz sowie wissenschaftlicher Unabhängigkeit sein. Im Artikel 5 des Grundgesetzes heißt es: „Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ Das ist mittlerweile aber – wie im Falle der anderen Grundrechte – eine reine Absichtserklärung. Davon zeugt nicht zuletzt die immer häufiger vorkommende Entfernung „problematischer“ Professoren aus den Hochschulen. Hier von betroffen waren unter anderem die beiden Geographinnen Heike Egner und Anke Uhlenwinkel, die ein Buch über diese Problematik geschrieben haben, das den Titel „Wer stört, muss weg!“ trägt.

In den 23 Jahren zwischen 1994 und 2017 mussten lediglich 13 Hochschullehrer gegen ihren Willen gehen. Dann stieg die Zahl der Gemaßregelten. Von 2018 bis 2020 lag sie bei 24 und von 2021 bis Mitte 2024 bei 23.

Die Autorinnen fanden Antworten auf die Frage „Wer wird entlassen?“ Oftmals seien es Professorinnen aus der Kategorie „Katholisches Arbeitermädchen vom Lande“. Daneben würden auch überproportional häufig andere Erstakademiker aus bildungsfernen Familien entfernt. Während sie nur zehn Prozent der Professorenenschaft ausmachen, stellen sie mehr als die Hälfte der Geschassten. Außerdem fielen vielfach ältere weiße Männer oder ältere weiße Frauen dem akademischen Reinigungsfuror zum Opfer.

Welche Vorwände die Universitäten nutzten, haben Egner und Uhlenwinkel ebenfalls untersucht. Strafrechtliche Gründe fanden sie überhaupt keine, und wissenschaftliches Fehlverhalten endete auch nur in zwei Fällen mit der Entfernung aus dem Amt. Sehr viel häufiger ging es um angebliches oder tatsächliches Führungsverhalten oder Qualitätsmängel auf dem Gebiet der Forschung und Lehre – wobei die diesbezüglichen Anschuldigungen oft anonymen Natur waren.

Dann wäre da noch die ideologische Unbotmäßigkeit. Wer in Gender- und Migrationsfragen sowie bei der Corona- und Außenpolitik nicht auf der offiziellen staatlichen Linie lag, dessen Lehrstuhl kippte oft ganz schnell, was sowohl als Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit als auch in die Meinungsfreiheit sowie als Verstoß gegen rechtsstaatliche Prinzipien zu werten ist.

Nach Ansicht von Egner und Uhlenwinkel führte die Entwicklung ab 2018 zur Entstehung einer von oben kontrollierten, wenn nicht gar zensierten Wissenschaft, welche ihren Namen kaum mehr verdiene.



Heike Egner/Anke Uhlenwinkel: „Wer stört, muss weg! Die Entfernung kritischer Professoren aus Universitäten“, Westend Verlag, Neu-Isenburg 2024, broschüriert, 97 Seiten, 14 Euro

WIRTSCHAFT

Profiteure beuten Ressourcen aus

Der Wirtschaftsjournalist Uwe Ritzer fordert einen rücksichts- und verantwortungsvollen Umgang mit Wasser, Boden und Rohstoffen

VON DIRK KLOSE

Der Wirtschaftsjournalist Uwe Ritzer hat mehrere „Thriller“ zu Unregelmäßigkeiten in Staat und Wirtschaft geschrieben. In seinem Buch „Der Ausverkauf“ will er an den Beispielen Wasser, Boden und Rohstoffe zeigen, „wie sich einige wenige an Allgemeingütern vergreifen und damit gewaltige Profite erwirtschaften“.

Der Boden ist Allgemeingut, nicht vermehrbar und darum als Spekulationsobjekt ungeeignet. Aber wie in Deutschland mit ihm umgegangen wird, hat „mit dem Allgemeinwohl nicht mehr viel zu tun“. In Städten und immer häufiger auf dem Land, gerade in den neuen Bundesländern, raffen sogenannte „Landgrabber“ Grund und Boden zusammen, die sich dadurch verteuern und für den Normalbürger unerschwinglich werden. Ritzer bringt haarsträubende Beispiele, die oft von einer ahnungslosen EU gefördert werden.

Nicht viel anders verhält es sich beim Wasser. Die Grundwasserpegel sinken seit Jahren, zugleich steigt der Bedarf unaufhörlich. Skrupellose Geschäftemacher bekommen Schürfrechte in Bayern, Hessen und Thüringen kostenlos oder für ein Spottgeld. Die Gemeinden erhalten keine Gegenleistung. Mit Bangen sieht man, wie sorglos Berlin einer absehbaren Wasserverknappung entgegentreibt. In der bayerischen Stadt Treuchtlingen hat sich erstmals eine Bürgerinitiative erfolgreich gegen die private Ausbeutung von Grundwasser gewehrt.

Das erhellendste Kapitel behandelt den skandalösen Umgang mit Rohstoffen. Ritzer nennt international tätige Konzerne, die vom „weltweiten Rohstoffdrehkreuz Schweiz“ aus nicht nur die Preise bestimmen, sondern durch rigorose Rohstoffgewinnung Wälder vernichten, Flüsse vergiften, Menschen ausbeuten und das Ökosystem zerstören. Die Jagd geht nach Rohstoffen wie Kobalt, Kupfer, Lithium, Indium oder Seltene Erden. Der Bedarf an ihnen ist unersättlich. Die Menschen vor Ort haben von der lukrativen Ausbeutung in der Regel nichts. Proteste werden, wie ein drastisches Beispiel aus Peru zeigt, mit Gewalt unterdrückt.

Am Ende seines durchweg sachlich gehaltenen Buches sagt der Autor, was dringend nötig wäre, so ein „Wassermanagement für Deutschland“, Unterbindung von Wasser- und Bodenspekulationen, Kreislaufwirtschaft statt Rohstoffverschwendung, reparieren statt wegwerfen, mehr Anreize für einen aktiven Klimaschutz – alles plausible und naheliegende Themen und doch schwer durchzusetzen.



Uwe Ritzer: „Der Ausverkauf. Wasser, Boden, Rohstoffe. Wer mit unseren Ressourcen Profite macht und was wir dagegen tun können“, Penguin Verlag, München 2025, gebunden, 286 Seiten, 23 Euro

OSTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM

Thomas Manns drei Sommer in Nidden

Kabinettausstellung zeigt Fotos von Fritz Krauskopf

VON UTE EICHLER

Wer kennt nicht die Möglichkeit und die Faszination, mit Hilfe von alten Fotografien in eine vergangene Welt einzutauchen, sich mit einem Bruchstück der Vergangenheit zu beschäftigen?

„Thomas Mann in Nidden. Fotografien von Fritz Krauskopf“, die neue Kabinettausstellung des Ostpreussischen Landesmuseums (OL) in Lüneburg, fordert mit Hilfe von 24 großformatigen Fotografien, fünf Gemälden, einem 1930 entstandenen Porträt und einer Vitrine mit ergänzendem Prospekt- und Bildmaterial die Besucher auf, sich mit den drei Sommeraufenthalten von Thomas Mann und seiner Familie in den Jahren 1930, 1931 und 1932 auf der Kurischen Nehrung, in Nidden, zu beschäftigen.

Das ausdrucksstarke Porträt, das Thomas Mann im Alter von 55 Jahren darstellt, entstand 1930 von einem Meister der Porträtkunst: dem gebürtigen Schlesier Heinrich Wolff, der in den Jahren zwischen 1902 und 1935 an der Kunstakademie Königsberg als Professor für Grafik tätig war.

Die Fotografien sind Fritz Krauskopf zu verdanken. Der 1882 in Rastenburg zur Welt Gekommene betrieb nach seiner Fotografenausbildung ab 1908 ein Atelier in Cranz, später auch in Königsberg (Steindamm 64). Seine Ansichtskarten mit Motiven aus ganz Ostpreußen erfreuen heute Sammler. Seine Fotografien, die Königsberg vor und nach der Zerstörung 1944 abbilden, haben einen hohen Bekanntheitsgrad. Unvergessen ist die im OL 2023 gezeigte Kabinettausstellung „Bilder von Königsberg – Blüte und Untergang“, mit der auch an den 1945 in Königsberg gestorbenen Fotografen erinnert wurde.

Krauskopf hatte freundlichen Kontakt zur Familie Thomas Mann, sodass im Sommer 1930 eine ganze Serie von Aufnahmen entstand. Sie lassen sich unterteilen in typische Nidden-Motive, in Schnappschüsse und in gestellt-repräsentative Fotografien.

24 großformatige Fotografien

Der Blick auf Purwin, das Gasthaus Hermann Blode, der Hafen von Nidden, die Ausfahrt der Kurenkähne, der Dampfer „Memel“ im Hafen von Nidden oder die Ankunft des Doppelschrauben-Motorschiffes „Kurisches Haff“ – das sind Foto-



Auch dieses Foto von Fritz Krauskopf ist in der Ausstellung zu sehen: Thomas Mann in Nidden

motive, die nicht nur einen Sommer Gültigkeit hatten.

Anders verhält es sich mit Momentaufnahmen, wie beispielsweise dem Strändchen, das litauische Jugendliche im Juli 1930 Thomas Mann vor dem Ferienhaus brachten, oder mit der Szene am Strand, auf der das Ehepaar Mann, fünf Kinder und auch die Ehefrau des Fotografen zu sehen sind.

Am 16. Juli 1930 waren Thomas und Katia Mann, zusammen mit ihren Kindern Monika (20), Michael (11) und Elisabeth (12) sowie einer Köchin und deren Sohn aus München über Berlin, Königsberg und Cranz nach Nidden gekommen. Vom Hafen wurden sie mit einer Kutsche zum rechtzeitig fertiggestellten Sommerhaus gefahren – unter Anteilnahme der Bevölkerung und der Sommergäste.

Die repräsentativen Aufnahmen, wie „Thomas Mann am Kamin“ (mit Brille), „Thomas Mann am Schreibtisch“, „Thomas Mann am Strand“, der „Italienblick“ oder „Villa Thomas Mann in Nidden“, auch „Onkel Toms Hütte“ genannt, sollen in den Sommern 1930, 1931 und 1932 als Fotokarten („Feldpostkarten“) von den Dorfkindern an die Badegäste verkauft worden sein.

Was war dem vorausgegangen? Thomas Mann hatte am 10. Dezember 1929 in Stockholm den Nobelpreis für Literatur verliehen bekommen, für seinen 28 Jahre zuvor erschienenen Roman „Buddenbrooks – Verfall einer Familie“. Mit dieser Ehrung war der Name des Schriftstellers, der bereits europaweit einen hohen Bekanntheitsgrad hatte, durch die internationale Presse gegangen.

Wenn auch leider häufig das Gegenteil behauptet wird, so haben der Erhalt des Literaturnobelpreises und der Plan zum Bau eines Feriendomizils in Nidden nichts miteinander zu tun. Thomas Mann hatte 1929 eine Einladung des Königsberger Goethebundes angenommen, im August desselben Jahres einen Vortrag in Ostpreußens Hauptstadt zu halten.

Mit ihren beiden jüngsten Kindern Michael und Elisabeth verlebten Katia und Thomas Mann um diesen Termin herum einige Ferienwochen an der Samlandküste im Kurhaus des Ostseebades Rauschen. Die letzten Ferientage verbrachten sie aufgrund einer Empfehlung im Gasthaus Hermann Blode in Nidden. Dort gefiel es ihnen tatsächlich so sehr, dass unter Mitwirkung des Künstlers Ernst Mollenhauer recht bald ein passendes Baugrundstück

für ein Ferienhaus gefunden werden konnte.

Die die Fotografien ergänzenden Gemälde der Kabinettausstellung veranschaulichen, worin ein großer Unterschied zum Trubel des Ostseebades Rauschen bestand: Hier gab es die große Flotte der Kurenkähne, mit denen die Fischer das Haff befuhrten. Hier, in Nidden, herrschte noch eine andere Ursprünglichkeit und Naturverbundenheit als in den Bädern der Ostseeküste. Die Sommers in Nidden malenden Künstler Max Lindh, Alexander Kolde und Hans Kallmeyer bildeten auf den 1931, 1932 und 1933 entstandenen Gemälden die Kurenkähne (auch Keitelkähne genannt) ab. Die in Nidden ansässigen Maler Carl Knauf und Ernst Mollenhauer richteten ihren Blick in die (Dünen-)Landschaft.

Nochmals einer Empfehlung folgend wird der Auftrag zum Bau eines Sommerhauses für die Familie dem jungen Architekten Herbert Reissmann erteilt. Dieser, aus Kamenz gebürtig, ist nach seinem Abschluss an der Technischen Universität Dresden seit 1923 bei der Firma A. Nixdorf in Memel als „Hilfskraft für Entwurfsarbeiten“ tätig. Zwischen ihm und vor allem Katia Mann in München gehen die Ent-

würfe, der Bauplan und schließlich die Einrichtungsvorschläge für das Sommerhaus hin und her, bis alles zur Zufriedenheit der Auftraggeber innerhalb weniger Monate ausgeführt ist.

Fünf Gemälde und ein Porträt

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Reissmann in der sowjetischen Besatzungszone ansässig. Ab 1956 hatte er eine Professur mit Lehrauftrag für ländliches Bauen an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar inne. Er starb 1961 im Alter von 66 Jahren. Ob es zwischen ihm und Thomas und Katia Mann 1949, als beide anlässlich des Goethejahres in Weimar weilten, oder 1953 dort zu einer Begegnung gekommen ist, ist nicht bekannt.

Bedauernd ist, dass es in der Kabinettausstellung keinen Hinweis auf Thomas Manns Vortrag „Mein Sommerhaus“ gibt. Er hielt ihn bei der Zusammenkunft des Rotary Clubs München am 1. Dezember 1931. Im Sommer 2003 brachte das Thomas-Mann-Museum den Vortragstext als einfaches, gut lesbare Faltdokument heraus. Auch existiert seit 2009 eine Filmfassung, in welcher der Text von Thomas Manns Enkel Frido Mann gelesen wird. Zumindest als Hörstation hätte der Kurzfilm von Arvydas Barysas diese Ausstellung bereichert.

Thomas Mann hat in den drei Sommeraufenthalten in Nidden 1930, 1931 und 1932 versucht, zurückgezogen und seinen gewohnt strengen Tagesablauf zu leben. Allerdings gab er zahlreiche Interviews. So äußerte er am 15. August 1930 gegenüber dem Wiener Korrespondenten René Kraus: „Dieses kleine Nidden, gestern noch nicht viel mehr als ein kostbares, kleines Ausflugsziel zwischen Königsberg und Memel, ist heute ein literarischer Begriff.“ Sich diesem auf unübliche Weise zu nähern, dafür ist im Ostpreussischen Landesmuseum noch bis einschließlich 4. Januar 2026 Gelegenheit. Auch enthält das umfangreiche Veranstaltungsprogramm des Museums für den Rest des Jahres noch einige Vorträge, die sich auf Nidden beziehungsweise Thomas Mann beziehen (www.ostpreussisches-landesmuseum.de/besuch/veranstaltungen/).

● **Ostpreussisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung**, Heiligegeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0, E-Mail: info@ol-lg.de

MICHAIL KALININ

Längst amtierender Sowjet-Staatschef

Vor 150 Jahren wurde der Rekordstaatsoberhaupt der UdSSR geboren

27 Jahre an der Spitze des Sowjetstaates, das ist absoluter Rekord. Dieser ist umso bemerkenswerter, als Michail Kalinins Amtszeit nicht frei von Zäsuren war.

Der am 19. November 1875 in einem zentralrussischen Dorf geborene Bauernsohn wurde nach dem Tod seines Vorgängers auf dem VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) zum Vorsitzenden des Gesamtrussischen Zentralen Exekutivkomitees der Sowjets der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) gewählt. Nachdem die RSFSR Mitglied der 1922 gegründeten Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geworden war, wurde Kalinin Vorsitzender des Zentralen Exekutivkomitees dieser Union.

Bemerkenswerterweise überstand Kalinin auch den Wechsel an der Spitze der Kommunistischen Partei von Lenin zu Josef Stalin unbeschadet, und das sogar langfristig. Erst 1946 und auf eigenes Ersuchen wurde der damals 70-Jährige von den Amtspflichten entbunden. Noch im selben Jahr starb er eines offenkundig natürlichen Todes. Das alles spricht für ein gehöriges Maß an Opportunismus.

Nach Kalinins Tod wurde die bereits zu seinen Lebzeiten begonnene Praxis, unter anderem Dörfer, Städte und Verwaltungseinheiten nach ihm zu benennen, fortgesetzt. So benannten die sowjetischen Besatzer noch in Kalinins Todesjahr Königsberg in „Kalininrad“ um.

Manuel Ruoff



Michail Kalinin im Jahr 1920

SONDERBRIEFMARKE

Emanzipierte Jüdin

Finanzministerium ehrt Henriette Goldschmidt

Das Bundesfinanzministerium hat vergangenen Freitagnachmittag im Zimeliensaal im Musikinstrumentenmuseum der Universität Leipzig im Grassimuseum das neue Sonderpostwertzeichen „200. Geburtstag Henriette Goldschmidt“ vorgestellt. Die Briefmarke hat einen Wert von 110 Cent und ist in den Filialen der Deutschen Post AG erhältlich. Geehrt wird mit Henriette Goldschmidt eine jüdische Frauenrechtlerin, Sozialpädagogin und Publizistin, die am 23. November 1825 in Krotoschin, Provinz Posen zur Welt gekommen ist.

Gestaltet wurden das Postwertzeichen und der Ersttagsstempel von den Professoren Annette le Fort und André Heers. Die beiden Absolventen der Mu-

thesis Kunsthochschule in Kiel betreiben in Berlin das Designbüro „fliegende Teilchen“. Bei ihrem Entwurf griffen sie auf ein Porträt Goldschmidts zurück, das der Leipziger Adolf Neumann 1883 in seiner Heimatstadt gezeichnet hat, in der Goldschmidt auch am 30. Januar 1920 gestorben ist.

Manuel Ruoff



Sonderpostwertzeichen

● AUFGESCHNAPPT

Die Bauwirtschaft leidet nicht allein unter dem Gesetzesdschungel und dem Bürokratiemonster, sondern auch unter der Flut an Asylklagen. Grund: Jeder zweite der bundesweit 2600 Verwaltungsrichter, die in der ersten Instanz arbeiten, ist mittlerweile ausschließlich mit Asylverfahren beschäftigt. Vor Verwaltungsgerichten landen neben Verkehrs-, Schul-, oder Umweltrechtssachen auch Streitigkeiten im Baurecht. Dauern Verwaltungsgerichtsverfahren über Gebühr lange, weil die Gerichte überlastet sind, führt dies nicht nur zu Verzögerungen beim Bau, sondern kann auch zusätzliche Kosten verursachen. Bei den Berechnungen zu den tatsächlichen Kosten der deutschen Asylpolitik tauchen solche indirekten Kostentreiber, wie die Überlastung der Gerichte, in der Regel nicht auf, da sie konkret schwer zu beziffern sind. Allerdings ist davon auszugehen, dass die Verzögerungen bei Baurechtsverfahren vor Verwaltungsgerichten einen beträchtlichen volkswirtschaftlichen Schaden anrichten. Besserung ist nicht in Sicht. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Ein Jahr nach dem Ampel-Aus zieht Mario Thurnes bei „Tichys Einblick“ (6. November) eine ermüchternde Bilanz:

„Opposition in der Regierung. Unfähige Minister. Fehlende Fähigkeit zu Reformen. Die Bundesregierung ist am 6. November 2025 keinen Schritt weiter als am 6. November 2024. Ein paar Darsteller haben sich geändert, das Trauerspiel nicht.“

Heike Göbel hält von den Plänen der Bundesregierung zur Unterstützung der heimischen Stahlindustrie nichts. In der „Frankfurter Allgemeinen“ (7. November) argumentiert sie:

„Zölle, Quoten und Stromrabatte machen aus schlechten Standortbedingungen keine guten. Schlimmer: Zollschutz und Quoten erhöhen auch die Kosten der hiesigen Abnehmer von Stahl und Stahlprodukten und gefährden deren Wettbewerbsfähigkeit. Bald werden auch sie Hilfe fordern. Diese Politik wird an Haushaltsgrenzen stoßen, ohne Wachstumschancen zu bessern.“

Als Telekom-Vorstand führte Thomas Sattelberger 2011 die erste Frauenquote in einem Dax-Konzern ein. Heute kritisiert er in der „Welt“ (10. November) scharf, was aus der Quoten-Idee gemacht worden sei:

„Aus der deutschen Quotendebatte ist ein unentwirrbares Knäuel von Ansprüchlichkeiten gewachsen ... Jede faktisch oder gefühlt benachteiligte Gruppe fordert ihre Quote, ihre Privilegien. Zugespitzt formuliert: Am Ende einer solchen Debatte kann man nur noch lesbische Frauen mit Behinderung und Migrationshintergrund befördern.“

Jens Blankenagel wundert sich in der „Berliner Zeitung“ (10. November) darüber, in welcher bedrückter Stimmung der Tag des Mauerfalls begangen wird:

„Es bleibt der Eindruck zurück, dass der 9. November kein wirklicher Tag der Freude war. Und so stellt sich die Frage: Warum kann der schönste politische Tag in der jüngeren deutschen Geschichte nicht angemessen gefeiert werden?“

Max Roland zeigt sich auf „Apollo News“ (9. November) entsetzt über die Rede von Bundespräsident Steinmeier zum Tag des Mauerfalls:

„Ein Bundespräsident überschreitet die Grenze zur Parteipolitik – und verliert dabei seine präsidiale Rolle. Mit seiner Anti-AfD-Kampfrede zeigt Steinmeier, dass er weder den demokratischen noch den intellektuellen Ansprüchen seines Amtes gewachsen ist.“

● WORT DER WOCHE

„Die Stadt, die einst als Symbol für globale Freiheit stand, hat ihre Schlüssel einem Hamas-Anhänger übergeben.“

Amichai Chikli, israelischer Minister für Diasporafragen, am 5. November auf X zur Wahl von Zohran Mamdani zum New Yorker Bürgermeister

DER WOCHENRÜCKBLICK

Alle rennen weg

Wie die Welt den deutschen Klimarettern ins Gesicht lacht, und wofür Berlin all unser Geld benötigt

VON HANS HECKEL

Das Deutschlands Rolle als Vorreiter bei der Rettung der Welt vor dem Klimatod nur eine eitle Selbstbespiegelung war, ahnten wir seit Längerem. Doch auf der Weltklimakonferenz im brasilianischen Belém hat die deutsche Delegation nun sogar live erleben dürfen, wie ihr der Rest der Welt hämisch ins Gesicht lacht. Oder besser gesagt: Sie hätte es erlebt, wenn sie wenigstens einmal hingehört hätte.

Haben sie aber nicht, denn der „Vorreiter“ will seinen Ritt in die Wüste des wirtschaftlichen Verderbens auf keinen Fall unterbrechen. Mindestens 300 Milliarden US-Dollar sollen die Industrieländer jährlich (!) an andere Staaten in Form einer „Klimafinanzierungsverpflichtung“ abdrücken, so das Ziel unserer Vertreter in Belém unter der persönlichen Führung von Kanzler Merz.

Wer sind diese spendable Industrieländer? Weder die USA noch China, Indien oder Russland. Auch Großbritannien, Australien und praktisch alle anderen sind mehr oder weniger abgetaucht. Selbst innerhalb der EU rutschen die Spendierhosen immer tiefer. Nur die Bundesregierung steht wacker zu ihren „Verpflichtungen“, sowohl was die Gaben an andere Länder als auch die Selbstverpflichtung zur rabiaten CO₂-Verminderung hierzulande angeht. Also wird ein Großteil der Last bei uns hängenbleiben, wobei besonders Ambitionierte mittlerweile sogar 1300 Billionen Dollar jährlich fordern. Wer will noch mal ...?

Diesen ehrgeizigen Plan Berlins hätte man uns auch früher verraten können! Dann hätten wir doch verstanden, warum unsere Steuern nicht gesenkt werden können, sondern erhöht werden müssen. Warum unsere Rente wegen Geldmangels ebenso wenig zu retten ist wie unsere Infrastruktur, und warum für die innere Sicherheit Deutschlands auch keine zusätzlichen Mittel da sind. Das Geld benötigt unsere Regierung dringend, um es anderen Regierungen zu schenken! Der niederländische Autor Leon de Winter nennt das Programm die größte „globale sozialistische Umverteilung“ der Geschichte. Und wir dürfen ganz vorn mit dabei sein!

Die anderen Länder blicken halb ungläubig, halb feixend darauf, wie wir uns planvoll selbst in den Abgrund reißen. Mit ihrem eigenen Klimaschutzgesetz erlauben sich die

Deutschen nur noch eine Rest-Emission von 6,7 Gigatonnen Kohlendioxid, die Anfang der 2030er Jahre komplett ausgestoßen sein dürften. Danach muss Berlin laut dem eigenen Gesetz zu Freiheitsbeschränkungen und Stilllegungen greifen, um die eigenen rigiden Vorgaben erfüllen zu können. Der wirtschaftliche Selbstmord wäre komplett.

Die ausländische Konkurrenz kann ihr Glück kaum fassen. Nehmen wir nur die Kfz-Branche. Generationenlang hatten sie sich die Zähne ausgebissen an der Überlegenheit deutscher Verbrennerautos. Dann kommen die depperten Teutonen selbst auf die Lösung und schlagen sich per Verbrenner-Aus eigenhändig die Beine weg! Davon hätten sie im Ausland nicht einmal zu träumen gewagt in den Zeiten, als bei den Germanen noch alle Tassen im Schrank standen.

Wenn die Bundesrepublik heute in Sachen „Klimapolitik“ überhaupt noch vorreitet, dann in die entgegengesetzte Richtung zum Rest der Welt. Es reicht heute, „Germany“ zu sagen, um in anderen Ländern alle Forderungen nach mehr „Klimaschutz“ wie eine Seifenblase zerplatzen zu lassen. Das abschreckende Beispiel Deutschlands wirkt rund um den Globus wie die Warnung vor dem „Schwarzen Mann“ beim Kindergeburtstag: Alle rennen weg.

Wo selbst die Grünen dazulernen

Und was machen wir jetzt? Umdenken wäre eine Möglichkeit. Aber nichts liegt der Berliner Polit-Blase ferner. Also verböhnen sie sich nur noch tiefer in den Weltretter-Wahn. Dabei gilt es, den Widerspruch umso heftiger in den Boden zu stampfen, je deutlicher zutage tritt, dass die Kritiker recht haben. Warten wir ab, bis Kritik an den bundesdeutschen „Klimazielen“ in den Kanon der Beweise für eine rechtsextreme, verfassungsfeindliche Einstellung aufgenommen und endlich entsprechend verfolgt wird.

Dann können sich die Kritiker nicht mehr auf ihre demokratischen Rechte berufen, denn ihr Ausschluss von Wahlen oder dem öffentlichen Dienst, ihre Verfolgung durch die Justiz oder ihre Bespitzelung durch die Geheimdienste wären in dem Fall ja „selbst gewählt“, wie es unser Bundespräsident ausdrücken würde. Und daher mit der demokratischen Ordnung vollkommen vereinbar.

Womit wir jetzt nicht behaupten wollen, dass der politische Mainstream im heutigen Berlin grundsätzlich unfähig wäre zum Um-

denken. Ausgerechnet die Grünen bieten uns gerade ein beeindruckendes Beispiel für ihre Lernfähigkeit. In den 1980er Jahren haben die von ihnen maßgeblich geprägten Friedensmarschierer nicht allein gegen (westliche) Aufrüstung demonstriert, sondern aus vollem Hals auch gegen den Zivilschutz angeschrien. Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung im Kriegsfall sollten Krieg ja nur führbar machen und seien daher eine besonders hinterlistige Finte der Kriegstreiber, wussten die Friedensbewegten damals.

Darüber denkt die Bundestagsfraktion der Grünen heute ganz anders. Sie will ein Zentrum errichten lassen, das die Gesundheitsversorgung im Fall eines ABC-Angriffs koordiniert. Wie „Tichys Einblick“ berichtet, sorgen sich die Bundestagsgrünen jedoch nicht um den Schutz von Krethi und Plethi, sondern allein um den eigenen. Das Zentrum soll sich nämlich nur um die Versorgung von „Mitgliedern der Verfassungsorgane“ kümmern. Also von Bundesabgeordneten und ähnlich wichtigen Leuten. Sie und ich können sehen, wo wir bleiben.

Hätte die damalige Kohl-Regierung so etwas in den 1980er Jahren auch nur angedacht, wäre der Bonner Hofgarten umgehend voll von Demonstranten gewesen. Mit den Grünen an der Spitze. So ändern sich die Zeiten.

Aber wenn man sich einmal entschieden hat, auf der falschen Seite zu stehen, dann will man auch dabeibleiben. Das haben sich nicht bloß die Grünen zu Herzen genommen, sondern auch die Jugend der Linkspartei. Auf deren Bundeskongress in Berlin Anfang November haben sich die Junggenossen komplett und pauschal gegen Israel als „koloniales und rassistisches Staatsprojekt“ gewandt, was einige Thüringer Delegierten allerdings so nicht ganz mitmachen wollten. Die bekamen dann die Nachricht: „Thüringen nicht schlafen lassen, wir wissen, wo ihre Zimmer sind.“ In internen Chatgruppen sei von „Säuberungsaktionen“ gegen „Verräter“ oder „Zionisten“ die Rede gewesen, erfahren wir aus dem „Tagesspiegel“. Wir sehen: Die Kommunisten haben nichts vergessen – und nichts gelernt. Selbst die stalinistische Tradition nächtlicher „Besuche“ ist voll intakt.

Aber waren da nicht üble Antisemiten unterwegs? I wo: Seit 2012 wird der Bundesverband der Linksjugend im Verfassungsschutzbericht gar nicht mehr aufgeführt, gehört seitdem also gewissermaßen zur „demokratischen Mitte“.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de